

Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung des Jahresabschlusses der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum 31.12.2023 durch das Rechnungsprüfungsamt

1. Rechtliche Grundlagen

Die Feststellung des Haushaltsplanes, die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung der Kirchenleitung sind nach Artikel 32 Nr. 4 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) Aufgaben der Kirchensynode.

Die Abnahme des Jahresabschlusses und der Entlastungsbeschluss setzen die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Rechnungsprüfungsamt voraus. Das Prüfungsverfahren selbst richtet sich nach dem Kirchengesetz über das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Rechnungsprüfungsamtsgesetz – RPAG vom 24.11.2012 (ABI. der EKHN 2013 Seite 38, 55). Im Berichtszeitraum gab es einen regelmäßigen Austausch zwischen Rechnungsprüfungsamt, Rechnungsprüfungsausschuss und den Dezernaten der Kirchenverwaltung. Das Rechnungsprüfungsamt leitet den Prüfungsbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Gesamtkirche mit der Stellungnahme der Kirchenleitung dem Rechnungsprüfungsausschuss zu.

Gemäß § 5 Absatz 3 RPAG nimmt der Rechnungsprüfungsausschuss zu dem Prüfungsbericht abschließend Stellung und legt das Ergebnis seiner Beratungen dem Kirchensynodalvorstand zur Beschlussfassung über die Entlastung durch die Kirchensynode vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss fügt seiner Stellungnahme den "Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2023 der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau" als Anlage bei.

Der Budgetbereich 13 des Rechnungsprüfungsamtes wurde am 6. Oktober 2025 von zwei Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses geprüft. Das Protokoll der Prüfung findet sich als Anlage VIII zum Prüfungsbericht.

2. Bemerkungen zum Jahresabschluss 2023

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung in der Zeit von April bis September 2025 durchgeführt. Die Kirchenleitung hat in ihrer Sitzung vom 2. Oktober 2025 den Jahresabschluss abschließend festgestellt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seinen Sitzungen kontinuierlich über den Stand der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und der vom Rechnungsprüfungsamt festgestellten Problematiken informiert und beraten.

In der Sitzung vom 6. Oktober 2025 hat der Rechnungsprüfungsausschuss beschlossen, der Synode die Entlastung der Kirchenleitung zu empfehlen.

Diese Empfehlung erfolgt trotz der festgestellten Mängel und Beanstandungen, die im Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes aufgezeigt sind und drückt nicht aus, dass auf Berichtigungen und Korrekturen durch die Kirchenverwaltung verzichtet werden kann.

Der Jahresabschluss 2023 stellt den neunten doppischen Jahresabschluss der EKHN dar. Er weist eine Bilanzsumme in Höhe von 2.838.343.887,28 Euro und ein negatives Bilanzergebnis in Höhe von -92.415.228,62 Euro aus.

Trotz des hohen negativen Bilanzergebnisses, das über dem Planansatz in Höhe von 0 Euro liegt, ist die finanzielle Lage der Kirche zwar angespannt, aber nicht dramatisch.

Die Rücklagenentwicklung bleibt wie in den vergangenen Jahren positiv. Im Abschlussjahr 2023 erhöhten sich die Rücklagen um 104.339.031,09 Euro. Die Ausgleichsrücklage wurde dabei um 72.230.854,08 Euro erhöht, auf 307.742.490,50 Euro.

Große Veränderungen entstanden bei den Personalkosten. Das von der Kirchenleitung in Auftrag gegebene Versicherungsmathematische Gutachten berücksichtigt bereits die außergewöhnliche Erhöhung der Besoldung zum 1.3.2024 und die damit einhergehende notwendige aktualisierte Bewertung der Pensionsrückstellung. Bezogen auf die Ansprüche im Jahr 2023 ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 130 Mio. Euro. Auch der Kalibrierungsfaktor der Beihilferückstellungen musste nach oben angepasst werden.

Zusammen ergab sich eine Erhöhung der Versorgungsrückstellung in Höhe von 173 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Positiv zu bewerten ist, dass sich die 2022 stark reduzierten stillen Reserven, ausgelöst durch die angespannte Lage der Kapitalmärkte, im Berichtsjahr wieder aufbauen konnten. Die wesentlichen stillen Reserven übersteigen den im Reinvermögen ausgewiesenen negativen Vermögensgrundbestand in Höhe von -446 Mio. Euro (i. Vj. -462 Mio. Euro) insgesamt um EUR 167 Mio. Euro (i. Vj. -2 Mio. Euro).

Unter Punkt 2.3 und Punkt 3 der Drucksache Prüfungsberichte sind Verstöße in der Rechnungslegung und Haushaltsausführung aufgezeigt, die jedoch nicht zu einem eingeschränkten Testat führten. Sie entsprechen weitgehend den Feststellungen der Prüfungsberichte der Vorjahre.

Neu in diesem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes ist die Anlage X, der "Bemerkungsbericht".

Der Bemerkungsbericht führt die Liste der Feststellungen der vergangenen Jahre entsprechend dem Beschluss 35 zur Drucksache Nr. 06/25 weiter. Das Rechnungsprüfungsamt hat für den Bemerkungsbericht den aktuellen Bearbeitungsstand (Stand 22.9.2025) der einzelnen Punkte bei der Kirchenleitung erfragt und die Antworten abschließend gewürdigt.

Die Kirchenleitung hat mit Schreiben vom 2. Oktober 2025 zum Prüfungsbericht Stellung genommen. Die Stellungnahme wird als Anlage IX Teil des Prüfungsberichtes und steht damit den Synodalen zur Verfügung.

Ziel des Rechnungsprüfungsamtes ist "die Unterstützung kirchlicher Organe bei der Wahrnehmung ihrer Finanzverantwortung" lt. §1 Abs.3 RPAG.

Gerade für das Organ "Synode" ergibt sich hier die Möglichkeit komprimierter Information über den Umgang der Kirchenleitung mit den Prüfungsfeststellungen der vergangenen Jahre. Der Bemerkungsbericht wird auch in den kommenden Prüfungsberichten aufgenommen, aktualisiert und fortgeschrieben. Der ständige Kontakt zwischen Kirchenleitung, Kirchenverwaltung und Rechnungsprüfungsamt wird damit weiter gestärkt.

Im Bemerkungsbericht über die Prüfungsfeststellungen muss auf den Punkt 9: IT-Sicherheit und Notfallkonzept für die in der Finanzbuchhaltung relevanten Systeme, besonders eingegangen werden. Hier handelt es sich um Feststellungen, die ein unverändert hohes Risiko für die EKHN aufzeigen und an denen intensiv gearbeitet werden muss. Handlungsbedarf ist mit Blick auf alle Organisationseinheiten der EKHN notwendig, die in ihrer Gesamtheit durch Mängel der IT betroffen sind.

3. Entlastungsempfehlung

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Kirchensynode gemäß Beschluss vom 6. Oktober 2025 folgende Entlastungsempfehlung:

"Der Jahresabschluss 2023 vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltsausführung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt die Entlastung der Kirchenleitung gem. Artikel 32 Nr. 4 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für das Haushaltsjahr 2023.

Die Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes entsprechend des Prüfungsberichtes sind zu beachten und umzusetzen."

Jutta Trintz

Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche -

Darmstadt



I

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Inhaltsverzeichnis

1.	Prü	fungsauftrag	1
2.	Gegenstand und Durchführung der Prüfung		
	2.1	Gegenstand der Prüfung	3
	2.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	3 3 7
	2.3	Verstöße in der Rechnungslegung und Haushaltsausführung	7
3.	Feststellungen zum Jahresabschluss		
	3.1	Einbezogene Sondervermögen und Verpflichtungen gegenüber	
		Sondervermögen	8
	3.2	Jahresabschluss	10
	3.3	Anhang zum Jahresabschluss	10
	3.4	Investitions-, Finanzierungs- und Kapitalflussrechnung	10
	3.5	Beschluss der Kirchensynode über die Verwendung der	
		Umstellungsrücklage aus der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2015	11
4.	Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses		
	4.1	Wesentliche Bewertungsgrundlagen und Ermessensspielräume	13
	4.2	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	18
	4.3	Feststellungen zur Gesamtaussage	20
	4.4	Finanzdeckung der Rücklagen	21
5.	Prü	fungsvermerk und Entlastungsempfehlung des un-	
	abh	ängigen Rechnungsprüfungsamtes der Evangelischen	
		the in Hessen und Nassau	22

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31.12.2023 Anlage I Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.1.2023 bis 31.12.2023 Anlage II Anhang für das Haushaltsjahr 2023 Anlage III Haushaltsvergleich als Anlage zum Jahresabschluss vom 1.1.2023 bis 31.12.2023 **Anlage IV Investitions- und Finanzierungsrechnung** vom 1.1.2023 bis 31.12.2023 Anlage V Kapitalflussrechnung vom 1.1.2023 bis 31.12.2023 **Anlage VI** Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 **Anlage VII** Prüfung des Budgetbereiches des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2023 **Anlage VIII**

Stellungnahme der Kirchenleitung zum Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

- Gesamtkirche - zum 31.12.2023 Anlage IX

Bemerkungsbericht Anlage X

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Abkürzungsverzeichnis

ABI. Amtsblatt

Abs. Absatz

BBesO Bundesbesoldungsordnung

BSI Bundesamt für Sicherheit in der Informations-

technik

Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in

Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck

e.V., Frankfurt a.M.

EBBVO Rechtsverordnung über die Erfassung, Bewer-

tung und Bilanzierung des Vermögens in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

EKHN Evangelische Kirche in Hessen und Nassau,

Körperschaft des öffentlichen Rechts, Darm-

stadt

EUR Euro

Evangelische Ruhegehaltskasse

oder ERK

Evangelische Ruhegehaltskasse in Darmstadt, Anstalt des öffentlichen Rechts, Darmstadt

EZVK Evangelische Zusatzversorgungskasse, An-

stalt des öffentlichen Rechts, Darmstadt

GbR Gesellschaft bürgerlichen Rechts

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

gGmbH gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter

Haftung

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GrVVO Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchli-

chen Grundvermögens (Grundvermögensver-

ordnung)

i.S.v. im Sinne von

i.Vj. im Vorjahr

i.V.m. in Verbindung mit

IDW PS Institut der Wirtschaftsprüfer Prüfungsstan-

dard

IPOS Institut für Personalberatung, Organisations-

entwicklung und Supervision in der EKHN

JVA Justizvollzugsanstalt

KHO Kirchengesetz über die Haushalts- und Wirt-

schaftsführung in der Evangelischen Kirche in

Hessen und Nassau

KO Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen

und Nassau

MACH AG, Lübeck

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

MACH C/S Finanzbuchhaltungssoftware der MACH AG

Mio. Millionen

NRAV nicht realisierbares Anlagevermögen

NHK Normalherstellungskosten

jur. PdöR juristische Person des öffentlichen Rechts

PV Pfarreivermögen

RAV realisierbares Anlagevermögen

Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen

Kirche in Hessen und Nassau

RPA-EKHN PS Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen

Kirche in Hessen und Nassau Prüfungsstan-

dard

RPAG Kirchengesetz über das Rechnungsprüfungs-

amt der Evangelischen Kirche in Hessen und

Nassau

S. Satz oder Seite

SOPO Sonderposten

TEUR Tausend Euro

USt. Umsatzsteuer

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

VAG Gesetz über die Beaufsichtigung der Versi-

cherungsunternehmen - Versicherungsauf-

sichtsgesetz

Versorgungsstiftung der Evangelischen Kirche

in Hessen und Nassau, nicht rechtsfähige

kirchliche Stiftung, Darmstadt

vgl. vergleiche

1. Prüfungsauftrag

Das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Rechnungsprüfungsamt) ist gem. § 2 Abs. 1 des Kirchengesetzes über das Rech-Evangelischen nungsprüfungsamt der Kirche in Hessen und Nassau (Rechnungsprüfungsamtsgesetz - RPAG) vom 25. April 2009 (ABI. der EKHN 2009 S. 223), geändert am 24. November 2012 (ABI. der EKHN 2013 S. 38, 55) i.V.m. § 79 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Haushalts- und Wirtschaftsführung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Kirchliche Haushaltsordnung – KHO) vom 26. November 2015 (ABI. der EKHN 2015 S. 389), zuletzt geändert am 10. Mai 2025 (ABI. der EKHN 2025 S. 99) mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beauftragt.

Der Jahresabschluss umfasst gem. § 50 Abs. 1 und 2 KHO die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Investitions- und Finanzierungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang. Ferner sind im Jahresabschluss alle Haushaltsmittel der Ergebnisrechnung sowie der Investitions- und Finanzierungsrechnung nach der Ordnung des Haushalts darzustellen. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist diesem Bericht als Anlagen I – V beigefügt.

Das Prüfungsverfahren selbst richtet sich insbesondere nach § 4 RPAG. Das Rechnungsprüfungsamt ist gem. Art. 67 der Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Kirchenordnung – KO) vom 17. März 1949 in der Fassung vom 20. Februar 2010 (ABI. der EKHN 2010 S. 118), zuletzt geändert am 29. November 2024 (ABI. der EKHN 2024 S. 223) eine unabhängige Prüfungsinstanz für alle Geschäftsbereiche, Aufgabenfelder und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Das Rechnungsprüfungsamt stellt nach Art. 67 Abs. 1 der Kirchenordnung die kirchliche Finanzkontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sicher.

In seiner Prüfungstätigkeit ist das Rechnungsprüfungsamt gem. § 1 Abs. 2 RPAG unabhängig und nur an die geltenden Gesetze und allgemein verbindlichen Vorschriften gebunden. Es prüft nach pflichtgemäßem Ermessen. Ihm können keine Weisungen erteilt werden, die die Auswahl, den Umfang, die Art und Weise oder das Ergebnis der Prüfung betreffen. Die Prüfung soll zeitnah erfolgen. Sie kann bereits begleitend erfolgen und soll an Ort und Stelle durchgeführt werden, soweit dem Rechnungsprüfungsamt dies nicht an seinem Dienstsitz zweckmäßiger erscheint (§ 4 Abs. 2 RPAG).

Ziel der Rechnungsprüfung ist nach § 1 Abs. 3 RPAG die Unterstützung kirchlicher Organe bei der Wahrnehmung ihrer Finanzverantwortung.

Zur detaillierten Darstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 haben wir weitergehende Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses in Anlage VI vorgenommen.

In Anwendung von § 5 Abs. 3 RPAG leitet das Rechnungsprüfungsamt den Prüfungsbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie die Stellungnahme der Kirchenleitung (Anlage IX) dem Rechnungsprüfungsausschuss zu. Der Rechnungsprüfungsausschuss der Kirchensynode nimmt zu dem Prüfungsbericht abschließend Stellung und legt das Ergebnis seiner Beratungen dem Kirchensynodalvorstand zur Beschlussfassung durch die Kirchensynode vor.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses legt das Rechnungsprüfungsamt für die Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau einen Bericht zur Haushalts- und Wirtschaftsführung vor, den sogenannten Bemerkungsbericht (Anlage X). Darin werden die Ergebnisse der Prüfungen zusammengefasst, soweit sie für die Entlastung der Kirchenleitung maßgeblich sind, oder im Gesamtkontext von der Gesamtkirche für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau verantwortet werden (Ordnungsmäßigkeitsrahmen). Der Bericht wird künftig weitergeführt, um transparent die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, wie die Abarbeitung der Beanstandungen erfolgt.

Gegenstand und Durchführung der Prüfung

2.1 Gegenstand der Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung. Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des kirchlichen Haushaltsrechts der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und den ergänzenden Bestimmungen sowie die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf Grundlage der von ihm durchgeführten Prüfung unter Einbeziehung der Buchführung und der ihm erteilten Aufklärungen und Nachweise ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben.

Gemäß § 7 Abs. 1 RPAG bewirtschaftet das Rechnungsprüfungsamt einen eigenen Budgetbereich im Haushalt der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Budgetbereich 13). Die Prüfung des Budgetbereichs des Rechnungsprüfungsamtes ist nach § 9 Abs. 3 RPAG dem Rechnungsprüfungsausschuss der Kirchensynode übertragen.

Dieser hat den Budgetbereich 13 für das Haushaltsjahr 2023 am 6. Oktober 2025 durch zwei Mitglieder vor Ort und digital geprüft und die Abnahme des Budgetbereiches des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen. Das Protokoll ist diesem Bericht als Anlage VIII beigefügt.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften, die nicht unter die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes fallen, gehören nur insoweit zu den Aufgaben unserer Prüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

2.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses haben wir die Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung beachtet. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in der Buchführung sowie im Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze, der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Im Rahmen der Prüfungsplanung hat das Rechnungsprüfungsamt auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet.

Die hierzu erforderliche Risikoanalyse basiert auf:

- unserem Verständnis über die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau sowie der Gesamtkirche, der Propsteien, der Dekanate, der Kirchengemeinden und Einrichtungen sowie ihres Umfelds, ihrer wesentlichen Ziele, Aufgaben und Ausrichtung,
- einer Beurteilung der Auswahl und Anwendung von Rechnungslegungsmethoden,
- unserem Verständnis über die Strategien, Ziele und Risiken im Rahmen der Versorgungsabsicherung,
- einer Beurteilung des internen Kontrollsystems sowie
- der Prozesse und Strukturen bei Anbindung an externe Dienstleister.

Bei der Beurteilung des Risikos einer wesentlichen Fehlaussage im Jahresabschluss hat das Rechnungsprüfungsamt sowohl Risiken auf Ebene des Jahresabschlusses insgesamt als auch Risiken auf Aussageebene, das heißt für die Abbildung einzelner Arten von Geschäftsvorfällen sowie für einzelne Kontensalden und Bilanzangaben, eingeschätzt. Dabei wurden auch unsere Feststellungen aus der Prüfung des vorherigen Jahresabschlusses berücksichtigt.

Auf Grundlage der Risikobeurteilung wurden die Schwerpunkte der Prüfung des Jahresabschlusses sowie Art und Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei wurden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und des Mitarbeitendeneinsatzes geplant.

Als Ergebnis des Beurteilungsprozesses hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung,
- Bewertung der Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten,
- Ausweis der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten,
- Vollständigkeit und Bewertung der Versorgungsrückstellungen sowie Ordnungsmäßigkeit der Ermittlung des Anpassungsfaktors der Kopfschäden bei der Berechnung der Beihilferückstellung,
- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der gesamtkirchlichen Personalfälle,
- Prüfung der ordnungsgemäßen Abwicklung gesamtkirchlicher Baumaßnahmen,
- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlussbuchungen und Jahresabschlusserstellung sowie
- Umsetzung der Kirchenleitungsbeschlüsse mit finanziellen Auswirkungen im Jahresabschluss.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Systemund Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden für die Beurteilung der Risiken wesentlicher Fehlaussagen im Jahresabschluss sowie für die Auswahl von Art, Umfang und zeitlicher Einteilung der für die einzelnen Prüfungsziele durchzuführenden analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen herangezogen.

Im Rahmen unserer Einzelfallprüfungen haben wir in Stichproben Bestätigungen der für die Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau tätigen Kreditinstitute sowie für die Liefer- und Leistungsbeziehungen eingeholt. Die Bestimmung dieser Stichproben erfolgte in Abhängigkeit von Art und Umfang der jeweils zu beurteilenden Geschäftsvorfälle im Wege einer bewussten Auswahl aus der zu prüfenden Grundgesamtheit.

Die Prüfung der Sondervermögen und Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen erfolgte im Rahmen der Prüfung der Gesamtkirche begleitend und in Teilen mittels einer prüferischen Durchsicht gemäß RPA-EKHN PS 350. Die Haushalte und Jahresabschlüsse der Sondervermögen werden überwiegend separat durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft.

Grundlage für die Prüfung der Bewertung der Gebäude der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gem. § 12 Abs. 5 EBBVO waren Bewertungsgutachten der Kirchenverwaltung. Die Bewertung erfolgte nach einem vereinfachten und anerkannten Verfahren (§ 12 Abs. 4 EBBVO). Die Auswahl des anzuwendenden Verfahrens erfolgte durch die Kirchenleitung. Wir haben uns durch Plausibilitätskontrollen und Einzelfallprüfungen von der Verwertbarkeit der Ergebnisse der Kirchenverwaltung überzeugt. Nach unserer Auffassung war die Vorgehensweise im Rahmen der Bewertung insoweit sachgerecht und schlüssig.

Wesentliche Grundlage für die Beurteilung der Bewertung des Deckungsgrades der Versorgungslasten bei der Evangelischen Ruhegehaltskasse in Darmstadt war die versicherungsmathematische Ermittlung von Rüß, Dr. Zimmermann und Partner (GbR), Beratende Aktuare, Hamburg, vom 24. Juni 2024. Wir haben uns von der Qualifikation des Sachverständigen überzeugt und die Verwertbarkeit seiner Arbeit anhand von Plausibilitätskontrollen eingeschätzt. Nach unserer Auffassung ist die Vorgehensweise im Rahmen der versicherungsmathematischen Ermittlung sachgerecht und schlüssig.

Bei der Prüfung der versicherungsmathematischen Berechnung der Versorgungsrückstellungen, die die Pensions- und die Beihilferückstellung beinhalten, haben wir unser Urteil auf das Gutachten der Rüß, Dr. Zimmermann und Partner (GbR), Beratende Aktuare, Hamburg, vom 18. Juni 2024 gestützt. Wir haben uns von der Qualifikation des versicherungsmathematischen Sachverständigen überzeugt und die Bewertung der Versorgungsrückstellungen mittels Plausibilitätskontrollen sowie Prüfungshandlungen nachvollzogen. Nach unserer Auffassung ist die Vorgehensweise im Rahmen des Gutachtens sachgerecht und schlüssig.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat das Rechnungsprüfungsamt jahresübergreifend als einen Prüfungsschwerpunkt im Bereich Personal die Besoldungsfälle betrachtet. Geprüft wurde die ordnungsgemäße Gewährung der Familienzuschläge an Pfarrerinnen und Pfarrer sowie an Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte. Im Bereich der gesamtkirchlichen Angestellten wurden neue Personalfälle sowie Bestandsfälle einer Prüfung unterzogen. Es erging ein gesonderter Prüfungsbericht.

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses in der Zeit von April 2025 bis September 2025 durchgeführt. Organisatorische Rahmenbedingungen führten in den Ferienzeiten vereinzelt zu Verzögerungen und mehrfachen Unterbrechungen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Der Leiter der Kirchenverwaltung sowie der Leiter des Dezernats Finanzen, Bau und Liegenschaften haben uns am 2. Oktober 2025 die Vollständigkeit des Jahresabschlusses der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gem. § 50 Abs. 6 KHO schriftlich bestätigt und den Jahresabschluss unterzeichnet.

Die Kirchenleitung hat in ihrer Sitzung am 3. April 2025 den vom Leiter der Kirchenverwaltung vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 aufgestellt. Nach Abschluss der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt und Umsetzung der Prüfungsfeststellungen und -hinweise hat die Kirchenleitung am 2. Oktober 2025 den Jahresabschluss abschließend festgestellt. Die Stellungnahme der Kirchenleitung zum Prüfungsbericht ist als Anlage IX beigefügt.

2.3 Verstöße in der Rechnungslegung und Haushaltsausführung

Die Prüfung hat sich darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften über die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses samt dessen Anlagen sowie der Haushaltsausführung beachtet wurden.

Hinsichtlich der Prüfungsergebnisse zu Feststellungen in der Rechnungslegung und Haushaltsführung sowie zu Feststellungen zum Jahresabschluss im Bereich der Buchführung sowie der Ordnungsmäßigkeit verweisen wir auf den Bemerkungsbericht in Anlage X.

Vorlage des Jahresabschlusses

Entgegen der Verpflichtung des § 84 KHO haben die Kirchenverwaltung und die Kirchenleitung den Jahresabschluss nicht bis zum 31. Mai des Folgejahres beim Rechnungsprüfungsamt vorgelegt.

3. Feststellungen zum Jahresabschluss

Übergabe und Abrechnung von Verfügungsmitteln

Im Rahmen des Amtswechsels der Leitung der Kirchenverwaltung wurden die Verfügungsmittel geprüft, insbesondere die Übergabeprotokolle und die Löschung aller Vollmachten und Berechtigungen.

Bilanzierungsabteilung

In der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche ist keine Bilanzierungsabteilung eingerichtet. Zudem besteht kein implementiertes und dokumentiertes Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Jahresabschlusserstellung. Dies führt zu einer erhöhten Anfälligkeit für Fehler bei der Rechnungslegung sowie zu einer eingeschränkten Früherkennung wesentlicher Risiken. Wir empfehlen erneut die Einrichtung einer Bilanzierungsabteilung.

Anlagen zum Anhang

Der überwiegende Teil der im Jahresabschluss enthaltenen Anlagen zum Anhang, sog. Spiegel (insbesondere Anlagenspiegel, Rückstellungsspiegel, Verbindlichkeitenspiegel sowie Rücklagenspiegel) konnten nicht systemseitig generiert werden. Die Erstellung erfolgte manuell. Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass die erstellten Spiegel überwiegend fehlerhaft waren.

Die manuelle und fehleranfällige Erstellung der Spiegel beeinträchtigt die Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Abschlussangaben. Zudem entspricht sie nicht den Grundsätzen eines ordnungsmäßigen Rechnungswesens, da eine systemgestützte und konsistente Abbildung von Abschlussinformationen grundsätzlich sicherzustellen ist.

3.1 Einbezogene Sondervermögen und Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen

Als Sondervermögen und Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen sind die Bilanzsummen der Sonderhaushalte auszuweisen, wenn der Sonderhaushalt nicht konsolidiert wird (vgl. § 67 S. 2 KHO, Anlage Begriffsbestimmungen Nr. 62 KHO sowie § 9 Abs. 2 EBBVO). Die nachfolgenden Sondervermögen und Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen wurden in Höhe ihrer Bilanzsumme zusammengefasst ausgewiesen:

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Tagungsstätten

- Jugendbildungsstätte Evangelische Jugendburg Hohensolms
- Kloster Höchst Tagungshaus und Jugendbildungsstätte
- Martin-Niemöller-Haus
- Tagungsstätte im Schloss Herborn

Stiftungen

- Hans und Maria Kreiling-Stiftung
- Hermann-Schlegel-Stiftung
- Hildegard und Karl Bär-Stiftung
- Renate Knautz & Erhard Heer-Stiftung
- Scio-Stiftung
- Stiftung Bedenken und Versöhnen
- Stiftung Gemeinde im Aufbruch
- Zur-Nieden-Stiftung
- Chorstiftung Philipp Reich

Weitere Sondervermögen

- Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Hessen
- Bachchor Mainz
- Betrieb gewerblicher Art im Zentrum Verkündigung
- Chorverband der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Evangelische Jugend in Hessen
- Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS
- Kirchlicher Fonds für Arbeitsbeschaffung
- Landesorganisation Erwachsenenbildung
- Posaunenwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Regionaler Arbeitskreis für Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz
- Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

3.2 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt worden. Die gesetzlichen Vorschriften in der Bilanz zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind beachtet worden.

Beim Sondervermögen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen wurden beim Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau **abweichend** die Bilanzwerte zum 31. Dezember 2022 im Jahresabschluss der Gesamtkirche zum 31. Dezember 2023 bilanziert.

Die gesetzlichen Vorschriften für die Ergebnisrechnung sind beachtet worden. Hinsichtlich des Ausweises kam es zwischen den einzelnen Konten in der Ergebnisrechnung zu Verschiebungen. Wesentliche Ausweisfehler zwischen den einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung bestehen nicht.

Im Rahmen unseres Schwerpunktes Prüfung des Prozesses der Jahresabschlussbuchungen und Jahresabschlusserstellung haben wir festgestellt, dass hierbei kein ausreichendes und angemessenes internes Kontrollsystem implementiert ist (i.S.v. § 44 Abs. 6 b KHO).

3.3 Anhang zum Jahresabschluss

Die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss entsprechen den Anforderungen des § 53 KHO und wurden um weitergehende Angaben ergänzt. Im Rahmen der Prüfung wurden die Vollständigkeit der Mindestangaben und die Richtigkeit der Angaben beurteilt. Diese Vorgehensweise erfolgt aufgrund der weitergehenden Informationsbedürfnisse beim gesamtkirchlichen Jahresabschluss.

Der als Anlage III beigefügte Anhang zum Jahresabschluss entspricht der vorgelegten Fassung der Kirchenverwaltung.

3.4 Investitions-, Finanzierungs- und Kapitalflussrechnung

Der Investitions- und Finanzierungshaushalt wird mit der Investitions- und Finanzierungsrechnung abgeschlossen. In ihr sind die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Zu- und Abgänge der mit der Investitions- und Finanzierungstätigkeit verbundenen Haushaltsmittel zu erfassen. Den Positionen der Investitions- und Finanzierungsrechnung sind die fortgeschriebenen Planansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen. Abweichungen (Plan-/Ist-Vergleiche) sind auszuweisen (vgl. § 51 Abs. 3 und 4 KHO).

Die Kapitalflussrechnung ist gem. der Anlage zu den Begriffsbestimmungen der KHO (Nr. 42) die Darstellung der Zahlungsströme und Zahlungsmittelbestände, die über die Veränderung der Liquidität Auskunft gibt.

Der Zahlungsmittelfluss aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit wird dabei grundsätzlich indirekt, der Zahlungsmittelfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit nach der direkten Methode entwickelt. In der Planung kann die Kapitalflussrechnung als Anlage zum Haushalt vereinfacht dargestellt werden. Der Nachweis des Kapitalflusses kann ebenfalls vereinfacht werden oder direkt erfolgen.

Die uns zur Prüfung vorgelegte Investitions- und Finanzierungsrechnung sowie die Kapitalflussrechnung für das Haushaltsjahr 2023 sind ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt worden. Die gesetzlichen Vorschriften wurden beachtet. Die Gliederung richtet sich nach der aktuell gültigen Haushaltssystematik.

Die als Anlagen V und VI beigefügte Investitions- und Finanzierungsrechnung sowie die Kapitalflussrechnung entsprechen der vorgelegten Fassung der Kirchenverwaltung.

3.5 Beschluss der Kirchensynode über die Verwendung der Umstellungsrücklage aus der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2015

Beschlusslage der Zwölften Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Auf der 14. Tagung der Zwölften Kirchensynode wurde folgende Verfahrensweise zur Verwendung der Umstellungsrücklage aus der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2015 i.H.v. EUR 78.416.139,72 beschlossen (Drucksache Nr.04-02/22):

"Die Synode beschließt:

Die aus der Eröffnungsbilanz gebildete Sonderrücklage (Umstellungsrücklage) in Höhe von 78,4 Mio. Euro wird in Höhe von 52,2 Mio. Euro aufgelöst.

- a. 39,2 Mio. Euro (50% der Sonderrücklage) werden zur Stärkung der Finanzdeckung künftiger Verpflichtungen dem Vermögensgrundbestand zugeführt.
- b. In Höhe von 13 Mio. Euro wird zur Finanzierung der in der Drucksache Nr. 04/22 dargestellten Unterstützungssysteme im Prozess ekhn2030 eine neue zweckgebundene Rücklage gebildet, die von der Kirchenleitung zweckentsprechend zu bewirtschaften ist. Ab dem Haushaltsjahr 2023 ist die Verwendung der Rücklage in der Haushalts- und Stellenplanung auszuweisen.

Über die weitere Verwendung der verbleibenden Sonderrücklage in Höhe von 26,2 Mio.

Euro wird die Kirchenleitung gebeten, der Synode im Rahmen der Haushaltseinbringung 2023 Vorschläge, insbesondere für Maßnahmen in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie für innovative Projekte kirchlichen Lebens in Kirchengemeinden, Nachbarschaftsräumen und Dekanaten zu unterbreiten."

Die Umsetzung der Beschlussziffern a. und b. erfolgte im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022. Die Verwendung der verbleibenden Sonderrücklage in Höhe von EUR 26,2 Mio. wurde im Haushaltsplan 2023 in die Rücklage Zukunftsfonds umgegliedert. Die bilanzielle Umsetzung ist zum 31. Dezember 2023 erfolgt.

Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und Ermessensspielräume

Gebäudebewertung

Grundlage für die erstmalige Bewertung der Gebäude im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2015 der Gesamtkirche waren die Bewertungsgutachten der Bauabteilung der Kirchenverwaltung. Die Ermittlung der Gebäudewerte erfolgt gemäß § 70 KHO i.V.m. § 12 Abs. 4 und 5 EBBVO nach einem vereinfachten und anerkannten Verfahren. Die Kirchenleitung hat das Verfahren am 22. August 2013 beschlossen. Grundlage des Verfahrens ist die Bewertung auf der Basis von Normalherstellungskosten (NHK 2000), indiziert auf den Stichtag der Eröffnungsbilanz, mit deren Hilfe ein fiktiver Neubauwert ermittelt wird.

Für die Ermittlung der Alterswertminderung und des individuellen Gebäudezustandes zum Stichtag wurde ein vereinfachtes Verfahren (6-Bauteile-Modell) entwickelt, in dem die Bauteile Konstruktion, Dach, Hülle/Fassade, Fenster/Tür, Bauteile Innen, Heizung/Lüftung/Sanitär und Elektro hinsichtlich des zeitlichen Renovierungsbedarfs benotet und in prozentuale Abhängigkeit zur Abschreibungsdauer gebracht wurden ("Note 1" = Renovierung in 20-30 Jahren, "Note 2" = Renovierung in 10-20 Jahren, "Note 3" = Renovierung in 5-10 Jahren, "Note 4" = Renovierung in 2-5 Jahren sowie "Note 5" = Renovierung in 0-1 Jahren). Die Konstruktion wurde per Festlegung immer mit der Note 1 bewertet.

Das Rechnungsprüfungsamt hat sich durch Plausibilitätskontrollen und Einzelfallprüfungen von der Verwertbarkeit der Gutachten überzeugt. Nach unserer Auffassung ist die Vorgehensweise im Rahmen der Bewertung sachgerecht und schlüssig.

Die Abschreibungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 erfolgen nach der linearen Methode (vgl. § 63 KHO i.V.m. § 10 EBBVO). Mietwohnhäuser, Verwaltungsgebäude und sonstige Gebäude werden über 67 Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für Schulen, Jugendeinrichtungen und Wohnheime wurde gemäß Anlage 2 zur EBBVO auf 40 Jahre festgelegt.

Bewertung historischer Buchbestände

Die Bewertung der historischen Buchbestände in der Zentralbibliothek der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, dem Laubachkolleg sowie der Bibliothek des Theologischen Seminars der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im Schloss Herborn erfolgte gemäß § 59 KHO i.V.m. § 4 Abs. 4 EBBVO nach einem vereinfachten Verfahren. Demgemäß können Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens

mit gleichbleibender Menge und gleichbleibendem Wert angesetzt werden, wenn die Vermögensgegenstände nur geringen Veränderungen unterliegen. Die Bewertung erfolgt in Anlehnung an die Vorgaben des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Pauschalbewertung Historischer Buchbestände der Wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Differenzierung erfolgt anhand unterschiedlicher Wertattribute (Jahrhundert, Inkunabel, Handschrift, Illustration, Druck). Inkunabeln wurden mit EUR 7.500, Drucke des 16. Jahrhunderts mit EUR 800, Drucke des 17. Jahrhunderts mit EUR 320, Drucke des 18. Jahrhunderts mit EUR 250 sowie Drucke des 19. Jahrhunderts mit EUR 180 bewertet. Im Jahresabschluss werden historische Buchbestände i.H.v. EUR 5.330.900 (i.Vj. EUR 5.330.900) ausgewiesen.

Forderungen an das Evangelische Gymnasium Bad Marienberg

Die gegen die Evangelische Gymnasium Bad Marienberg gGmbH bestehenden Forderungen aus Personalkostenerstattungen vor dem 31. Dezember 2014 i.H.v. EUR 3.615.151 sowie aus Darlehensforderungen i.H.v. EUR 3.252.693 wurden in voller Höhe zum 1. Januar 2015 wertberichtigt.

Bewertung der Versorgungsrückstellungen

Für die Bewertung der Versorgungsrückstellungen (Pensionen und Beihilfen) der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten vorgelegt. Die Bewertung erfolgte hierbei gem. § 61 Abs. 6 KHO i.V.m. § 5 Abs. 4 EBBVO nach einem einheitlichen und fachlich anerkannten Verfahren, das von der Kirchenleitung im Einvernehmen mit dem Kirchensynodalvorstand beschlossen wurde. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter von der Kirchenleitung und dem Kirchensynodalvorstand festgelegt:

- Art des Gutachtens: Stichtagsgutachten zum 31. Dezember 2023,
- Abzinsungsfaktor: Rechnungszins 3,5 %,
- Fortschreibungstrend der Besoldung: Dynamisierung 2,0 %,
- das Pensionierungsalter wird nach der individuellen gesetzlichen Altersgrenze, abzüglich acht Monate bemessen,
- individuelle Besoldung zum Bewertungsstichtag 31. Dezember 2023,
- biometrische Annahmen: Übernahme der von der ERK verwendeten Sterbetafeln und Modifikationen (Modifizierte Heubeck-Richttafel 2018 G, i.Vj. Modifizierte Heubeck-Richttafel 2005 G),
- getrennte Ermittlung f
 ür Aktive und Versorgungsempfänger,

- Berechnungsmethode: Modifiziertes Teilwertverfahren für Aktive, Barwertverfahren für Versorgungsempfänger,
- Zusätzliche Parameter für Beihilferückstellungen:
 - Verwendung der ermittelten Krankheitskosten auf Grundlage der Daten der deutschen privaten Krankenversicherungen,
 - Festlegung des Kalibrierungsfaktors auf den Durchschnittswert der letzten drei Haushaltsjahre (Stichtag des Jahresabschlusses und der beiden vorangegangenen Jahre,
 - Fortschreibungstrend der Krankheitskosten: Dynamisierung 2,75%.

Die ermittelten Krankheitskosten auf Grundlage der privaten Krankenversicherungen (sog. Kopfschäden) wurden mit den tatsächlichen Krankheitskosten (Beihilfeaufwendungen) bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau verglichen und davon ein Verhältnis hergeleitet (sog. Kalibrierungsfaktor). Die Kopfschäden werden nach § 103a Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlicht.

Der Kalibrierungsfaktor verändert sich durch das Verhältnis der Ist-Kopfschäden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im Haushaltsjahr zu den Kopfschäden der deutschen privaten Krankenversicherungen im Betrachtungszeitraum. Daher muss eine jährliche Anpassung und Überprüfung des Kalibrierungsfaktors erfolgen, um eine zu hohe oder zu niedrige Zuführung oder Auflösung der Beihilferückstellungen und damit einhergehende Be- oder Entlastung der Ergebnisrechnung zu vermeiden.

Der mathematisch errechnete Kalibrierungsfaktor beträgt zum 31. Dezember 2023 45,79% (i. Vj. 43,14%) und ergibt sich aus den Durchschnittswerten zum 31. Dezember 2023 i.H.v. 50,83%, zum 31. Dezember 2022 i.H.v. 40,86% sowie zum 31. Dezember 2021 i.H.v 45,66%. Durch die Änderung beim Kalibrierungsfaktor ergibt sich im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 eine Zuführung der Beihilferückstellung i.H.v. EUR 43,3 Mio.

Für die Festlegung der ruhestandsfähigen Dienstzeit für aktive Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte wurden entsprechende Annahmen getroffen. Ausgangspunkt ist das Ordinationsdatum bzw. Eintrittsdatum abzüglich gesetzlich anzuerkennender Vorbeschäftigungszeiten.

Substanzerhaltungsrücklage

Zum Ausgleich des mit der Nutzung von Vermögensgegenständen des unbeweglichen Anlagevermögens verbundenen Ressourcenverbrauchs sollen der Substanzerhaltungsrücklage jährlich Haushaltsmittel in einer nach den planmäßigen Abschreibungen zu bemessenden Höhe zugeführt werden (§ 65 Abs. 5 KHO).

Die Zuführungen zu der Substanzerhaltungsrücklage nach § 65 Abs. 5 KHO sollen 50% der regelmäßigen Abschreibungen, vermindert um anrechnungsfähige Beträge aus der Auflösung von Sonderposten, nicht unterschreiten. Über eine darüber hinausgehende Bildung der Substanzerhaltungsrücklage entscheidet das zuständige Organ unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, hierunter insbesondere künftige Spendenerträge und Möglichkeiten, Vermögensgegenstände an Dritte abzugeben (§ 7 Abs. 1a EBBVO).

Im Haushaltsjahr 2023 wurden 100% der regelmäßigen Abschreibungen der Substanzerhaltungsrücklage i.H.v. TEUR 3.756 zugeführt.

Unter Anwendung von § 25 Abs. 2 S. 2 KHO wurden die Pflichtrücklagen der Sondervermögen zentral bei der Gesamtkirche bilanziert.

Clearingrückstellung

Das Clearing- bzw. Kirchenlohnsteuerverrechnungsverfahren ist ein Kirchenlohnsteuerausgleich zwischen den Gliedkirchen in der EKD. Dieses Verfahren kommt zum Tragen, sobald Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Betriebsstätte bzw. ihren Wohnsitz in
unterschiedlichen Bundesländern haben. Die Kirchenlohnsteuer, die ein Arbeitgeber
von seinen Angestellten einbehält, muss an das Finanzamt abgeführt werden, das für
den Betrieb zuständig ist (Betriebsstättenprinzip). Gleichzeitig steht diese abgeführte
Kirchensteuer der Gliedkirche zu, in deren Bereich das Kirchenmitglied seinen Wohnsitz hat (Wohnsitzprinzip). Liegt die Betriebsstätte des Arbeitgebers außerhalb des Gebiets der Landeskirche des Wohnsitzes, besteht die Verpflichtung zum Ausgleich.

Aus diesem Clearing- bzw. Kirchenlohnsteuerverrechnungsverfahren wurden für 2020 (TEUR 11.767), für 2021 (TEUR 12.496), für 2022 (TEUR 11.341) sowie für 2023 (TEUR 3.789) Ausgleichsverpflichtungen ermittelt, die im Jahresabschluss als Rückstellung, zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages von rund 5%, passiviert wurden.

Rückstellung für Resturlaub der Pfarrerinnen und Pfarrer

Gemäß § 68 KHO sowie Nr. 59 der Erläuterungen zur KHO sind Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub zu bilden. Aufgrund fehlender Datengrundlage über die zum 31. Dezember 2023 bestehenden Resturlaubsbestände der Pfarrerinnen und Pfarrer außerhalb der Kirchenverwaltung wurde die Rückstellung für den Jahresabschluss mit-

tels eines vereinfachten Verfahrens berechnet. Dabei wurde zu Grunde gelegt, dass im Mittel jede Pfarrerin und jeder Pfarrer außerhalb der Kirchenverwaltung einen Resturlaubsbestand von 19 Tagen hat.

Unter Bezugnahme auf die Besoldungsgruppen und den Grundbestand ergibt sich eine Rückstellung i.H.v. TEUR 7.522 (i.Vj. TEUR 7.634).

Wesentliche stille Reserven der Finanzanlagen und Vermögensgrundbestand

Die Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen sowie die Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten werden auf der Aktivseite gem. § 61 Abs. 1 KHO zu Anschaffungskosten bewertet und betragen EUR 2.367 Mio. (i.Vj. EUR 2.288 Mio.). Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen sowie der Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten betragen EUR 2.900 Mio. (i.Vj. EUR 2.749 Mio.). Somit bestehen im Bereich der oben genannten Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen sowie der Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten, aufgrund der Bewertung der Aktiva zu Anschaffungskosten, stille Reserven i.H.v. EUR 613 Mio. (i.Vj. EUR 460 Mio.).

Die wesentlichen stillen Reserven übersteigen den im Reinvermögen ausgewiesenen negativen Vermögensgrundbestand i.H.v. EUR -446 Mio. (i.Vj. EUR -462 Mio.) insgesamt um EUR 167 Mio. (i.Vj. EUR -2 Mio.).

Überleitung	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Vermögensgrundbestand	-445.586.164,23	-462.385.631,59
Stille Reserven im Dachfonds gesamtkirchliche		
Rücklagen, inkl. Kirchbaurücklage	206.254.851,08	140.261.660,76
Stille Reserven im Dachfonds		
Versorgungsstiftung	354.039.516,96	279.738.403,64
Stille Reserven in der Absicherung bei der		
Evangelischen Ruhegehaltskasse	52.400.000,00	40.400.000,00
somit ergibt sich rechnerisch ein		
Vermögensgrundbestand einschließlich stiller		
Reserven der Finanzanlagen	167.108.203,81	-1.985.567,19

4.2 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Abgrenzung nicht realisierbares Sachanlagevermögen und realisierbares Sachanlagevermögen

Mit Beschluss des Kollegiums der Kirchenverwaltung wurde am 28. Februar 2017 festgelegt, dass die Grundstücke des Pfarreivermögens i.H.v. EUR 574.701 aufgrund eines besonderen Bestandsschutzes nach § 8 GrVVO unter dem nicht realisierbaren Sachanlagevermögen ausgewiesen werden.

Zuordnung der Gebäude und Grundstücke der Tagungshäuser und des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN

Der Wirtschaftsbetrieb Tagungshäuser und das Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS werden im Jahresabschluss als Sondervermögen und Verpflichtungen aus Sondervermögen ausgewiesen.

Eine Zuordnung der Grundstücke und Gebäude zu den Sondervermögen wurde erstmals im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 vorgenommen. Die Übertragung erfolgte auf dem Stichtag zum 1. Januar 2021. In den Sondervermögen werden diese ab
dem 1. Januar 2021 unter den bebauten Grundstücken und Gebäuden bilanziert. Die
Übertragung erfolgte erfolgsneutral über den Vermögensgrundbestand in der Gesamtkirche sowie den Sondervermögen.

Abweichend von dieser Zuordnung zu den Sondervermögen wird ein Gebäude des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS, das wegen einer Baumaßnahme als Anlage im Bau geführt wird sowie ein Grundstück des Tagungshauses Schloss Herborn, bei dem kein eindeutige Zuordnung vorliegt, weiterhin im Anlagevermögen bei der Gesamtkirche bilanziert.

Die Substanzerhaltungsrücklage für den Wirtschaftsbetriebe Tagungshäuser und das Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS wird weiterhin zentral bei der Gesamtkirche vorgehalten (siehe § 25 Abs. 2 S. 2 KHO).

Absicherung von Versorgungslasten

Zur Sicherung der Versorgungslasten werden Beiträge und Zahlungen für aktive Kirchenbeamt*innen und Pfarrer*innen sowie Versorgungsempfänger*innen bei der Evangelischen Ruhegehaltskasse abgesichert. Aufgrund dieser Absicherung wurde der auf die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau entfallende Anteil am Vermögen der Evangelischen Ruhegehaltskasse im Jahresabschluss i.H.v. EUR 588.225.675 (i.Vj. EUR 529.401.754) aktiviert.

Die Ermittlung des auf die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau entfallenden Vermögens der Evangelischen Ruhegehaltskasse erfolgte durch eine versicherungsmathematische Berechnung.

Darüber hinaus hat die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau eine rechtlich unselbständige Versorgungsstiftung eingerichtet. Das Vermögen der Versorgungsstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wurde im Jahresabschluss unter den Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten i.H.v. EUR 700.903.638 (i. Vj. EUR 683.401.227) aktiviert. Ebenfalls wäre ein Ausweis unter den Sondervermögen sowie den Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen möglich gewesen.

Treuhandvermögen für Diakonie- und Sozialstationen

Im Budgetbereich "Handlungsfeld gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste" werden jährlich Mittel für die Förderung und Unterstützung der Diakonie- und Sozialstationen in Hessen und Nassau bereitgestellt. Die Verwaltung der Mittel erfolgt treuhänderisch durch die Diakonie Hessen. Die Mittelvergabe wird durch ein Fördergremium unter Vorsitz des Leiters des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung vorgenommen. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden EUR 5.509.539,25 (i.Vj. EUR 4.613.978) der treuhänderisch bei der Diakonie Hessen gehaltenen Mittel unter den sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert.

Mittelbare Versorgungsverpflichtung über die Evangelische Zusatzversorgungskasse

Alle Angestellten sind im Rahmen der Bindung an die Kirchliche Dienstvertragsordnung bei der Evangelischen Zusatzversorgungskasse (EZVK) pflichtversichert. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis ist diese Verpflichtung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der Evangelischen Zusatzversorgungskasse im Jahresabschluss nicht passiviert.

Hinsichtlich der Gewährträger- sowie Anstaltshaftung verweisen wir auf den Anhang der Kirchenleitung zum Jahresabschluss 31. Dezember 2023.

4.3 Feststellungen zur Gesamtaussage

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen, wesentlichen Bewertungsgrundlagen sowie sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Berücksichtigung der von der Kirchenverwaltung zusätzlich enthaltenen Angaben und Erläuterungen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und in Anwendung der Bestimmungen und Ermessensspielräume der Kirchlichen Haushaltsordnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vermittelt.

Der Jahresabschluss der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau enthält einige bedeutende, unter Punkt 4.1 einzeln dargestellte Bewertungsgrundlagen und Ermessensspielräume, die auf die Notwendigkeit von Schätzungen, Bewertungsparametern und Prognosen zurückzuführen sind. Die aus Sicht der Gesamtaussage bedeutendsten Bewertungsgrundlagen und Ermessensspielräume bestehen in der Bewertung der Pensionsrückstellungen und der Ermittlung der Beihilfeverpflichtungen. Die zu Grunde gelegten Bewertungsparameter und Ermessensspielräume haben erheblichen Einfluss auf die Höhe des ausgewiesenen Vermögensgrundbestandes im Jahresabschluss.

Die unter Punkt 4.2 dargestellten sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen haben in bedeutsamen Umfang Einfluss auf den Ausweis der Vermögenswerte und Schulden im Jahresabschluss der Gesamtkirche.

Die wesentlichen Bewertungsgrundlagen und Ermessensspielräume sowie sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen wurden im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 dokumentiert und dem vorgelegten Anhang zum Jahresabschluss beigefügt.

4.4 Finanzdeckung der Rücklagen

Gem. § 65 Abs. 9 KHO dürfen Rücklagen nur in der Höhe ausgewiesen werden, wie sie durch entsprechende Finanzanlagen und Liquide Mittel gedeckt sind (Grundsatz der Finanzdeckung). Dabei soll die Betriebsmittelrücklage vorrangig durch kurzfristig realisierbare Mittel gedeckt sein.

In der folgenden Finanzdeckungsanalyse sind die einzelnen Deckungsprinzipien zusammengefasst:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rücklagen, Sonst. Vermögensbindung		
Pflichtrücklagen	-416.063.276,76	-353.576.019,23
Budgetrücklagen, Kollekten und weitere Rück-		
lagen	-470.994.319,80	-429.142.546,24
Zwischensumme	-887.057.596,56	-782.718.565,47
Finanzanlagen und Liquide Mittel		
Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen		
und anderen Passivpositionen	1.077.940.649,96	1.075.600.983,98
Liquide Mittel	119.582.087,69	100.068.938,76
Zwischensumme	1.217.664.682,09	1.195.669.922,74
Grundsatz der Finanzdeckung	330.607.085,53	412.951.357,27

Der Grundsatz der Finanzdeckung gem. § 65 Abs. 9 S. 1 KHO ist auf der Grundlage von Buchwerten erfüllt. Die Finanzanlagen zur Deckung der Rücklagen übersteigen die Rücklagen um EUR 330.607.085,53.

	31.12.2023	31.12.2022				
	EUR	EUR				
Deckung der Betriebsmittelrücklage durch Liquide Mittel						
Betriebsmittelrücklage	-65.000.000,00	-73.751.004,45				
Liquide Mittel	119.582.087,69	100.068.938,76				
Grundsatz der Finanzdeckung	54.582.087,69	26.317.934,31				

Ebenfalls wird § 65 Abs. 9 S. 2 KHO erfüllt, wonach die Betriebsmittelrücklage vorrangig durch kurzfristig realisierbare Mittel gedeckt sein soll. Grundlage der Bewertung sind die Vermögenswerte zu Buchwerten.

5. Prüfungsvermerk und Entlastungsempfehlung des unabhängigen Rechnungsprüfungsamtes der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

An die 13. Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Prüfungsvermerk zum Jahresabschluss der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Prüfungsurteil

Das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Investitions- und Finanzierungsrechnung sowie Kapitalflussrechnung und Anhang – der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltsausführung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Wir erklären, dass unsere Prüfung zu keinen wesentlichen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushalts sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu beachten. Im Rahmen unserer stichprobenartigen Überprüfung wurden keine wesentlichen Verstöße gegen die Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit i.S.v. § 4 Abs. 1 KHO festgestellt.

An den Rechnungsprüfungsausschuss der 13. Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Vorschlag für eine Entlastungsempfehlung

Aufgrund der bei der Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 erlangten Prüfungsergebnisse – unter Beachtung der Hinweise zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses –, ferner der im Prüfungsbericht dargestellten Hinweise, Empfehlungen und Anmerkungen, empfehlen wir dem Rechnungsprüfungsausschuss, der Kirchensynode die Entlastung für die gesetzlichen Vertreter der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 zur Beschlussfassung vorzuschlagen (§ 5 Abs. 3 RPAG).

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses nach den Bestimmungen des Kirchengesetzes über die Haushalts- und Wirtschaftsführung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, des Kirchengesetzes über das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Rechnungsprüfung vorgenommen. Gemäß Art. 67 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ist das Rechnungsprüfungsamt in seiner Prüfungstätigkeit unabhängig und nur an die kirchlichen Gesetze und allgemein verbindlichen Vorschriften gebunden. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften der Kirchlichen Haushaltsordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie ergänzenden Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Die Verantwortlichkeit erstreckt sich darauf, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltsausführung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Kirchlichen Haushaltsordnung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Rechnungsprüfungsamtes für die Prüfung des Jahresabschlusses

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des im Jahresabschluss vermittelten Bildes der Haushaltsausführung sowie der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Christian M. Beck

Oberkirchenrat und Amtsleiter Certified Internal Auditor Certified Information Systems Auditor Sieglinde Schrädt

Kirchenverwaltungsdirektorin Stellvertretende Amtsleiterin Leiterin des Prüfungsgebietes Gesamtkirche und Einrichtungen

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage I: Bilanz zum 31.12.2023

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Bilanz zum 31.12.2023

Aktiva

Passiva

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR		31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen	2.615.490.404,60	2.544.398.254,90	A. Reinvermögen	349.056.203,71	446.522.972,65
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	602.511,36	337.996,45	I. Vermögensgrundbestand	-445.586.164,23	-462.385.631,59
II. Nicht realisierbares Sachanlagevermögen			II. Rücklagen, Sonst. Vermögensbindung	887.057.596,56	782.718.565,47
 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte Glocken, Orgeln, Technische Anlagen und Maschinen Kulturgüter, Kunstwerke, besondere sakrale und liturgische Gegenstände 	574.700,70 16.160,36 5.468.348,26 6.059.209,32	574.700,70 16.426,77 5.485.408,71 6.076.536,18	 Pflichtrücklagen a) Betriebsmittelrücklage b) Ausgleichsrücklage c) Substanzerhaltungsrücklage d) Bürgschaftssicherungsrücklage 	65.000.000,00 307.742.490,50 41.820.786,26 1.500.000,00 416.063.276,76	73.751.004,45 235.511.636,42 40.523.567,50 3.789.810,86 353.576.019,23
III. Realisierbares Sachanlagevermögen			2. Pudgotrüaklagan Kallaktan und waitara		
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte Bebaute Grundstücke	2.129.092,56 151.873.100,17	1.958.913,01 157.778.799,80	Budgetrücklagen, Kollekten und weitere Rücklagen	470.994.319,80	429.142.546,24
Technische Anlagen und Maschinen Einrichtung und Ausstattung, Kunstwerke	108.069,56 1.472.043,53	121.556,59 1.612.619,22	III. Ergebnisvortrag	0,00	75.993.416,87
5. Fahrzeuge6. Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen	29.516,84 1.742.939,36	44.232,84 1.051.495,22	IV. Bilanzergebnis	-92.415.228,62	50.196.621,90
c. / whagen in Baa, geleistete / wzamangen	157.354.762,02	162.567.616,68	B. Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen	54.869.915,63	57.752.661,66
IV. Finanzanlagen			C. Sonderposten	2.358.274,23	2.210.447,00
 Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen Absicherung von Versorgungslasten 	1.289.129.313,41	1.075.600.983,98 1.212.802.980,82	I. Zweckgebundene Spenden, Vermächtnisse usw.II. Erhaltene Investitionszuschüsse	535.828,84 1.822.445,39	528.674,96 1.681.772,04
 Beteiligungen Anteile an verbundenen Einrichtungen Sonstige Finanzanlagen und Ausleihungen 	13.365.965,71 17.899.002,00 53.138.990,82	13.338.564,00 17.943.001,00 55.730.575,79	D. Rückstellungen	2.361.326.569,83	2.186.936.989,36
C. Constige i manzamagen and radiomangen	2.451.473.921,90	·	I. VersorgungsrückstellungenII. Clearingrückstellungen	2.286.792.300,00 41.400.000,00	2.113.850.376,33 42.400.000,00
B. Sondervermögen	54.869.915,63	57.752.661,66	III. Sonstige Rückstellungen	33.134.269,83	30.686.613,03
C. Umlaufvermögen	157.114.282,00	138.439.739,07	E. Verbindlichkeiten	70.165.020,21	56.538.515,93
I. Forderungen			Verbindlichkeiten an kirchliche Körper- schaften	8.463.297,08	5.808.993,40
 Forderungen aus Kirchensteuern Forderungen an kirchliche Körperschaften 	12.823.609,17 3.181.391,27	19.561.415,28 4.260.371,30	 Verbindlichkeiten an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten 	5.889.277,80	6.174.725,35

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Bilanz zum 31.12.2023

Aktiva

Passiva

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR		31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
	EUK	EUK		EUK	EUK
3. Forderungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und An-			3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und		
stalten	2.286.017,74	2.623.234,66	Leistungen	1.156.964,94	1.896.154,38
4. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	745.901,85	938.209,24	4. Darlehensverbindlichkeiten	18.040.391,28	26.033.658,60
Forderungen gegenüber Beteiligungen und verbundenen			Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	· 1	
Einrichtungen	2.933.532,08	3.648.035,73	und verbundenen Einrichtungen	869.656,69	883.898,07
6. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	15.561.742,20	7.339.534,10	Sonstige Verbindlichkeiten	35.745.432,42	15.741.086,13
	37.532.194,31	38.370.800,31	Ç		
	•	,	F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	567.903,67	587.018,48
II. Liquide Mittel					
Kassenbestand, Bankguthaben, Schecks	119.582.087,69	100.068.938,76			
D. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	10.869.285,05	9.957.949,45			
	2.838.343.887,28	2.750.548.605,08		2.838.343.887,28	2.750.548.605,08
No obviobiliob			Nachrichtlich		
Nachrichtlich: Treuhandvermögen	1.148.358.482,96	1.191.723.295,32	Nachrichtlich: Treuhandverpflichtungen	1.148.358.482,96	1.191.723.295,32

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage II: Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.1.2023 bis 31.12.2023

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.1. bis 31.12.2023

	1.1.2023 - 31.12.2023 EUR	1.1.2022 - 31.12.2022 EUR
 Erträge aus kirchlicher oder diakonischer Tätigkeit 	52.120.281,37	49.291.395,41
a) Erträge aus kirchlichen Aufgaben	1.691.142,00	1.649.949,77
b) Umsatzerträgec) Erträge aus Grundvermögen und Rechtend) Erträge aus Ersatz- und Erstattungs-	101.258,89 9.958.325,89	78.653,36 9.943.480,97
diensten	40.369.554,59	37.619.311,31
Erträge aus Kirchensteuern und Zuweisungen	556.283.442,69	607.544.399,59
a) Erträge aus Kirchensteuernb) Erträge aus Finanzausgleich, Zuweisungen	540.038.823,47	593.176.840,22
und Umlagen	16.244.619,22	14.367.559,37
3. Zuschüsse von Dritten	18.136.463,37	17.407.826,35
4. Kollekten und Spenden	301.147,82	373.882,59
Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
Erträge aus der Auflösung von Sonder- posten	74.926,02	191.751,72
7. Sonstige ordentliche Erträge	29.475.157,28	41.771.411,61
 a) Erträge aus dem Abgang / der Zu- schreibung von Anlagevermögen b) Erträge aus der Auflösung von Rück- 	153.359,84	5.000,00
stellungen c) Sonstige ordentliche Erträge	1.421.432,03 27.900.365,41	13.503.229,67 28.263.181,94
8. Summe der ordentlichen Erträge	656.391.418,55	716.580.667,27
9. Personalaufwendungen	-427.319.163,58	-278.929.654,28
a) Personalaufwand	-136.203.888,42	-134.607.844,39
b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung	-218.716.964,96	-78.434.808,43
c) Versorgungsaufwendungend) Sonstige Personalaufwendungen	-68.757.131,14 -3.641.179,06	-61.530.844,88 -4.356.156,58
Aufwendungen aus Kirchensteuern und	0.041.170,00	4.000.100,00
Zuweisungen	-338.297.640,42	-341.116.383,68
 a) Aufwendungen aus Kirchensteuererstat- tungen und -verrechnungen b) Aufwendungen aus Finanzausgleichs- 	-7.759.859,37	-16.115.782,19
leistungen und Zuwendungen	-330.537.781,05	-325.000.601,49
11. Zuschüsse an Dritte	-2.524.726,98	-2.555.823,72
12. Sach- und Dienstaufwendungen	-34.726.098,80	-39.045.490,81

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.1. bis 31.12.2023

	1.1.2023 - 31.12.2023 EUR	1.1.2022 - 31.12.2022 EUR
a) Verpflegungs- und Materialaufwendungen	-260.102,85	-224.020,55
b) Wirtschafts- und Verwaltungsaufwandc) Ersatz- und Erstattungsleistungen	-17.985.314,39 -15.467.925,49	-18.870.179,16 -18.734.801,30
d) Ausstattung und Instandhaltung	-1.012.756,07	-1.216.489,80
13. Abschreibungen und Wertkorrekturen	-3.725.812,32	-3.738.719,95
14. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.051.137,61	-8.957.961,77
a) Aufwand aus Abgang von mobilem und		
immobilem Anlagevermögen b) Abgaben, Besitz- und Verkehrsteuern,	-20.309,69	-200,00
Versicherungen	-4.593.176,88	-4.132.871,83
c) Zuführungen zu Sonderposten	-222.753,25	-65.394,95
d) Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.214.897,79	-4.759.494,99
15. Summe der ordentlichen Aufwendungen	-819.644.579,71	-674.344.034,21
16. Ergebnis der gewöhnlichen kirchlichen		
Geschäftstätigkeit	-163.253.161,16	42.236.633,06
17. Finanzerträge	74.271.418,77	16.755.288,19
 a) Erträge von Beteiligungen und sonstigen 		
Finanzanlagen	70.746.406,15	16.037.766,03
b) Zinsen und ähnliche Erträge	3.525.012,62	717.522,16
18. Finanzaufwendungen	-1.295.572,58	-8.333.616,30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.295.572,58	-8.333.616,30
19. Finanzergebnis	72.975.846,19	8.421.671,89
20. Ordentliches Ergebnis	-90.277.314,97	50.658.304,95
21. Jahresergebnis vor Steuern	-90.277.314,97	50.658.304,95
22. Jahresergebnis	-90.277.314,97	50.658.304,95
23. Zuführungen an Rücklagen	-26.549.013,92	-18.404.366,59
24. Entnahmen aus Rücklagen	24.411.100,27	17.942.683,54
25. Bilanzergebnis	-92.415.228,62	50.196.621,90

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage III: Anhang für das Haushaltsjahr 2023

in der Fassung der Kirchenverwaltung

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche

Anhang

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

kü	ırzungsverzeichnis	3
,	Allgemeine Angaben	5
ı	Rechtsgrundlagen und Wirkungskreis	5
a.	Rechtsgrundlagen	5
o.	Wirkungskreis	5
,	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen	6
a.	Allgemeine Angaben	6
ga	ben zu einzelnen Vermögenspositionen	.10
a.	Aktiva	.10
o.	Passiva	.14
,	Angaben zu einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung	.21
a.	Erträge	.21
o.	Aufwendungen	.22
,	Sonstige Angaben	.25
ì	Feststellung und Vorschlag zur Verwendung des Ergebnisses	.28
	a. a. a. ga. a.	Rechtsgrundlagen und Wirkungskreis a. Rechtsgrundlagen b. Wirkungskreis Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen a. Allgemeine Angaben gaben zu einzelnen Vermögenspositionen a. Aktiva b. Passiva Angaben zu einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung a. Erträge b. Aufwendungen Sonstige Angaben

Anlagen

- Anlage 1 Anlagenspiegel
- Anlage 2 Beteiligungsübersicht
- Anlage 3 Übersicht Forderungen
- Anlage 4 Übersicht Rücklagen
- Anlage 5 Übersicht Sonderposten
- Anlage 6 Übersicht Rückstellungen
- Anlage 7 Übersicht Verbindlichkeiten
- Anlage 8 Übersicht erhebliche Abweichungen

Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Langform
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
BaFin	Bundesanstalt für Finanzaufsicht
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
Dr.	Doktor
EBBVO	Rechtsverordnung über die Erfassung, Bewertung und Bilanzierung des Vermögens in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 26. November 2015, zuletzt geändert am 9. März 2023
eG	eingetragene Genossenschaft
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
ELCRN	Evangelical Lutheran Church in the Republic of Namibia (Evangelisch- Lutherische Kirchen in der Republik Namibia)
ERK	Evangelische Ruhegehaltskasse in Darmstadt
ESZ	Evangelisches Studierendenzentrum
e.V.	eingetragener Verein
Ev.	Evangelisch
f.	folgende
ff.	fortfolgende
gAG	gemeinnützige Aktiengesellschaft
GrVO	Grundstücksverordnung vom 29. November 2018
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
h.c.	honoris causa (ehrenhalber)
i. d. F.	in der Fassung
i. H. v.	in Höhe von
i. V. m.	in Verbindung mit
IPOS	Insitut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision der EKHN
JVZ	Jahresverkehrszahlen
KDV/ ZDL	Kriegsdienstverweigerer/ Zivildienstleistende
KHO	Kirchengesetz über die Haushalts- und Wirtschaftsführung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 26. November 2015, zuletzt geändert am 10. Mai 2025
КО	Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 17. März 1949 in der Fassung vom 20. Februar 2010, zuletzt geändert am 29. November 2024
Nr.	Nummer

Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Mio. €	Millionen Euro
PKV-Tafel	Wahrscheinlichkeitstafeln in der private Krankenversicherung
SB	Sachbuch (Kameralistik)
urspr.	ursprünglich
ZPV	Zentrale Pfarreivermögensverwaltung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
T€	Tausend Euro
€	Euro
%	Prozent
§	Paragraph

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

1. Allgemeine Angaben

Vergleichs- bzw. Vorjahreszahlen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, immer auf den 31. Dezember 2022.

Die Angaben von Summen in T€ oder Mio. € wurden nach kaufmännischen Regeln auf volle € gerundet, wodurch Rundungsdifferenzen zu den exakten Werten entstehen können.

2. Rechtsgrundlagen und Wirkungskreis

a. Rechtsgrundlagen

Grundlagen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 waren die KHO und die EBBVO.

Neben den kodifizierten Kirchengesetzen bestehen mehrere Fachkonzepte zur Bilanzierung und Bewertung einzelner Bilanzpositionen bzw. Themenkomplexe. Gemäß des Beschlusses der Kirchenleitung vom 29. Juni 2017 gelten die Fachkonzepte als Teil des Bewertungshandbuches nach § 3 Abs. 4 EBBVO, wodurch alle dort getroffenen Regelungen als verbindlich anzusehen sind. Sofern die Bilanzierung von den getroffenen Regelungen abweicht, ist dies entsprechend mit Begründung vermerkt.

b. Wirkungskreis

Die Rechtsstellung der EKHN sowie aller mit ihr in Verbindung stehenden Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Verbänden ergibt sich aus Artikel 2 der KO. Die EKHN ist demnach eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der hier dargestellte Jahresabschluss umfasst die Gesamtkirche der EKHN mit sämtlichen unselbstständigen kirchlichen Einrichtungen, Werken sowie Stiftungen. Eine Einzelaufstellung kann der folgenden Auflistung entnommen werden:

Bezeichnung
Folgende Einrichtungen, Werke und Stiftungen werden in eigenen Rechnungskreisen abgebildet. In der Bilanz der Gesamtkirche werden sie mit ihren Bilanzsummen aktivisch im Sondervermögen bzw. passivisch in der Verpflichtung gegenüber Sondervermögen ausgewiesen:
Zur Nieden-Stiftung
Hermann Schlegel-Stiftung
Geschwister Renate Knautz & Erhard Heer-Stiftung
Stiftung Bekennen und Versöhnen
Hildegard und Karl Bär-Stiftung
Stiftung Gemeinde im Aufbruch
Scio-Stiftung

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Hans und Maria Kreiling-Stiftung
Hans und Wana Kreining-Suitung
Chorstiftung Philipp Reich (ab 2023)
Versorgungsstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Martin-Niemöller-Haus
Kloster Höchst – Tagungshaus und Jugendbildungsstätte
Jugendbildungsstätte evangelische Jugendburg Hohensolms
Tagungsstätte im Schloss Herborn
Betrieb gewerblicher Art des Zentrums für Verkündigung
Bachchor Mainz
Landesorganisation Erwachsenenbildung
Regionaler Arbeitskreis für Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz
Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Hessen
Kirchlicher Fonds für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Evangelische Jugend in Hessen
IPOS – Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision der EKHN
Posaunenwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Chorverband der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Folgende Rechnungskreise werden nachrichtlich als Treuhandvermögen und Treuhandverpflichtungen unterhalb der Bilanzsumme ausgewiesen:
Treuhänderische Sparkontenverwaltung für Kirchengemeinden, Stiftungen, etc.
Kinder- und Jugendstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

3. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

a. Allgemeine Angaben

Im Einzelnen werden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

<u>Vermögensgegenstände</u> <u>des immateriellen Anlagevermögens sowie des Sachanlagevermögens</u> sind zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten abzüglich historischer Abschreibungen sowie Skonti und Rabatte bewertet. Die Ermittlung der historischen Abschreibungen erfolgte unter Zugrundelegung der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Aufwendungen für Webseiten werden aufgrund einer gewohnlich kürzeren Nutzungsdauer als unmittelbarer Aufwand bilanziert.

<u>Bebaute und unbebaute Grundstücke</u> sind mit den qualifizierten Bodenrichtwerten vom 1. Januar 2012 angesetzt.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die erstmalige Bewertung aller <u>Gebäude</u> erfolgte auf Basis der Normalherstellungskosten (NHK 2000) in Verbindung mit dem 6-Bauteile-Modell. Dieses Verfahren ist an das standardisierte Sachwertverfahren angelehnt und trägt den individuellen Besonderheiten (Ausstattung, Zustand) zum Zeitpunkt der Bewertung Rechnung. In der Eröffnungsbilanz wurde der indizierte Gebäudezeitwert (Baupreisindex) ausgehend von einem fiktiven Baujahr angesetzt. Der Baupreisindex entspricht dem letzten verfügbaren Wert vor dem Eröffnungsbilanzstichtag (November 2014).

Das <u>Finanzanlagevermögen</u> ist zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewertet. Dauerhaften Wertminderungen wird in Form von Wertberichtigungen gemäß § 5 Abs. 2 EBBVO Rechnung getragen.

Festgeldanlagen, deren Laufzeit über einem Jahr liegt, sind unter der Position sonstige Finanzanlagen ausgewiesen.

Unter der Position Absicherung von Versorgungslasten werden die Mittel der Versorgungsstiftung sowie die Ansprüche an die anteilige Kassenleistung gegenüber der ERK und Ansprüche gegenüber der Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau ausgewiesen.

Die Vermögenspositionen der nicht rechtsfähigen Versorgungsstiftung der EKHN sind mit den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten, abzüglich eventueller Wertminderungen, in einem separaten Einzelmandanten bilanziert. Die Rückdeckungsversicherung wird mit ihrem jeweiligen Wert am Abschlussstichtag bilanziert. Die Bilanzierung erfolgt aus Tranparenzgründen abweichend von den Vorgaben des Fachkonzeptes Stiftungen. Der Ausweis erfolgt demnach nicht auf beiden Seiten der Bilanz als Sondervermögen bzw. als Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen, sondern ausschließlich unter der Position Absicherung von Versorgungslasten.

Unter der Position Absicherung von Versorgungslasten wird der anteilige Wert, der auf die EKHN entfällt, bezogen auf das Buchwertvermögen der ERK zum 31. Dezember 2023 ausgewiesen. Auf Basis jährlicher, versicherungsmathematischer Berechnungen wird von der ERK die Gesamtverpflichtung aus Kassenleistungen für fällige Pensionsansprüche ermittelt und um die Ansprüche auf Beitragszahlungen gegenüber den Mitgliedskirchen verringert, dies ergibt den sogenannten Barwert der ERK-Absicherung für alle Mitgliedskirchen. Der Anteil der EKHN an diesem Gesamtwert der Absicherung beläuft sich dabei rechnerisch zum 31. Dezember 2023 auf 15,9 %. In Relation zum Buchwertvermögen der ERK definiert dieser Quotient den bilanzierten Wert.

Unter <u>Beteiligungen</u> wird im kirchlichen Kontext jegliches finanzielle Engagement an privatrechtlichen Einrichtungen verstanden. <u>Anteile an verbundenen Einrichtungen</u> werden bilanziert, sobald die Beteiligung am Eigenkapital der Einrichtung 50% beträgt oder übersteigt.

Das <u>Sondervermögen</u> setzt sich zusammen aus den Betrieben gewerblicher Art sowie den nicht rechtsfähigen Stiftungen und Sonderrechtsträgern/-rechnungen der EKHN. Die einzelnen Rechtsträger werden jeweils in einem eigenen Bilanzierungskreis abgebildet. Deren Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze orientieren sich neben den kirchenrechtlichen Regelungen auch an der Handels- und Steuergesetzgebung. Der bilanzielle Ausweis im Jahresabschluss der Gesamtkirche der EKHN erfolgt gemäß § 9 Abs. 2 KHO mit der jeweiligen

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Bilanzsumme der Einzelbilanzen, die spiegelbildlich auf der Aktiv- und der Passivseite der Bilanz ausgewiesen wird.

<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u> werden zum Nominalwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken ist durch entsprechende Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die <u>liquiden Mittel</u> sind mit den Nennwerten angesetzt. Alle Positionen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr. Auf den kassengemeinschaftlichen Verrechnungskonten werden die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten aus kassengemeinschaftlichen liquiden Mitteln bilanziert. Die Bilanzierung erfolgt stets spiegelbildlich, d.h. Passivbeständen bei der Gesamtkirche stehen Aktivbestände bei den angeschlossenen Rechnungskreisen in gleicher Höhe gegenüber.

Der <u>Vermögensgrundbestand</u> ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtwert aller Vermögensgegenstände (Summe aller Aktiva) und der Gesamtsumme aller zweckgebundener Rücklagen, sonstigen Vermögensbindungen, Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Passive Rechnungsabgrenzung.

Zur Erfüllung kirchenrechtlicher Zwecke sind finanzgedeckte <u>Rücklagen</u> angesetzt. Die Mindestbeträge werden durch die Regelungen des § 65 KHO festgelegt.

Erhaltene Zuschüsse, Zuwendungen für zweckgebundene Investitionen sowie zweckgebundene Spenden, Schenkungen und Erbschaften, deren Zweckbindung noch fortbesteht, sind als <u>Sonderposten</u> mit dem Nominalwert angesetzt.

Die <u>Versorgungsrückstellungen</u> sind auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Stichtagsgutachtens unter Berücksichtigung der modifizierten Richttafeln 2018 G von K.-Heubeck ermittelt worden. Den Parametern der biometrischen Grundwerte liegen zum Bewertungsstichtag 31.12.2023 die von der Evangelischen Ruhegehaltskasse angebrachten Modifikationen aus dem Jahr 2021 zu Grunde. Diese umfassten im Wesentlichen eine Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeit für Versorgungsempfänger*innen und eine Anhebung der Verheiratungswahrscheinlichkeit für männliche Versorgungsempfänger. Die Ermittlung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen erfolgte getrennt für Personengruppen Aktive und Versorgungsempfänger*innen, für Aktive nach dem modifizierten Teilwertverfahren und für Versorgungsempfänger*innen nach Barwertverfahren bei einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p.a. Als Trendannahmen wurde für ruhegehaltsfähige Bezüge sowie für die ERK-Kassenleistungen ein Steigerungssatz von je 2,0% p.a. und für die Beihilfen an die Versorgungsempfänger*innen ein Steigerungssatz von 2,75 % p.a. gewählt. Bei der Bewertung zum 31.12.2023 wurden die zum 01.04.2022 geregelten gesetzlichen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen berücksichtigt. Die zum 01.03.2024 anstehende Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von im Schnitt 8,6% wurde versicherungsmathematisch berücksichtigt.

Das Ausscheiden aus dem Aktivbestand wurde auf acht Monate vor Erreichen der jeweiligen, gesetzlichen Regelaltersgrenzen festgelegt. Die Versorgungsverpflichtung umfasst 1.482 Aktive und 1.726 Versorgungsempfänger*innen. Für die Anwartschaften aktiver Berechtigter ist zu jedem Alter, in dem ein Versorgungsfall eintreten kann, der Ruhegehaltsanspruch nach

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

beamtenrechtlichen Grundsätzen ermittelt. Sofern Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden können, sind diese bei der Berechnung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger*innen und deren Angehörige wurde ein Anpassungsfaktor mit 45,79 % angesetzt, welcher die zu erwartenden Krankheitskosten auf Basis der Referenz-Kopfschäden in der privaten Krankenversicherung unter Berücksichtigung der von der BaFin veröffentlichten PKV-Tafeln, veröffentlicht letztmalig im Dezember 2023, heranzieht und mit den tatsächlichen Krankheitskosten der Beihilfeempfänger*innen in der EKHN ins Verhältnis setzt. Zur Ermittlung der Schätzwerte wurde ein Durchschnitt der Kopfschäden über mehrere Jahre gebildet.

Die <u>Clearingrückstellung</u> ist auf Basis der Richtlinien zur Verrechnung der Kirchenlohnsteueranteile zwischen den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland vom
24. September 2014 berechnet und mit den voraussichtlichen Rückzahlungsbeträgen
angesetzt. Der Absicherung von Risiken wird mit einem Zuschlag von 5% auf die
Rückstellungssumme Rechnung getragen. Beträge, deren tatsächlicher Eintrittsbetrag zur
Aufstellung des Jahresabschlusses bereits bekannt war, wurden in die Verbindlichkeiten
umgegliedert.

Die <u>sonstigen Rückstellungen</u> sind unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt. Zu erwartende Kostensteigerungen sind in der Bewertung mit pauschalen Aufschlägen berücksichtigt. Bei der Berechnung von Rückstellungen im Personalbereich wurden Personeneckwerte an Stelle von Realwerten genutzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen passiviert.

Für Einzahlungen und Auszahlungen vor dem 31. Dezember 2023, die wirtschaftlich einem Zeitpunkt nach dem Abschlussstichtag zuzurechnen sind, werden <u>aktive (Auszahlungen)</u> und passive (Einzahlungen) Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Als <u>Treuhandvermögen</u> wird das für den Treugeber verwaltete Eigentum zum Nominalwert, nachrichtlich unter der Bilanzsumme, ausgewiesen. Das rechtliche Eigentum verbleibt beim Treugeber. In gleicher Höhe sind spiegelbildlich <u>Treuhandverbindlichkeiten</u> gegenüber dem Treugeber bilanziert.

Abgrenzungen bei den Kirchensteueren, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verursachung, werden nur vorgenommen, wenn diese Sondereffekte einen Betrag vor mehr als 1% der geplanten Kirchensteuereinnahmen im Haushaltsjahr übersteigen. Für eventuelle Rückzahlungsrisiken aus den Sondereffekten werden enstsprechende Rückstellungen gebildet.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Angaben zu einzelnen Vermögenspositionen

a. Aktiva

Der Anlagenspiegel ist als Anlage 1 angefügt.

Die <u>Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen</u> setzen sich zusammen aus:

Vermögensgegenstand	Bestand 31.12.2023 €	Bestand 31.12.2022 Mio. €
EKHN RLV-Dachfonds MI 123 Metzler Invest	943.429.101,96	779,9
2IP Immobiliendachfonds	123.971.294,15	115,3
HN SCIAF-RAIF S.C.A.	58.679.755,31	55,6
Baurücklage Studierendenwohnheime	1.505.069,26	1,5
Allgemeine Rücklage Studierendenwohnheime	1.255.552,83	1,2
EKHN Gesangbuchfonds	891.694,11	1,1
EKHN Religionsbücherfonds	584.804,31	0,6
Nachlässe	330.627,80	0,5
Beratungsstelle KDV/ZDL	401.260,18	0,4
Kautionen Campus Westend	173.017,54	0,2
Kautionen Studierendenzentrum Mainz	80.563,77	0,1
Kautionen ESZ Darmstadt	81.570,00	0,1
Dachfonds EKHN Metzler F12	0,00	163,4
SEAF C&E Euro Growth Fonds First Union National-Bank US	0,00	0,1
Sonstige (Einzelpositionen < 50 T€)	56.338,74	0,1
Verrechnung Beihilfefonds	-53.500.000,00	-44,5
Summe	1.077.940.649,96	1.075,6

Aufgrund nicht mehr gegbener Werthaltigkeit, wurde der Restwert des SEAF C&E EURO Growth Fonds der First Union National Bank US von 67.592,56 € im Haushaltsjahr 2023 vollständig ausgebucht.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten setzen sich zusammen aus:

Vermögensgegenstand	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Versorgungsstiftung der EKHN	700.903.638,41	683,4
Deckungsvermögen der ERK	534.000.000,00	484,2
Beihilfefonds	53.500.000,00	44,5
Deckungsvermögen Versorgungskasse Nassau	725.675,00	0,7
Summe	1.289.129.313,41	1.212,8

Zur Absicherung der Versorgungsansprüche legt die Evangelische Ruhegehaltskasse (ERK) ihre Mittel unter risikostreuenden Gesichtspunkten in einem breit diversifizierten Portfolio an. Zum Einsatz kommen Staatsanleihen, Pfandbriefe, Rentenbriefe, Wertpapiere, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds und Rohstoffe.

Die Beteiligungsübersicht ist als Anlage 2 angefügt.

Aufgrund dauerhafter Wertminderung wurden die verbundenen Einrichtungen "Evangelisches Gymnasium Bad Marienberg gGmbH (Beteiligungshöhe 1.112.500 €) und "Ev. Grundschule Weitengesäß gGmbH" (Beteiligungshöhe 20.000 €) auf einen Erinnerugnswert von 1€ wertberichtigt.

Die Bilanzposition sonstige Finanzanlagen und Ausleihungen setzt sich zusammen aus:

Kategorie	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Festgelder, Laufzeit > 1 Jahr	20.141.944,44	20,0
Kirchengemeindliche Baudarlehen	10.122.008,49	11,4
Kirchengemeindliche Pfarrhäuser	5.714.460,28	6,5
Festgelder ZPV	6.000.000,00	6,0
Kirchengemeindliche Erschließungskosten	2.935.105,67	3,2
ZPV Beteiligungen	2.961.222,62	3,0
Sonstige Darlehen kirchliche Initiativen und Werke	2.437.433,91	2,7
Kirchengemeindliche Orgeldarlehen	1.373.516,23	1,4
Kirchengemeindlicher Grunderwerb	736.239,18	0,8
Sonstige Darlehen	100.914,36	0,2
Kirchengemeindliche Aus- und Umbauten Wohnung	358.352,82	0,2
Umweltdarlehen	5.307,13	0,1
Fonds Haushaltssicherung ELCRN	252.485,69	0,2
Summe	53.138.990,82	55,7

Unter den "sonstigen Darlehen für kirchliche Initiativen und Werke" wird ein Darlehen an die Evangelisches Gymnasium Bad Marienberg gGmbH in Höhe von 3.252.693 € ausgeweisen,

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

welches in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2015 vollständig wertberichtigt wurde. Die Wertberichtigung wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 beibehalten.

Das <u>Sondervermögen</u> setzt sich folgendermaßen zusammen:

Bezeichnung	31.12.2023 €	31.12.2022 T€
Jugendbildungsstätte – Ev. Jugendburg Hohensolms*	9.115.054,20	9,9
Martin-Niemöller Haus*	9.159.606,80	9,0
Kloster Höchst – Tagungshaus und Jugendbildungsstätte*	5.291.189,88	5,3
Tagungsstätte im Schloss Herborn*	3.441.327,15	3,5
Schlegel-Stiftung**	3.145.118,24	3,1
Arbeitslosenfonds der EKHN****	1.778.916,14	1,5
Hans und Maria Kreiling-Stiftung**	1.519.535,25	1,5
IPOS***	1.035.404,62	0,9
Zur Nieden-Stiftung**	534.127,61	0,5
Stiftung Gemeinde im Aufbruch**	482.027,10	0,5
Geschwister Renate Knautz & Erhard Heer-Stiftung**	465.019,09	0,4
Hildegard und Karl Bär-Stiftung**	435.168,92	0,4
BgA des Zentrums für Verkündigung***	405.294,50	0,4
Stiftung Bekennen und Versöhnen**	368.788,43	0,4
AG Erwachsenenbildung in Hessen****	332.995,74	0,3
Chorstiftung Philipp Reich	288.698,82	//
Evangelische Jugend in Hessen****	130.450,45	0,3
Chorverband der EKHN	108.538,63	0,1
Bachchor Mainz***	76.013,69	0,1
Regionaler Arbeitskreis Erwachsenenbildung Rheinland Pfalz****	84.683,12	0,1
Scio-Stiftung**	72.711,28	0,1
Posaunenwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau***	54.324,74	0,1
Ev. Landesorganisation für Erwachsenenbildung****	0,00	0,0
Schulwerk der EKHN (Bilanzwert zum 31.12.2022)	16.540.921,23	19,4
Summe	54.865.915,63	57,8

^{*}Tagungshaus, ** Stiftung, *** Sonstiger BgA, **** Sonderrechtsträger

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die Übersicht über die Forderungen kann Anlage 3 entnommen werden.

Unter den sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen werden bei der Diakonie Hessen treuhänderisch gehaltene Mittel zur Förderung und Unterstützung der Diakonie- und Sozialstationen in Hessen und Nassau i.H.v. 5.509.539,25 € (Stand VJ 4.614 T€) ausgewiesen.

Unter den Forderungen gegenüber Beteiligungen und verbundenen Einrichtungen wird eine Forderung gegenüber dem Evangelischen Gymnasiums Bad Marienberg gGmbH in Höhe von 3.651.151 € ausgewiesen, welche in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2015 vollständig wertberichtigt wurde. Die Wertberichtigung wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 beibehalten.

In den Liquiden Mitteln enthalten sind:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Kurzfristige Festgeldanlagen (Laufzeit kleiner 1 Jahr)	110.215.049,01	145,3
Bestände Girokonten	135.639.118,79	92,4
Zahlstellen	618.750,11	0,6
Handvorschüsse	221.892,43	0,2
Handkassen	4.875,66	<0,1
Kassengemeinschaftliche Verrechnung	-127.117.598,31	-138,4
Summe	119.582.087,69	100,1

Das <u>Treuhandvermögen</u>, welches nachrichtlich unterhalb der Bilanzsumme ausgewiesen wird, setzt sich folgendermaßen zusammen:

Bezeichnung	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Gesamtkirchliche Sparkontenverwaltung	1.147.703.608,75	1.191,1
Metzler Dachfonds MI – F01	835.527.208,05	863,8
2IP Immobliendachfonds THV1	105.458.512,85	97,9
HN SICAV-RAIF S.C.A. THV 1	69.224.849,82	65,1
HN SICAV-RAIF S.C.A. THV 2	41.632.119,98	39,4
Kassengemeinschaftliches Guthaben	30.949.035,27	60,6
2IP Immobliendachfonds THV2	39.935.249,85	37,2
Darlehen Campus Westend	6.117.469,07	6,5
ZPV Anteile an HN RAIF	5.000.000,00	5,0
ZPV Anteile am M31 Amprion	4.912.067,89	4,9
Beteiligungen	4.000.022,00	4,0

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Summe	1.148.358.482,96	1.191,7
Kinder- und Jugendstiftung der EKHN	654.874,21	0,6
ZPV Anteil Zielfonds L19, L35, L37	0,00	2,0
Sonstiges	377.688,34	<0,1
Darlehen Studentenwohnheim Darmstadt	1.710.069,63	1,8
2IP Immobliendachfonds THV2/ZPV- Kavernen	2.859.316,00	2,9

b. Passiva

Die Pflichtrücklagen bestehen aus folgenden Positionen:

Rücklage	Stand 31.12.2023 €	Mindesthöhe €
Ausgleichsrücklage	307.742.490,50	68.446.000,00*
Betriebsmittelrücklage	65.000.000,00	57.038.000,00*
Substanzerhaltungsrücklage	41.820.786,26	30.591.000,00*
Bürgschaftssicherungsrücklage	1.500.000,00	723.000,00*
Summe	416.063.276,76	156.798.000,00*

^{*} Aus Vereinfachungsgründen wurden die Werte in T€ ermittelt und auf volle € gerundet.

Die Substanzerhaltungsrücklage bezieht sich auf das immaterielle Anlagevermögen sowie das Sachanlagevermögen im Bereich der Gebäude . Bei der Berechnung der Mindesthöhe bei der Bürgschaftssicherungsrücklage wurde von der noch ausstehenden Bürgschaftssumme ausgegangen. Die Ausgleichs- und Betriebsmittelrücklage umfassen zu rund 98% den gesamtkirchlichen Haushalt. Weitere 2% decken die übrigen Bilanzierungskreise und nicht selbstständigen Einrichtungen der Gesamtkirche ab.

Die Budgetrücklagen, Kollekten und weitere Rücklagen bestehen aus:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Budgetrücklagen	71.811.265,31	66,4
Kollektenrücklagen	1.477.495,08	1,4
Sonstige zweckgebundene Rücklagen	397.705.559,41	361,3
Summe	470.994.319,80	429,2

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Aus den einzelnen Budgetbereichen bestehen folgende Budgetrücklagen zum Bilanzstichtag:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 T€
Budgetbereich 1 – Kirchliche Arbeit auf Gemeinde- und Dekanatsebene	53.843.840,14	48.615,8
Budgetbereich 2.1 – Handlungsfeld Verkündigung	413.929,09	393,7
Budgetbereich 2.2 – Zentrum Verkündigung	778.042,08	758,2
Budgetbereich 3.1 – Handlungsfeld Seelsorge und Beratung	540.453,07	531,0
Budgetbereich 3.2 – Zentrum Seelsorge und Beratung	212.699,21	330,1
Budgetbereich 4.1 – Handlungsfeld Bildung	383.560,63	347,4
Budgetbereich 4.2 – Zentrum Bildung	816.638,96	802,0
Budgetbereich 4.3 – Tagungshäuser und Studierendenwohnheime	776.707,03	776,7
Budgetbereich 5.1 – Handlungsfeld gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste	348.949,43	371,3
Budgetbereich 5.2 – Zentrum gesellschaftliche Verantwortung	534.597,70	491,5
Budgetbereich 6.1 – Handlungsfeld Mission und Ökumene	675.420,84	588,4
Budgetbereich 6.2 – Zentrum Mission und Ökumene	1.457.085,08	1.335,9
Budgetbereich 7 – Ausbildung und IPOS	985.079,43	983,8
Budgetbereich 8 – Gesamtkirchliche Dienstleistungen	5.479.546,20	5.603,6
Budgetbereich 9 – Öffentlichkeitsarbeit	1.207.586,74	1.027,3
Budgetbereich 10 – Zentrales Gebäudemanagement	2.492.761,13	2.511,5
Budgetbereich 11 – Synode	199.763,46	199,8
Budgetbereich 12 – Kirchenleitung	271.567,58	271,6
Budgetbereich 13 – Rechnungsprüfungsamt	374.618,71	369,0
Budgetbereich 14 – Allgemeines Finanzwesen	18.418,80	158,4
Summe	71.811.265,31	66.467,0

Die Kollektenrücklagen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 T€
Hoffnung für Osteuropa	299.960,52	300,0
Hospizarbeit	286.248,71	238,6
Notfallseelsorge (versch. Zwecke)	285.228,59	323,5
Diakonie- und Sozialstationen	107.233,96	85,2
Seelsorge an blinden Menschen	79.497,65	86,1
Gefängnisseelsorge	73.425,40	60,5

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Kantatenkollekte	64.355,22	60,5
Trauerseelsorge	62.353,10	62,4
Inklusive Gemeinde	56.163,03	29,5
Schaustellerseelsorge	43.349,34	43,3
Seelsorge an schwerhörigen Menschen	26.353,97	26,3
Telefonseelsorge	25.714,92	25,1
Kirchen helfen Kirchen	21.079,70	21,1
Ökumenische Diakonie	14.904,83	14,9
Gehörlosenseelsorge	10.687,03	10,7
Motorradfahrerseelsorge	7.009,01	6,8
Unterstützung gelüchteter Personen aus der Ukraine	5.608,04	11,9
Seelsorge Menschen mit Beeinträchtigung	3.614,41	3,6
Projekt für Arbeitslosenmaßnahmen	1.774,65	1,8
ESG Darmstadt	1.500,00	1,5
Sustainable preaching	1.000,00	1,0
Kirche am Campus	433,00	0,4
Summe	1.477.495,08	1.414,7

Die <u>sonstigen zweckgebundenen Rücklagen</u> setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Kirchbaurücklage der EKHN	200.408.333,51	200,4
Kirchengemeindliche Gebäude (Substanzerhaltung)	67.630.477,08	71,0
Zukunftsfonds	79.216.139,72	20,0
Transformationsunterstützung	12.604.002,20	13,5
Transformationsunterstützung Diakoniestationen	8.000.000,00	//
Arbeit mit Flüchtlingen	7.618.769,13	9,3
Grunderwerbsfonds	5.427.129,74	5,3
Härtefonds	4.526.817,88	4,5
Baulastablösungsfonds	3.071.377,33	3,1
Kinder- und Jugend (Verkauf Jugendburg Hohensolms)	2.500.000,00	//
ZPV-Beteiligungen	1.624.476,97	1,6
ZPV-Beteiligungen Sondervermögen	1.336.745,65	1,3
Buchfonds Druckreserve, Gesangbuchfonds	885.360,43	0,9
Energiesparendes Bauen Kirchengemeinden und Dekanate	678.623,32	1,3

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Summe	397.705.559,41	361,2
EKD-Umlage "Stiftung Anerkennung und Hilfe"	0,00	0,3
Sonderrücklage (bis 2015: Umstellungsrücklage)	0,00	26,2
Sonstige (Einzelwert < 50 T€)	69.154,20	<0,1
Anschubfinanzierung Familienzentren	63.887,36	0,1
Pilgerreisen Frieden und Gerechtigkeit	113.798,76	0,1
Überbrückungsfonds	121.355,49	0,5
Fonds Haushaltssicherung ELCRN	255.645,94	0,3
Restmittel Familienbudget	302.267,43	0,3
Religionsbücherfonds	575.924,30	0,6
Perspektive 2025	675.272,97	0,6

Der Gesamtbestand der Rücklagen und sonstigen Vermögensbindungen kann durch aktive Vermögenswerte (Finanzanlagen und liquide Mittel) zu Buchwerten in voller Höhe gemäß § 65 Abs. 9 KHO gedeckt werden.

Die Zusammensetzung der <u>Sonderposten</u> kann untergliedert aus der folgenden Liste entnommen werden:

Position	31.12.2023 €	31.12.2022 T€
Zweckgebundene Spenden, Vermächtnisse usw.	535.828,84	528,7
davon Vermächtnisse	492.470,75	487,0
davon Sonstige (Einzelwert < 50 T€)	43.358,09	41,7
Erhaltene Investitionszuschüsse	1.822.445,39	1.681,7
davon KFW-Zuschuss Darlehen Wohnheim Darmstadt	807.580,06	830,5
davon Arbeitsgemeinschaft Kita-Personal	370.728,56	370,7
davon Energetische Sanierung ESZ Mainz	179.769,21	192,9
davon Jugenkirchentag	190.575,53	//
davon Kirchentagsgeschäftsstelle	91.838,94	91,8
davon Erhalt Kulturdenkmäler Kaiserstraße Friedberg	53.764,05	55,8
davon sustainable preaching	30.657,70	48,0
davon Sonstige (Einzelwert < 50 T€)	97.531,34	92,0
Summe	2.358.274,23	2.210,4

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die Rückstellungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Rückstellung	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
I. Versorgungsrückstellungen	2.286.792.300,00	2.113,8
davon Pensionsverpflichtungen	1.734.298.471,00	1.604,6
davon Beihilfeverpflichtungen	552.493.829,00	509,2
II. Clearingrückstellung	41.400.000,00	42,4
III. Sonstige Rückstellungen	33.134.269,83	30.7
davon Rückzahlung aus Kirchensteuern	13.500.000,00	13,5
davon nicht genommener Urlaub	9.202.000,00	9,3
davon ausstehende Zuschüsse*	5.050.000,00	2,8
davon Ausgleichsleistungen innerhalb der EKHN	2.000.000,00	2,0
davon ausstehende Rechnungen	1.633.622,35	1,4
davon Dienstjubiläen	746.000,00	0,7
davon Mehrarbeit	620.000,00	0,6
davon Prozesskosten	200.000,00	0,2
davon Familienbudget	182.647,48	0,2
Summe	2.361.326.569,83	2.186,9

^{*} betrifft Schulwerk der EKHN für die Jahre 2021 bis 2023

Die EKHN ist für die betriebliche Altersversorgung ihrer angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Arbeitgeberin an die Evangelischen Zusatzversorgungskasse Anstalt des öffentlichen Rechts (EZVK) mit Sitz in Darmstadt angeschlossen und meldet dort ihre versicherungspflichtigen Beschäftigten zur Pflichtversicherung an. Es handelt sich dabei um Leistungszusagen, die im Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden.

Der Deckungsgrad in der Pflichtversicherung (Verhältnis des auf die Pflichtversicherung entfallenden Vermögens zum versicherungsmathematischen Barwert aller am Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Ansprüche der EZVK aus der Pflichtversicherung) belief sich zum 31.12.2023 auf 74,9 %. Für die Schließung des Fehlbetrags in der Pflichtversicherung werden auch von der EKHN als angeschlossener Arbeitgeberin Sonderzahlungen zur Finanzierung der Verstärkung der Rechnungsgrundlagen gemäß § 19 EStG an die EZVK gezahlt. Die Aufwendungen für die Pflichtversicherung und ihre Leistungshöhe richten sich nach den zusatzversorgungspflichtigen Entgelten der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der Beschäftigten der EKHN betrug im Berichtsjahr 549,1 Mio. €. Die maßgeblichen Aufwendungen im Jahr 2023 setzten sich zusammen aus einem Beitrag in Höhe von 6,2 % und Sonderzahlungen zur Finanzierung der Verstärkung der Rechnungsgrundlagen in Höhe von insgesamt 1,6 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Die Beitragssätze der kommenden Jahre sind für die Jahre 2024 und 2025 6,5 %, für die Jahre 2026 bis 2031 6,6 % und ab dem Jahr 2032 6,7 %.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die von der EKHN zu leistenden Sonderzahlungssätze ergeben sich entsprechend der folgenden Tabelle, wobei die EKHN die Sonderzahlungen 1, 2 und 3 leistet.

Sonderzahlung	Zuordnungszeitraum	Sonderzahlungssatz (v. H. des zusatzversorgungs- pflichtigen Entgelts)	Erhebung
Keine Sonderzahlung	ab 1. Januar 2011	1	1
Sonderzahlung 1	zwischen 1. Januar 2002 und 31. Dezember 2010	0,3 v.H. 0,6 v.H.	in den Jahren 2022 bis 2035 ab dem Jahr 2036
Sonderzahlung 2	zwischen 1. Januar 1997 und 31. Dezember 2001	0,3 v.H.	ab dem Jahr 2017
Sonderzahlung 3	bis 31. Dezember 1996	1,0 v. H.	ab dem Jahr 2017

Der für die Berechnung des Fehlbetrags erforderliche versicherungsmathematische Barwert aller am Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Ansprüche in der Pflichtversicherung wird gemäß dem genehmigten technischen Geschäftsplan mit einem Rechnungszins von 3,0 % berechnet. Zur Bewertung der biometrischen Entwicklung dienen die Heubeck-Richttafeln 2018 G unter Berücksichtigung individueller Modifikationen.

Die EKHN haftet zusammen mit den anderen Gewährleistungsträgern gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der EZVK nach Maßgabe der Satzung der EZVK. Eine Einstandspflicht für die Verpflichtungen der der EZVK angeschlossenen Arbeitgeber (beispielsweise für arbeitsrechtliche Zusagen oder Insolvenzforderungen) ist damit nicht verbunden. Dem entspricht auch die gesetzliche Haftungsregelung nach dem Kirchengesetz zur Errichtung einer Evangelischen Zusatzversorgungskasse. Die EZVK ist eine Einrichtung der Kirchen für die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten in Kirche und Diakonie. Die betreffenden Arbeitgeber sind für die betriebliche Altersversorgung Beteiligungsvereinbarungen bei der **EZVK** angeschlossen und melden versicherungspflichtigen Beschäftigten zur Pflichtversicherung an. Dabei handelt es sich um Leistungszusagen, die im Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden. Für die Schließung des Fehlbetrags gemäß § 59 Abs. 1 der Satzung in der Pflichtversicherung erhebt die EZVK von den angeschlossenen Arbeitgebern Finanzierungsmaßnahmen, insbesondere in der Form von erhöhten Pflichtbeiträgen und Sonderzahlungen zur Finanzierung der Verstärkung der Rechnungsgrundlagen gemäß § 19 EStG.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und die Evangelische Kirche der Pfalz haben die EZVK als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet (§ 1. Abs. 1 EZVKG), daher sind sie anstaltshaftende Körperschaften für die EZVK.

Die Übersicht über die Rückstellungen kann Anlage 6 entnommen werden.

Die Übersicht über die Verbindlichkeiten kann Anlage 7 entnommen werden.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die <u>Treuhandverpflichtungen</u> setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Mittelbindung	31.12.2023 €	31.12.2022 Mio. €
Gesamtkirchliche Sparkontenverwaltung	1.147.703.608,75	1.191,1
Kirchengemeindliches Vermögen	912.321.743,60	960,6
Stiftungsvermögen	115.185.760,69	113,0
Pfarrbesoldungskapital	20.048.305,60	19,7
Sonstiges Vermögen	94.716.442,06	91,4
Schwankungsreserve	1.653.579,26	1,8
Übrige Verbindlichkeiten	3.777.777,54	4,6
Kinder- und Jugendstiftung der EKHN	654.874,21	0,6
Summe	1.148.358.482,96	1.191,7

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

4. Angaben zu einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung

a. Erträge

Die <u>Erträge aus kirchlichen Aufgaben</u> 52,1 Mio. € (VJ 49,3 Mio. €) setzen sich folgendermaßen zusammen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Erträge aus kirchlichen Aufgaben	1,7	1,6
Umsatzerträge	0,1	0,1
Erträge aus Grundvermögen und Rechten	10,0	9,9
Erträge aus Ersatz- und Erstattungsleistungen	40,3	37,6

Wesentliche Einzelpositionen sind die Erträge aus den Dienstwohnungsvergütungen (6,1 Mio. €) sowie Erträge aus Personalkostenerstattungen (3,0 Mio. €). Miet- und Pachterträge sowie Erbbauszinsen aus dem landeskirchlichen Grundvermögen beliefen sich auf 3,7 Mio €. Unter den Ersatz- und Erstattungsleistungen erfolgt im Wesentlichen der Ausweis der Zahlungen aus Kassenleistungen der Evangelischen Ruhegehaltskasse unsaldiert, wodurch Erträge aus Erstattungsleistungen von 36,4 Mio. € ausgewiesen werden.

Die <u>Erträge aus Kirchensteuern und Zuweisungen</u> von 556,3 Mio. € (VJ 607,5 Mio. €) bestanden im Jahr 2023 aus folgenden Positionen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Kirchensteuern (Brutto ohen Aufwandsverrechnung)	540,1	593,1
Finanzausgleichsleistungen, Zuweisungen und Umlagen	16.2	14.3

Die direkten Kirchensteuern betrugen in Haushaltsjahr 468,8 Mio. €, wovon die Kirchenlohnsteuer bei 352,8 Mio. € (VJ 373,1 Mio. €) und die Kircheneinkommensteuer bei 115,9 Mio. € (VJ 150,4 Mio. €) lagen. Darüber hinaus erhielt die Landeskirche Erträge aus dem EKD Clearing-Verfahren in Höhe von 46,6 Mio. € (VJ 48,1 Mio. €). Der Ausweis der Kirchensteuererträge erfolgt gemäß den kirchlichen Bilanzierungsregeln unsaldiert, weshalb der Ausweis von Aufwendungen im Bereich der Kirchensteuern (weiterzuleitende Kirchensteuern, Clearingverfahren der EKD etc.) gesondert unter der Position Aufwendungen aus Kirchensteuern und Zuweisungen sowie Sach- und Dienstaufwendungen erfolgt. Nach Berücksichtigung aller entsprechenden Erträge und Aufwendungen beläuft sich das Kirchensteuerergebnis für das Haushaltsjahr 2023 saldiert (einschließlich Clearingrückstellung) auf 513,5 Mio. € (VJ 558,4 Mio. €).

Die <u>Zuschüsse von Dritten</u> lagen für das Haushaltsjahr 2023 bei 18,1 Mio. € (VJ 17,4 Mio. €) und bestanden im Wesentlichen aus den Staatsleistungen der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz.

Die Position <u>Kollekten und Spenden</u> mit 0,3 Mio. € (VJ 0,4 Mio. €) setzt sich zusammen aus Kollekten in Höhe von 0,2 Mio. €. Spenden in Höhe von 0,1 Mio. €.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die <u>sonstigen ordentlichen Erträge</u> in Höhe von 29,5 Mio. € (VJ 41,8 Mio. €) setzen sich folgendermaßen zusammen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	0,2	<0,1
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1,4	13,5
Übrige ordentliche Erträge	27,9	28,3

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bestehen im Wesentlichen aus der stitchtagsbedingten Auflösung von Personalrückstellungen. In den sonstigen ordentlichen Erträgen sind vor allem Erstattungen von Personalkosten aus dem außerkirchlichen Bereich in Höhe von 9,5 Mio. € sowie Personalkostenerstattungen aus der EKHN einschließlich deren Beteiligungen in Höhe von 5,0 Mio. € enthalten. Die Erstattungen von Versorgungsbeiträgen lagen in 2023 bei 5,0 Mio. €.

Die <u>Finanzerträge</u> von 74,3 Mio. € (VJ 16,8 Mio. €) bestanden im Haushaltsjahr 2023 aus folgenden Positionen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Erträge aus Beteiligungen und Finanzanlagen	70,8	16,1
Zinsen und ähnliche Erträge	3,5	0,7

Es handelt sich im wesentlichen um die Anpassung des Buchwertes an der ERK sowie um Dividenden, Ausschüttungen, Buchwertgewinne aus der Veräußerung/Umschichtung von Wertpapieren und um Zinserträge bei Kreditinstituten.

b. Aufwendungen

Die <u>Personalaufwendungen</u> von 427,3 Mio. € (VJ 278,9 Mio. €) enthalten folgende Einzelpositionen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Personalaufwand	137,0	135,4
Aufwendungen zur Versorgungssicherung	218,7	78,4
Versorgungsaufwendungen	68,8	61,5
Sonstige Personalaufwendungen	2,8	3,6

Die *Personalaufwendungen* enthalten die Bezüge sämtlicher Pfarrerinnen und Pfarrer der EKHN, die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie die Beschäftigungsentgelte der Angestellten im landeskirchlichen Dienst.

Die *Aufwendungen zur Versorgungssicherung* setzen sich vor allem aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 129,7 Mio. € (VJ 33,6 Mio. € inkl Beihilferückstellungen) zusammen. Weiterhin erfolgt der Ausweis der jährlichen Beiträge an die ERK in Höhe von 43,4 Mio. € (VJ 42,7 Mio. €).

Die *Versorgungsaufwendungen* enthalten die Versorgungs- und Beihilfeleistungen der nicht bei der ERK abgedeckten anteiligen Versorgungsbezüge an die ERK.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die sonstigen Personalaufwendungen enthalten vor allem Personalkostenerstattungen innerhalb der EKHN.

Die <u>Aufwendungen aus Kirchensteuern und Zuweisungen</u> von 338,3 Mio. € (VJ 341,1 Mio. €) setzen sich folgendermaßen zusammen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Kirchensteuererstattungen und Verrechnungen	7,8	16,1
Finanzausgleichsleistungen und Zuweisungen	330,5	325,0

In den *Kirchensteuererstattungen und Verrechnungen* sind vor allem die Zuführung zur Clearingrückstellung in Höhe von 3,8 Mio. € (VJ 11,9 Mio. €) sowie die Weiterleitung der Kirchensteuer für Soldaten und Soldatinnen in Höhe von 3,4 Mio. € (VJ 3,7 Mio. €) enthalten.

In den *Finanzausgleichsleistungen und Zuweisungen* werden die allgemeinen Kirchensteuerzuweisungen an die Kirchengemeinden, Dekanate und Regionalverwaltungen sowie die Gebäudezuweisungen in Höhe von insgesamt 270,6 Mio. € (VJ 261,4 Mio. €) ausgewiesen.

Hinzu kommen Zuweisungen und Umlagen innerhalb der EKD in Höhe von 40,6 Mio. € (VJ 41,6 Mio. €) sowie allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen an die Diakonie einschließlich der Diakoniestationen von 19,2 Mio. € (VJ 22,3 Mio. €).

In der Position <u>Zuschüsse an Dritte</u> sind Zuschüsse in Höhe von 2,5 Mio. € (VJ 2,6 Mio. €) für verschiedene Projekte und Einrichtungen enthalten.

Die <u>Sach- und Dienstaufwendungen</u> von 34,8 Mio. € (VJ 39,0 Mio. €) setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Verpflegungs- und Materialaufwand	0,3	0,2
Wirtschafts- und Verwaltungsaufwand	18,0	18,9
Ersatz- und Erstattungsleistungen	15,5	18,7
Ausstattung und Instandhaltung	1,0	1,2

In der Position *Wirtschafts- und Verwaltungsaufwand* sind die Kosten für Honorare und Unterrichtsgelder (0,8 Mio. €), die Kosten für Unterbringung und Verpflegung von Gästen (1,0 Mio. €), Aufwendungen für die Aus-, Weiter- und Fortbildung (0,6 Mio. €), Porto (0,6 Mio. €), EDV-Aufwendungen (0,3 Mio. €), Reisekosten (0,6 Mio. €), Bücher, Medien und Druckarbeiten (0,4 Mio. €) sowie Dienstleistungen Dritter (11,5 Mio. €) enthalten. Die *Ersatz- und Erstattungsaufwendungen* enthalten vornehmlich die Verwaltungskosten der Kirchensteuern, die seitens der Länder vom Kirchensteueraufkommen einbehalten werden.

Die Position <u>Abschreibungen und Wertkorrekturen</u> 3,7 Mio. € (VJ 3,7 Mio. €) enthält im Wesentlichen Abschreibungen auf das abnutzbare immaterielle Vermögen, das Sachanlagevermögen, Finanzanlagen sowie auf Forderungen.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Die <u>sonstigen ordentlichen Aufwendungen</u> 13,1 Mio. € (VJ 9,0 Mio. €) enthalten folgende Positionen:

Position	2023 (Mio. €)	2022 (Mio. €)
Aufwand aus Abgang von mobilem und immobilem Anlagevermögen	<0,1	<0,1
Abgaben, Besitz- und Verkehrssteuern sowie Versicherungen	4,6	4,1
Zuführung zu Sonderposten	0,2	<0,1
Übrige ordentliche Aufwendungen	8,2	4,8

Die Abgaben, Besitz- und Verkehrssteuern sowie Versicherungsprämien enthalten vornehmlich Versicherungsprämien. In den sonstigen Aufwendungen werden vor allem periodenfremde Aufwendungen (5,9 Mio €) sowie Miet- und Pachtaufwendungen einschließlich der Energie- und Nebenkosten für eigene und angemietete Gebäude in Höhe von 2,1 Mio. € ausgewiesen.

Unter den <u>Finanzaufwendungen</u> in Höhe von 1,3 Mio. € (VJ 8,3 Mio. €) werden Darlehenszinsen sowie Zinsen innerhalb der EKHN ausgewiesen.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

5. Sonstige Angaben

Risiken aus Bürgschaftsübernahmen

Risiken aus Bürgschaftsübernahmen durch die EKHN bestanden gegenüber folgenden Körperschaften:

Schuldner	Gläubiger	Urspr. Darlehens- summe T€	Stand 31.12.2023 T€**	Urspr. Bürgschaft EKHN T€
Stiftung für Innere Mission	Bank für Sozialwirtschaft	4.311	739	5.707
Christusträger Sozialwerk e.V.	Evangelische Bank eG Kassel	1.900	1.107	1.900
Diakoniezentrum Laubacher Stift	Evangelische Bank eG Kassel	4.090	795	4.090
Elisabethenstift Darmstadt	Sparkasse Darmstadt	1.084	2.173	1.084
Gesellschaft für Diakonische Einrichtungen in Hessen und Nassau mbH	Land Hessen	3.762	1.822	3.762
Eikon gG für Fernsehen und Film mbH*	KD-Bank	/*	307	307
Ökumenische Wohnhilfe Darmstadt GmbH	Landesbank Hessen-Thüringen GZ Landestreuhand- stelle	717	534	256
Christliche Flüchtlingshilfe, Mörfelden-Walldorf	Evangelische Bank eG Kassel	178	35	178
Summe		16.042	7.512	17.284

^{**}Hierbei handelt es sich um eine unbefristete Patronatserklärung.

** Hierbei handelt es sich um den Stand der abgesicherten Verbindlichkeiten der Schuldner.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Ermächtigungsübertragungen und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die im Haushaltsjahr 2023 für folgende Jahre ausgebrachten Ermächtigungen bestehen wie folgt:

Abrechnungs- objekt / Sachkonto	Zweckbestimmung	Verpflichtungs ermächtigung (EUR)	Fäll	ig (EUR)	
9321.651400	Allgemeine Zuweisungen für Baubedarf in Kirchengemeinden	7.500.000	2024: 2025:	3.500.000 4.000.000	
Die Verpflichtungsermächtigung für 2024 wurde in Höhe von 3.356.150 EUR in Anspruch genommen. Für 2025 wurde die Verpflichtungsermächtigung nicht in Anspruch genommen.					
9325.651400	Zuweisungen an Gemeinden für Orgelbau/-instandhaltung	50.000	2024:	50.000	
Die Verpflichtungsermächtigung wurde in Höhe von 50.000 EUR in Anspruch genommen.					
Mandant 82 829100.9004000	Kloster Höchst Investitionen (Umnutzung zu kirchl. Zentrum)	700.000	2024:	700.000	
Summe		8.250.000	2024: 2025:	4.250.000 4.000.000	

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 598 T€ aus zugesagten, aber nicht abgerufenen Bau- und Orgeldarlehen.

Weitere sonstige finanzielle Verfpflichtungen mit einer Befristung auf den 30.06.2028 bestehen aufgrund von Rückkaufsverpflichtungen einer veräußerten Immobilie in Höhe von 3,2 Mio. €.

In den Budgetrücklagen des Budgetbereichs 1 sind 11,8 Mio. € für zugesagte Bauzuweisungen enthalten.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Mitglieder der Kirchenleitung

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses (September 2025) bestand die Kirchenleitung aus folgenden Personen:

Stimmberechtigte Mitglieder				
Frau Prof. Dr. Christiane Tietz	Kirchenpräsidentin			
Frau Ulrike Scherf	Stellvertretende Kirchenpräsidentin			
Herr Ltd. Oberkirchenrat Dr. Lars Esterhaus	Leiter der Kirchenverwaltung			
Frau Sabine Bertram-Schäfer	Pröpstin für die Propstei Nord-Nassau			
Frau Dr. Anke Spory	Pröpstin für die Propstei Oberhessen			
Frau Henriette Crüwell	Pröpstin für die Propstei Rheinhessen und Nassauer Land			
Herr Stephan Arras	Propst für die Propstei Starkenburg			
Herr Oliver Albrecht	Propst für die Propstei Rhein-Main			
Frau Ute Ehlert	Gemeindemitglied			
Frau Frauke Grundmann-Kleiner	Gemeindemitglied			
Herr Jürgen Mescher	Gemeindemitglied			
Herr Erhard Seeger	Gemeindemitglied			
Herr Wolfgang Prawitz	Mitglied des Kirchensynodalvorstandes			
Herr Jan Löwer	Mitglied des Kirchensynodalvorstandes			
Beratende Mitglieder/ nicht stimmberechtigt				
Herr Oberkirchenrat André Witte-Karp	Leitung Dezernat 1 - Kirchliche Dienste			
Herr Oberkirchenrat Jens Böhm	Stellvertretender Leiter der Kirchenverwaltung, Leitung Dezernat 2 - Personal			
Herr Oberkirchenrat Thorsten Hinte	Leitung Dezernat 3 – Finanzen, Bau und Liegenschaften			
Ständige Gäste/ nicht stimmberechtigt				
Herr Carsten Tag	Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen			
Frau Dr. Birgit Pfeiffer	Präses der Kirchensynode der EKHN			
Herr Volker Rahn	Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Pressesprecher in Vertretung			

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

6. Feststellung und Vorschlag zur Verwendung des Ergebnisses

Der Jahresabschluss 2023 der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wird mit einem Jahresergebnis von - 90.277.314,97 EUR, einem Bilanzergebnis von - 92.415.228,62 EUR, einer Bilanzsumme von 2.838.343.887,28 EUR sowie Treuhandvermögen und Treuhandverpflichtungen von 1.148.358.482,96 EUR festgestellt.

Die Kirchenleitung schlägt der Kirchensynode folgende Verwendung des Bilanzergebnisses vor:

Vortrag auf neue Rechnung und Einstellung in den Ergebnisvortrag im Folgejahr in voller Höhe.

Für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt den 2. Oktober 2025

Oberkirchenrat Thorsten Hinte

Leiter Dezernat III - Finanzen Bau und Liegenschaften Leitener Oberkirchenget Dr. Lars Esterhaus

Leiter der Kirchenverwaltung

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 1 - Anlagenspiegel

Bilanzposition	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31. Dezember 2022 EURO	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31. Dezember 2023 EURO	Abschreibungen kumuliert 31. Dezember 2022 EURO	Abschreibungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen kumuliert 31. Dezember 2023 EURO	Buchwert 31. Dezember 2023 EURO	Buchwert 31. Dezember 2022 EURO
I Immaterielle Vermögensgegenstände	7.166.200,38	594.539,81	0,00	0,00	7.760.740,19	6.828.203,93	330.024,90	0,00	0,00	7.158.228,83	602.511,36	337.996,45
II Nicht realisierbares Sachanlagevermögen	6.294.897.82	0,00	0,00	0,00	6.294.897.82	218.361.64	17.326,86	0.00	0,00	235.688.50	6.059.209.32	6.076.536,18
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	574.700,70	0,00	0,00	0,00	574.700,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	574.700,70	574.700,70
Bebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Glocken, Orgeln, Technische Anlagen und Maschinen	19.065,03	0,00	0,00	0,00	19.065,03	2.638,26	266,41	0,00	0,00	2.904,67	16.160,36	16.426,77
 Kulturgüter, Kunstwerke, besondere sakrale oder liturgische Gegenstände 	5.701.132,09	0,00	0,00	0,00	5.701.132,09	215.723,38	17.060,45	0,00	0,00	232.783,83	5.468.348,26	5.485.408,71
Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III Realisierbares Sachanlagevermögen	235.860.360,93	1.425.809,15	-5.490.397,17	0,00	231.795.772,91	73.292.744,25	3.274.013,60	-2.125.746,96	0,00	74.441.010,89	157.354.762,02	162.567.616,68
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.958.913,01	199.449,70	-29.270,15	0,00	2.129.092,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.129.092,56	1.958.913,01
Bebaute Grundstücke	228.299.711,74	85.859,65	-5.445.347,90	115.872,24	223.056.095,73	70.520.911,94	2.775.369,85	-2.113.286,23	0,00	71.182.995,56	151.873.100,17	157.778.799,80
Technische Anlagen und Maschinen	265.190,32	0,00	0,00	0,00	265.190,32	143.633,73	13.487,03	0,00	0,00	157.120,76	108.069,56	121.556,59
Einrichtung und Ausstattung, Kunstwerke	4.102.228,25	333.183,42	-15.779,12	0,00	4.419.632,55	2.489.609,03	470.440,72	-12.460,73	0,00	2.947.589,02	1.472.043,53	1.612.619,2
5. Fahrzeuge	182.822,39	0,00	0,00	0,00	182.822,39	138.589,55	14.716,00	0,00	0,00	153.305,55	29.516,84	44.232,8
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen	1.051.495,22	807.316,38	0,00	-115.872,24	1.742.939,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.742.939,36	1.051.495,22
IV Finanzanlagen	2.377.152.548.12	80,803,435,86	-4.658.027,99	0.00	2.453.297.955,99	1.736.442.53	87.591.56	0.00	0.00	1.824.034.09	2.451,473,921,90	2.375.416.105.59
Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen	1.076.224.927,51	11.757.885,48	-350.626,94	-9.000.000,00	1.078.632.186,05	623.943,53	67.592,56	0,00	0,00	691.536,09	1.077.940.649,96	1.075.600.983,9
Absicherung von Versorgungslasten	1.212.802.980,82	67.326.332,59	0,00	9.000.000,00	1.289.129.313,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.289.129.313,41	1.212.802.980,83
3. Beteiligungen	13.338.564,00	3.401,71	0,00	20.000,00	13.341.965,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.341.965,71	13.338.564,00
Anteile an verbundenen Einrichtungen	19.055.500,00	0,00	0,00	-20.000,00	19.055.500,00	1.112.499,00	19.999,00	0,00	0,00	1.132.498,00	17.923.002,00	17.943.001,0
Sonstige Finanzanlagen und Ausleihungen	55.730.575,79	1.715.816,08	-4.307.401,05	0,00	53.138.990,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	53.138.990,82	55.730.575,7
Gesamtsumme	2.626.474.007.25	82.823.784.82	-10.148.425.16	0.00	2.699.149.366.91	82.075.752.35	3,708,956,92	-2.125.746.96	0.00	83.658.962.31	2,615,490,404,60	2.544.398.254.90

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 2 - Beteiligungsübersicht

		Beteiligungsquote	Eigenkapital	Jahresergebnis	Beteiligungshöhe**	Buchwert					
Name	Sitz		zum 31. Dez			31. Dezember 2023					
		%	T€	T€	T€	T€					
Beteiligungen											
Agaplesion gAG	Frankfurt am Main	10	58.572	4.134.422	7.042	7.042					
ECKD KIGST GmbH	Offenbach am Main	40	28.718	758	460	460					
Eikon gGesellschaft für Fernsehen und Film mbH	Berlin	8	2.118	91	102	102					
Medienhaus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau GmbH	Frankfurt am Main	49	620	58	25	24					
Textilwerkstatt Elisabethenstift gGmbH	Darmstadt	31	55	3	13	13					
Kirchenbuchportal GmbH	Stuttgart	3	744	243	5	5					
Hainstein GmbH	Eisenach	2	989	-55	2	2					
Oikocredit eG (über Oikocredit Förderkreis Hessen- Pfalz)	Amersfoort, Niederlande	_*	1.086	1.616	685	685					
Evangelische Bank eG	Kassel	_*	194.032	10.005	32	5.032					
Summe Beteiligungen					8.366	13.365					

Anteile an verbundenen Einrichtungen										
Gesellschaft für Diakonische Einrichtungen in Hessen und Nassau mbH Darmstadt 99 57.166 587 17.800 17.										
Jugend-Kultur-Kirche St. Peter gGmbH	Frankfurt am Main	50	3.441	-113	50	50				
HN SICAV-RAIF S.C.A.	Findel, Luxemburg	97	241.331	23.902	29	29				
Ev. Grundschule Freienseen gGmbH	Laubach	80	39	13	20	20				
Ev. Grundschule Weitengesäß gGmbH	Michelstadt im Odenwald	80	-2	0	20	<u> </u>				
Ev. Gymnasium Bad Marienberg gGmbH	Bad Marienberg	90	440	-1.151	1.113	-				
Summe Anteile an verbundenen Einrichtungen 19.032										

Summe Beteiligungen und Anteile an verbundenen Einrichtungen 27.398 31.264

Genossenschaftsanteile

^{**} Anschaffungskosten

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 3 - Übersicht über die Forderungen

Position	31.12.2023	dav	on Laufzeit		wertberichtigt	31.12.2022
Position	31.12.2023	< 1 Jahr	2-5 Jahre	> 5 Jahre	wertberichtigt	51.12.2022
Forderungen aus Kirchensteuern	12.823.609,17 €	12.823.609,17 €	- €	- €	- €	19.561.415,28€
Forderungen an kirchlichen Körperschaften	3.181.391,27 €	3.181.391,27€	- €	- €	- €	4.260.371,30€
Forderungen öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten	2.286.017,74€	2.286.017,74€	- €	- €	69.446,77 €	2.623.234,66 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	745.901,85€	745.901,85€	- €	- €	- €	938.209,24 €
Forderungen gegenüber Beteiligungen und verbundenen Einrichtungen	2.933.532,08€	2.933.532,08€	- €	- €	3.651.151,00€	3.648.035,73€
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	15.561.742,20€	15.561.742,20€	- €	- €	- €	7.339.534,10€
	27 522 404 24 6	27 522 404 24 6			2 722 527 77 6	20 270 000 24 6
Summe	37.532.194,31 €	37.532.194,31 €	- €	- €	3.720.597,77 €	38.370.800,31 €

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 4 - Übersicht über die Rücklagen

Position	31.12.2022	Zuführung	Entnahme	Ergebnisverwendung/ Umgliederung	31.12.2023	
Pflichtrücklagen	353.576.019,23 €	3.756.145,60 €	-2.458.926,84€	61.190.038,77 €	416.063.276,76€	
a. Ausgleichsrücklage	235.511.636,42 €	- €	- €	72.230.854,08 €	307.742.490,50 €	
b. Betriebsmittelrücklage	73.751.004,45 €	- €	- €	- 8.751.004,45 €	65.000.000,00€	
c. Substanzerhaltungsrücklage	40.523.567,50€	3.756.145,60 €	- 2.458.926,84€	- €	41.820.786,26 €	
d. Bürgschaftssicherungsrücklage	3.789.810,86 €	- €	- €	- 2.289.810,86 €	1.500.000,00€	
e. Tilgungsrücklage	- €	- €	- €	- €	- €	
Budgetrücklagen, Kollekten und weitere Rücklagen	429.142.546,24 €	22.792.868,32 €	-21.952.173,43 €	41.011.078,67 €	470.994.319,80 €	
Budgetrücklagen	66.467.000,70 €	20.045.624,03 €	- 15.196.959,42 €	495.600,00€	71.811.265,31 €	
Kollektenrücklagen	1.414.710,60 €	113.999,45 €	- 51.214,97 €	- €	1.477.495,08 €	
Sonstige zweckgebundene Rücklagen	361.260.834,94 €	2.633.244,84 €	- 6.703.999,04€	40.515.478,67 €	397.705.559,41 €	
Summe	782.718.565,47 €	26.549.013,92 €	-24.411.100,27 €	102.201.117,44 €	887.057.596,56 €	

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 5 - Übersicht über die Sonderposten

Position	31.12.2022	Zuführung	Auflösung	31.12.2023
Zweckgebundene Spenden, Vermächtnisse, usw.	528.674,96 €	7.153,88 €	- €	535.828,84 €
Erhaltene Investitionszuschüsse	1.681.772,04€	215.599,37€	- 74.926,02 €	1.822.445,39€
Summe	2.210.447,00 €	222.753,25€	- 74.926,02 €	2.358.274,23 €

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 6 - Übersicht über die Rückstellungen

Position	31.12.2022	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	31.12.2023
Versorgungsrückstellungen	2.113.850.376,33 €	172.941.923,67 €	0,00€	0,00€	2.286.792.300,00€
Clearingrückstellungen	42.400.000,00€	3.789.448,49 €	-4.789.095,13 €	-353,36 €	41.400.000,00€
Sonstige Rückstellungen	30.686.613,03 €	4.007.101,01€	-138.365,54 €	-1.421.078,67 €	33.134.269,83 €

|--|

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Anhang zum Jahresabschluss 2023 Anlage 7 - Übersicht über die Verbindlichkeiten

Position	31.12.2023		davon Laufzeit		outhouightigt	31.12.2022
Position	31.12.2023	< 1 Jahr	2-5 Jahre	> 5 Jahre	wertberichtigt	31.12.2022
Verbindlichkeiten aus	- •	- €	- •	- €	- €	- €
Kirchensteuern	C			O	C	
Verbindlichkeiten an kirchliche	8.463.297,08 €	8.463.297,08 €	- €	- €	- €	5.808.993,40 €
Körperschaften	0.403.297,00 €	6.405.257,06 €	- t	- -	- -	3.606.333,40 €
Verbindlichkeiten an öffentlich-						
rechtliche Körperschaften und	5.889.277,80€	5.889.277,80€	- €	- €	- €	6.174.725,35 €
Anstalten						
Verbindlichkeiten aus	1.156.964,94 €	1.156.964,94 €	- €	- €	- €	1.896.154,38 €
Lieferungen und Leistungen	1.130.304,34 €	1.130.304,34 €	- -	-	- €	1.030.134,30 €
Darlehensverbindlichkeiten	18.040.391,28€	4.959.594,94 €	5.787.162,82€	7.293.633,52€	- €	26.033.658,60€
Verbindlichkeiten gegenüber						
Beteiligungen und verbundenen	869.656,69€	869.656,69€	- €	- €	- €	883.898,07€
Einrichtungen	_					_
Sonstige Verbindlichkeiten	35.745.432,42 €	35.745.432,42 €	- €	- €	- €	15.741.086,13€

					_	
Summe	70.165.020,21 €	57.084.223,87 €	5.787.162,82 €	7.293.633,52 €	- €	56.538.515,93 €

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage IV: Haushaltsvergleich als Anlage zum Jahresabschluss vom 1.1.2023 bis 31.12.2023

in der Fassung der Kirchenverwaltung

Anlage 8 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2023 gemäß § 54 Abs. 1 Buchst. g KHO hier: Erläuterung erheblicher Abweichungen

		Planung	Buchung	Planabweichung	Erläuterung			
		2023 EUR	2023 EUR	2023 EUR	Budgetbereich		Abweichung Mio. EUR	
1.	Erträge aus kirchlich/diakonischer Tätigkeit	50.482.730	52.120.281,37	1.637.551,37	Kirchengemeinden Gemeindepfarrdienst Religionsunterricht Fortbildung Religionspädagogik Fachbereich Kindertagesstätten Entwicklung, Partnerschaft, Interkulturelles Lernen Zentrales Gebäudemanagement Versorgungsleistungen Pfarrer*innen	B01001 B01006 B04103 B04106 B04204 B06204 B10000 B14003	-0,17 -0,13 -0,67 -0,12 -0,12 0,15	Mindererträge aufgrund von Vakanzen / Pfarrstellenentwicklung Mindererträge Nebenberufflicher RU siehe EHH-Position 7 (Plan: PK-Ersatz aus EKD) siehe EHH-Position 3 (Plan: Erträge aus kirchi. Aufgaben) siehe EHH-Position 9 höhere Mieterträge Kassenleistungen der ERK für fällige Pensionen
2.	Erträge aus Kirchensteuern & Zuweisungen	544.680.398	556.282.842,69	11.602.444,69	Gemeindepfarrdienst Verbindungsstellen Landesregierung Kirchensteuerverwaltung / Clearing	B01006 B08501 B14008	-1,10 -0,35	siehe EHH-Position 7 siehe EHH-Position 9 Wechsel im Haushaltsvollzug zu Bruttoausweis der Erträge aus Kirchensteuern (siehe auch Aufwendungen EHH-Position 10 und 12): -vor Verrechnung mit Verwaltungskosten zugunsten der Länder (rd 15,44 Mio. EUR): -vor Weiterleitung von Kirchensteuer der Soldaten (rd3,38 Mio. EUR); -vor sonstiger Weiterleitung / Erstattung von Kirchensteuer (rd 0,59 Mio. EUR); üpl. Ergebnis ohne Rückstellung: rd6,36 Mio. EUR -vor Bildung einer Rückstellung if cr Clearing-Rückforderungen (-7,13 Mio. EUR; geplant: 5 Mio. EUR); üpl. Ergebnis einschl. Rückstellung -8,49 Mio. EUR
3.	Zuschüsse von Dritten	16.966.411	18.137.063,37	1.170.652,37	Fachbereich Kindertagesstätten Staatsleistungen	B04204 B14011		siehe EHH-Position 1 (insbes. BEP und Förderbeträge)
4.	Kollekten und Spenden	409.940	301.147,82	-108.792,18	Hospizarbeit	B03102	-0,12 -0,12	siehe EHH-Position 10 (höhere Erträge geplant)
	Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	0	0,00	0,00				
6.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	70.725	74.926,02	4.201,02			0,00	
7.	Sonstige ordentliche Erträge Doppisch bedingte Abweichung	21.290.021 infolge periodengerechter <i>I</i> berücksichtigt.	29.475.157,28	8.185.136,28	Kirchengemeinden Kindertagesstätten Gebäudeinvestitionen Dekanate Gemeindepfarrdienst	B01001 B01002 B01003 B01004 B01006	0,53 2,43 1,44 0,26 1,37	überwiegend Abrechnung Vorjahre überwiegend Abrechnung Vorjahre Rickzahlungen von Bauzuweisung nach Abrechnung der genehmigten Baumaßnahmen aus Vorjahren u.a. Abrechnung Zuweisung siehe EHH-Position 2 (überwiegend Ausschüttung ZPV 2022 1,15 Mio. EUR)
					Regionale Stellen Religionsunterricht RU Gesamtkirchliche Gemeindepäd. Fortbildung Religionspädagogik sonstige gesellschaftliche Verantwortung Zentrales Gebäudemanagement EKD-Umlagen Versorgungsleistungen Pfarrer*innen Beihilfen Gesamtkirchliche Rücklagen und Rückstellungen	B01007 B04103 B04104 B04106 B05103 B10000 B14001 B14003 B14006 B14014	-0,20 0,57 0,12 0,37 0,32 0,11 -0,13	siehe EHH-Position I (Ist: Erst. PK extern) überwiegend aus Abgang Anlagevermögen (Verkauf StGilles-Straße 21 Offenbach) Schlussrechnung "Stiftung Anerkennung und Hilfe" (Rückerstattung) u.a. Auflösung Rückstellung Urlaubstage KV und Überstunden KV sowie Erstattung Quellensteuer Vorjahre

Anlage 8 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2023 gemäß § 54 Abs. 1 Buchst. g KHO hier: Erläuterung erheblicher Abweichungen

		Planung	Buchung	Planabweichung	Erläuterung			
		2023 EUR	2023 EUR	2023 EUR	Budgetbereich		Abweichung Mio. EUR	
8	Summe der ordentlichen Erträge	633.900.225	656.391.418,55	22.491.193,55			22,03	Die Mehrerträge sind gemäß vorstehender Aufstellung insb. verursacht durch: - Bruttoerträge aus Kirchensteuern (netto im Plan) - Kassenleistungen der ERK für Pensionen - Staatsleistungen - Abrechnung Vorjahre (insbesondere Kindertagesstätten-, Gebäude- und Dekanatszuweisungen)
9	Personalaufwendungen	-325.459.418	-427.319.163,58	-101.859.745,58	Gemeindepfarrdienst	B01006	0,44	zu B01006 und B01007:
	Planabweichungen aufgrund Eckpe	rsonenplanung / Vakanzen o und Beamten*innen	der Pfarrer*nnen, Beschäftigten		Regionale Stellen Sonstige Verkündigung Altenseelsorge Sonstige Seelsorge im Zentrum Regionsunterricht Fachbereich Kinder und Jugend Fachbereich Kinder und Jugend Fachbereich Kindertagesstätten Ev. Studierendenwohnheime Ev. Studierendenwohnheime Ev. Studierendengemeinden Entwicklung, Partnerschaft, Interkulturelles Lernen Gerechtigkeit, Frieden, Globales Lernen Stabsbereich Chancengelichheit Dezernat 1 Kirchliche Dienste Dezernat 2 Personal Dezernat 3 Finanzen, Bau und Liegenschaften Verbindungsstellen Landesregierung sonstige Verwanklung ekhn 2030 Ausbildung und Integration KV Kirchenleitung Rechnungsprüfungsamt Versorgungsrückstellung Versorgungsleistungen Pfarrer*innen	B01007 B02104 B03101 B03204 B04103 B04202 B04204 B04302 B05105	2,03 0,12 -0,19 0,17 1,04 -0,14 0,20 0,11 0,14 0,13 0,14 0,25 0,33 0,23 0,29 0,11 0,49 0,24 0,33 -84,70	Minderbedarf infolge Unterschied Eckpersonen-Planung vs. Ist- Bezüge und unbesetzte Stellen siehe EHH-Position 7 siehe EHH-Position 1 siehe EHH-Position 2 Rückstellung für Pensionsverpflichtungen: insgesamt 129,7 Mio. EUR (Plan 45 Mio. EUR) Schätzabweichung, abhängig von Fallzahlen (Rubestandsverstungen. Sterblichkeit) insb. Zuführung an die Beihilferückstellung 43,25 Mio. EUR (Plan 18 Mio. EUR)
					Gesamtkirchliche Rücklagen und Rückstellungen	B14014	-1,27 -102,76	überwiegend Rückstellungen Überstunden KV sowie Urlaubstage KV
10	. Aufwendungen aus Kirchensteuern	-348.334.462	-338.297.640,42	10.036.821,58	Kirchengemeinden	B01001	-2,01	Inflationsprämienausgleich-1,65 Mio. € und
	& Zuweisungen				Kindertagesstätten	B01002	3,08	Fusionsausgleichszahlungen Minderbedarf aufgrund Schätzabweichung Zeitpunkt Planaufstellung - Ergebnis
					Gebäudeinvestitionen	B01003	13,33	Minderbedarf Bauzuweisung. Mittelabruf verzögert sich; Zuführung in eine zweckgebundene Rücklage
					Dekanate	B01004	2,39	Minderbedarf aufgrund Schätzabweichung Zeitpunkt Planaufstellung - Ergebnis
						B01005 B01006		überwiegend Inflationsausgleichsprämie überwiegend Mittel für Verwaltungsunterstützung in Kooperation: Mittelabruf geringer als geplant; Zuführung in eine zweckgebundene
					Regionale Stellen	B01007	-0,31	Rücklage (siehe EHH-Position 27)
					Hospizarbeit	B03102	0,11	siehe EHH-Position 4 (korrespondiert mit Erträgen)
						B04102 B04109		siehe EHH-Position 11 (Zuweisung jkk einschl. Inflationsausgl.) prognostizierter Zuweisungsbedarf 2023 geringer als geplant
					sonstige Bildung	B04113	-0,11	siehe EHH-Position 11 (insb. Erziehungswissenschaftliches Fort- und Weiterbildungsinstitut (EFWI))

Anlage 8 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2023 gemäß § 54 Abs. 1 Buchst. g KHO hier: Erläuterung erheblicher Abweichungen

	Planung	Buchung	Planabweichung	Erläuterung			
	2023 EUR	2023 EUR	2023 EUR	Budgetbereich		Abweichung Mio. EUR	
10. Aufwendungen aus Kirchensteuern & Zuweisungen				Tagungshäuser der EKHN Missionswerke und Partnerkirchen Ökum. Bildungsrbeit, Dialog Arbeit mit Flüchtlingen EKD-Umlagen Überbrückungsfonds Kirchensteuer / Clearing	B04301 B06101 B06103 B06106 B14001 B14007 B14008	-0,16 0,11 0,70 -0,24 0,10	insb. Mehrbedarf BAD Rücklagendeckung
11. Zuschüsse an Dritte	-2.727.006	-2.524.726,98	202.279,02	jugend-kultur-kirche Missonswerke und Partnerkirchen Bekämpfung der Not in der Welt Projekte Perspektive 2025	B04102 B06101 B06102 B08601	0,42 0,26 0,19	siehe EHH-Position 10 (Plan Zuweisung jkk) siehe EHH-Position 10 Rücklagendeckung
12. Sach- und Dienstaufwendungen	-28.518.709	-34.726,098,80	-6.207.389,80	Kirchengemeinden Gemeindepfarrdienst Gottesdienst und mission. Handeln Kirchenmusik Fachbereich Kindertagesstätten Jugendkirchentag Stabsbereich OIT Perspektive 2025 Sonstige Projekte Zukunftsfonds Medienarbeit Zentrales Gebäudemanagement Kirchensteuerverwaltung / Clearing	B01001 B01006 B02202 B02203 B04204 B04205 B08204 B08601 B08605 B08607 B09002 B10000	0,84 0,31 0,13 0,12 -0,13 0,14 -0,14 0,45 0,57 5,00 0,19 0,38	siehe EHH-Position 14 siehe EHH-Position 10; Rücklagendeckung insb. Projekt Umsatzsteuer sowie Klimaschutz (Umsetzung hydraulischer Abgleich und Verbraucherstärkung) Rücklagendeckung Bruttoausweis Verwaltungskosten Kirchensteuererhebung, siehe auch EHH-Position 2
13. Abschreibungen und Wertkorrekturen	-3.254.689	-3.725.812,32	-471.123,32	Kirchengemeinden Ev. Studierendenwohnheime Zentrales Gebäudemanagement	B01001 B04302 B10000	-7,57 0,15 -0,22 -0,17	Anpassung der Daten aufgrund neuer Erkenntnissse im Zuge Erstellung der Eröffnungsbilanz
Sonstige ordentliche Aufwendungen Doppisch bedingte Abweichung	-12.412.311 infolge periodengerechter / berücksichtigt.	-13.051.137,61 Abgrenzung; planerisch nicht	-638.826,61	Kirchengemeinden Kindertagestätten Dekanate Gemeindepfarrdienst Jugendkirchentag Ev. Studierendenwohnleime Arbeit mit Flüchtlingen Zentrales Gebäudemanagement Verstärkungsmittel Kirchensteuerverwaltung / Clearing Sammelversicherung	B01001 B01002 B01004 B01006 B04205 B04205 B04302 B06106 B10000 B14002 B14008 B14009	-0,23 -0,15 -0,27 -0,90 -0,17 -0,11 -0,66 0,12 3,93 -3,34 -0,16	siehe EHH-Position 12
Summe der ordentlichen 15. Aufwendungen	-720.706.595	-819.644.579,71	-98.937.984,71			-100,60	Die Mehraufwendungen sind gemäß vorstehender Aufstellung insb. verursacht durch: - Mehraufwendungen aus Kirchensteuern - Mehraufwendungen Versorgungsrückstellungen Minderbedarf Budgetbereich 1

Anlage 8 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2023 gemäß § 54 Abs. 1 Buchst. g KHO hier: Erläuterung erheblicher Abweichungen

	Planung	Buchung	Planabweichung	Erläuterung			
	2023 EUR	2023 EUR	2023 EUR	Budgetbereich		Abweichung Mio. EUR	
16. Ergebnis der gewöhnlichen kirchlichen Tätigkeit	-86.806.370	-163.253.161,16	-76.446.791,16			-78,57	
17. Finanzerträge	37.105.111	74.271.418,77	37.166.307,77	Gebäudeinvestitionen Gemeindepfarrdienst Versorgungsleistungen Pfarrer*innen sonstige Vermögensverwaltung Gesamtkirchliche Rücklagen und Rückstellungen	B01003 B01006 B14003 B14010 B14014	0,30	Erträge Kirchbaurücklage Verzinsung Pfarreivermögen Anpassung des ERK-Deckungsvermögens
18. Finanzaufwendungen	-726.554	-1.295.572,58	-569.018,58	sonstige Vermögensverwaltung	B14010	-0,62 -0,62	insb. Anpassung des ERK-Deckungsvermögens
19. Finanzergebnis	36.378.557	72.975.846,19	36.597.289,19			36,57	
20. Ordentliches Ergebnis	-50.427.813	-90.277.314,97	-39.849.501,97			-42,00	
21. Außerordentliche Erträge	0	0,00	0,00				
22. Außerordentliche Aufwendungen	0	0,00	0,00				
23. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00			0,00	
Jahresüberschuss / 26. Jahresfehlbetrag	-50.427.813	-90.277.314,97	-39.849.501,97			-42,00	
nachrichtlich bereinigtes JE ohne RS+ERK Deckungsvermögen, Transformationsprozess ekhn2030 und Zukunftsfonds	604.539	33.776.620,05	33.172.081,05				Das Jahresergebnis liegt um -39,6 Mio. EUR schlechter als geplant. Ohne die nicht zahlungswirksamen Versorgungs-, Beihilferückstellunge, Effekte des ERK-Deckungsvermögens, ekhn2030 und Zukunftsfonds liegt die Planabweichung bei rd. +33,4 Mio. EUR.
27. Rücklagenzuführungen	-7.126.475	-26.549.013,92	-19.422.538,92				
für den Ergebnishaushalt dar.:	-3.871.786	-22.792.868,32	-18.921.082,32				§ 9 Abs. 1 Haushaltsfeststellungsgesetz 2023 (rd.16,4 Mio. EUR
Zuführung an Budget- und Kollektenrücklagen	0	-19.870.299,29	-19.870.299,29				Bauzuweisungen an Kirchengemeinden [9 Mio. Euro Reservierung bereits zugesagter Zuweisungen 2024 und 2025 sowie 50% der nicht verbrauchten Mittel] sowie 2,2 Mio. EUR Verwaltungsunterstützung in Kooperation)
Kinder und Jugend (Verkaufserlös Hohensolms)	-2.500.000	-2.500.000,00	0,00				
Zuweisungen Regionalverwaltungen Projektstelle	-1.292.174	0,00	1.292.174,00				
Aktenmanagement und Ablage im archivischen Vorfeld bei Verwaltungskooperationen	0	-204.084,80	-204.084,80				

Anlage 8 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2023 gemäß § 54 Abs. 1 Buchst. g KHO hier: Erläuterung erheblicher Abweichungen

	Planung	Buchung	Planabweichung	Erläuterung		
	2023 EUR	2023 EUR	2023 EUR	Budgetbereich	Abweichung Mio. EUR	
sonstige (zweckgebundene)	-79.612	-218.484,23	-138.872,23			insb. Grunderwerbsfonds
Rücklagenzuführungen			,			,
für Investitionstätigkeit	-3.254.689	-3.756.145,60	-501.456,60			
dar.:						
Gesamtkirchliche	-3.254.689	2.756.145.60	F01 4FC C0			analog Abschreibungen, jedoch ohne Abschreibungen auf
Substanzerhaltungsrücklage	-3.254.689	-3.756.145,60	-501.456,60			Forderungen und Anpassung Wertberichtigung
28. Rücklagenentnahmen	57.554.288	24.411.100,27	-33.143.187,73			
	55 750 000		22.222.224.57			
für den Ergebnishaushalt dar.:	55.759.288	21.830.193,43	-33.929.094,57			
Haushaltsausgleich	38.451.591		-38.451.591,00			
Zukunftsfonds	5.000.000	0,00	-5.000.000,00			
Gebäudezuweisung	4.000.000	4.000.000,00	0.00			
Regionalverwaltungen	2.543.869	933.904,21	-1.609.964,79			
Arbeit mit Flüchtlingen	1.434.399	1.437.587,83	3.188,83			
Projekte Perspektive 2025	1.035.944	637.471,03	-398.472,97			
Transformationsunterstützung	771.009	695.995,39	-75.013,61			
Regionalbüro	771.009	093.993,39	-73.013,61			
Überbrückungs- und	517.834	342.584,15	-175.249,85			
Härtefonds	317.034	342.364,13	-175.245,65			
Angleichung lfd. BU von Kita-						
Gebäuden in Rheinland-Pfalz	400.000	400.000,00	0,00			
und Hessen						
IPOS Unterstützungssysteme	261.343	239.936,95	-21.406,05			
Pastoralkolleg	100.000	0,00	-100.000,00			
Lust auf Gemeinde	100.000	86.950,00	-13.050,00			
Gebäudezuweisung Vorjahre	0	7.816.895,86	7.816.895,86			
Auflösung von Budgetbereichsrücklagen	U	2.470.859,42	2.470.859,42			
Konzentrationsprozesse						
Vorjahre	0	943.100,00	943.100,00			
Pfarrhäuser (Denkmal und						
Übergangsfinanzierung)	0	552.482,88	552.482,88			
Vorjahre						
Kita-Gebäude Vorjahre	0	329.342,97	329.342,97			
sonstige (zweckgebundene)	4.475.555					
Rücklagenentnahmen	1.143.299	943.083	-200.216			überwiegend Budget- und Kollektenrücklagen
für Investitionstätiskeit	1 705 000	3 580 000 04	705.007			
für Investitionstätigkeit dar.:	1.795.000	2.580.906,84	785.907			
Bauinvestitionen	1.760.000	2.442.090,09	682.090,09			
Investitionen	35.000	138.816,75	103.816,75			
0.0000000000000000000000000000000000000	351000	202.020,70	2:3:020,73			
						Das Bilanzergebnis berücksichtigt noch keine im Rahmen der
30. Bilanzergebnis	0	-92.415.228,62	-92.415.228,62			Feststellung des Jahresabschlusses zu treffenden Entscheidungen
-						über die Ergebnisverwendung.

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage V: Investitions- und Finanzierungsrechnung vom 1.1.2023 bis 31.12.2023

in der Fassung der Kirchenverwaltung

Jahresabschluss zum 31.12.2023



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Jahresabschluss der Gesamtkirche der EKHN zum 31. Dezember 2023 Investitions- und Finanzierungsrechnung

	Plan 2023 Euro	Ist 2023 Euro	Plan-Ist- Abweichung	Ist 2022 Euro
1. Investitionen / Anlagenabgänge				
- Zugang immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen	-2.271.152,00€	-2.020.348,96 €	-250.803,04€	-3.614.360,19 €
davon Baumaßnahmen (Anlagen im Bau)	-1.760.000,00 €	-807.316,38 €	-952.683,62€	-2.544.261,99 €
davon Baumaßnahmen (direkte Aktivierung)	0,00€	-85.859,65 €	85.859,65€	-221.541,94 €
davon immaterielles Anlagevermögen	0,00€	-594.539,81 €	594.539,81€	-256.292,09€
davon Erschließungskosten	-50.000,00€	0,00€	-50.000,00€	0,00€
davon Erwerb von Immobilien und bewegl. Vermögen	-461.152,00€	-532.633,12 €	71.481,12€	-540.064,17 €
davon Erwerb von nicht realisierbarem Sachanlagevermögen	0,00€	0,00€	0,00€	-52.200,00€
+ Abgang immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen	0,00€	3.364.650,21 €	-3.364.650,21 €	20.744,90 €
= Saldo Investitionen / Anlagenabgänge	-2.271.152,00 €	1.344.301,25 €	-3.615.453,25 €	-3.593.615,29 €
2. Eigenfinanzierung				
a) Innenfinanzierung				
	2.656.650,00 €	-753.320,23 €	3.409.970,23 €	4.157.644,42 €
b) Außenfinanzierung	0,00€	0,00€	0,00€	0,00€
+ Zuweisungen, Uml. für Investitionen	0,00€	0,00€	0,00€	0,00€
+ Zuschüsse Dritter für Investitionen	0,00€	0,00€	0,00€	0,00€
= Saldo der Eigenfinanzierung	2.656.650,00€	-753.320,23 €	3.409.970,23 €	4.157.644,42 €
3. Fremdfinanzierung / Tilgung			0.00€	
0, 0 0				
+ Aufnahme von Darlehen	0,00€	0,00€	0,00€	0,00€
davon zur Finanzierung von Anlagevermögen	0,00€	0,00 €	0,00€	0,00€
- Tilgung von Darlehen	-385.498,00€	-590.981,02 €	205.483,02 €	-564.029,13 €
davon zur Finanzierung von Anlagevermögen	-385.498	-590.981,02 €	205.483,02 €	-564.029,13 €
= Saldo der Fremdfinanzierung	-385.498,00€	-590.981,02€	205.483,02 €	-564.029,13 €
4. Saldo Investition- u. Finanzierungsrechnung	0,00€	0,00€	0,00€	0,00€

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage VI: Kapitalflussrechnung vom 1.1.2023 bis 31.12.2023

in der Fassung der Kirchenverwaltung

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Jahresabschluss der Gesamtkirche der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum 31. Dezember 2023 Kapitalflussrechnung



			Plan 2023 Mio. €	Ist 2023 Mio. €	lst 2022 Mio. €
1		Periodenergebnis -	59,5	- 90,3	50,7
2a	+	Abschreibungen und Wertkorrekturen	3,8	3,7	3,7
2b	-	Zuschreibungen auf Anlagevermögen		-	-
3		sonstige zahlungsunwirksame Erträge	15,0	- 50,1	- 0,1
4a	+	Zunahme von Rückstellungen	74,0	174,4	36,9
4b	-	Abnahme von Rückstellungen		-	-
4c		Veränderung der Sonderposten		0,1	- 0,1
5	+	sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen		-	7,4
6a	+	Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen		-	=
6b	-	Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen		- 0,2	-
7	-/+	Zunahme/Abnahme Forderungen und sonstige Aktiva		- 0,1	74,1
8	-/+	Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten und sonstige Passiva ohne Finanzierungstätigkeit		21,6	- 8,2
9	=	Finanzmittelfluss aus der laufenden kirchlichen Geschäftstätigkeit	3,3	59,2	164,4
10	+	Zugänge Genossenschaftsanteile			- 5,0
10 11a	+	Abgänge/Auszahlungen des Finanzanlagevermögens		9,4	- 5,0
11a 11b	+	Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen und Sachanlagevermögens		3,4	
110	+	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle und Sachanlagevermögen /		3,4	-
11c		Liquiditätsbindung für Rücklagenzuführungen	3,4	- 2,0	- 3,6
11d	-	Zugänge/Investitionen in das Finanzanlagevermögen		- 88,2	- 139,7
11a 11e	+	Nicht zahlungswirksame Zugänge des Finanzanlagevermögens		- 88,2 67.3	- 139,7
116	-	Micht Zahlungswirksaille Zugange des Fillanzahlageverhlogens		67,3	- 0,5
14	=	Finanzmittelfluss Investitionstätigkeit -	3,4	- 10,2	- 148,8

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Jahresabschluss der Gesamtkirche der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum 31. Dezember 2023 Kapitalflussrechnung



		Plan 2023 Mio. €	lst 2023 Mio. €	lst 2022 Mio. €
	Finzahlungan aus Tilgung gawährter Darlohen durch Dritte	25	12	3,6
		3,3	4,3	3,0
-		- 8,8 -	1,6 -	22,1
		•	•	ŕ
=	Finanzmittelfluss aus Darlehensvergabetätigkeit	- 5,3	2,7 -	18,5
+	Zugang Darlehen/ Kredite	-	-	~
-	Abgang Darlehen/ Kredite, Tilgung	- 7,5 -	8,0 -	7,5
-/+	Nicht zahlungswirksame Veränderung des Reinvermögens	-	0,3	0,3
-	Zuführung an die Versorgungsstiftung	-	24,0	-
=	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	- 7,5 -	32,3 -	7,2
=	Veränderung des Bestandes liquider Mittel	- 12,9	19,5 -	10,1
	Finanzmittelbestand zu Beginn		100,1	110,1
	Finanzmittelhestand am Ende		119.6	100,0
	= + - -/+ -	+ Entnahme Darlehensfonds / Ausgleichsrücklage - Auszahlungen aus Darlehensgewährung an Dritte und Festgelder = Finanzmittelfluss aus Darlehensvergabetätigkeit + Zugang Darlehen/ Kredite - Abgang Darlehen/ Kredite, Tilgung -/+ Nicht zahlungswirksame Veränderung des Reinvermögens - Zuführung an die Versorgungsstiftung = Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	H Einzahlungen aus Tilgung gewährter Darlehen durch Dritte + Entnahme Darlehensfonds / Ausgleichsrücklage - Auszahlungen aus Darlehensgewährung an Dritte und Festgelder - Auszahlungen aus Darlehensgewährung an Dritte und Festgelder - S,3 + Zugang Darlehen/ Kredite - Abgang Darlehen/ Kredite, Tilgung - 7,5/+ Nicht zahlungswirksame Veränderung des Reinvermögens - Zuführung an die Versorgungsstiftung - Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit - 7,5 - ■ Veränderung des Bestandes liquider Mittel - 12,9 Finanzmittelbestand zu Beginn	H Einzahlungen aus Tilgung gewährter Darlehen durch Dritte + Eintnahme Darlehensfonds / Ausgleichsrücklage - Auszahlungen aus Darlehensgewährung an Dritte und Festgelder - Auszahlungen aus Darlehensgewährung an Dritte und Festgelder - 8,8 - 1,6

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Anlage VII: Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31.12.2023

Bilanz Aktiva

IV. Finanzanlagen

1. Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivpositionen Voriahr EUR 1.077.940.649,96 Voriahr 1.075.600.983,98

Die Einzelpositionen der Finanzanlagen zur Deckung von Rücklagen und anderen Passivposten können dem Anhang entnommen werden.

Die **Zugänge** entfallen im Wesentlichen auf die Neuanlage von Mitteln in den Dachfonds Rücklagenvermögen HN RAIF Teil 1 in Höhe von EUR 3.089.755,31 sowie in den Immobilien-Dachfonds 2IP in Höhe von EUR 8.605.197,38.

Die Abgänge betreffen insbesondere mit EUR 9.000.000,00 das zweckgebundene Vermögen Beihilfefonds in den Bereich der Finanzanlagen zur Absicherung von Versorgungslasten.

2.	Absicherung von Versorgungslasten	EUR	1.289.129.313,41
	Vorjah	r EUR	1.212.802.980,82

Die Bilanzposition setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Versorgungsstiftung	700.903.638,41	683.401.226,82
Absicherung Versorgungslasten	_588.225.675,00	529.401.754,00
	1.289.129.313,41	1.212.802.980,82

Unter der Position Absicherung von Versorgungslasten wird zum einen der anteilige Wert des **Deckungsvermögens der ERK** ausgewiesen, welches zum 31. Dezember 2023 auf die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau entfällt. Auf Basis jährlicher, versicherungsmathematischer Berechnungen wird von der ERK die Gesamtverpflichtung gegenüber allen Mitgliedskirchen ermittelt. Diese entspricht dem Barwert der den Mitgliedskirchen zukünftig zu zahlenden Kassenleistungen für Pensionsverpflichtungen. Der Anteil der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau an der Gesamtverpflichtung beläuft sich dabei rechnerisch zum 31. Dezember 2023 auf 15,9 % (i. Vj. 14,6 %). In Relation zum Buchwertvermögen der ERK definiert dieser Quotient den Wertansatz im Jahresabschluss. Die Anpassung des Buchwertes erfolgt ergebniswirksam jeweils in

den Finanzerträgen oder Finanzaufwendungen. Weiterhin ist in dieser Position ein Betrag in Höhe von EUR 0,73 Millionen als Leistungsanspruch für Versorgungsfälle einer Regionalverwaltung gegenüber der kommunalen Beamtenversorgungskasse Nassau angesetzt worden.

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat am 3. Dezember 1993 das Gesetz über die Errichtung einer nicht rechtsfähigen **Versorgungsstiftung** der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beschlossen. Gemäß § 10 dieses Gesetzes hat die Kirchenleitung am 18. Januar 1994 die Satzung der nicht rechtsfähigen Versorgungsstiftung erlassen. Der Kirchensynodalvorstand hat am 24. Februar 1994 der Satzung zugestimmt. Organe der Gesellschaft sind der Stiftungsvorstand, der Anlageausschuss und die Geschäftsführung.

Die Vermögenspositionen der nicht rechtsfähigen Versorgungsstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sind mit den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten, abzüglich eventueller Wertminderungen, in einem separaten Einzelmandanten bilanziert. Die Bilanzierung im Jahresabschluss erfolgt abweichend vom Fachkonzept Stiftungen. Der Ausweis erfolgt demnach nicht auf beiden Seiten der Bilanz als Sondervermögen sowie den Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen, sondern unter der Position Absicherung von Versorgungslasten. Die Zusammensetzung der Positionen der Versorgungsstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau kann dem Anhang entnommen werden. Die Anpassung des Buchwertes wird erfolgsneutral im Vermögensgrundbestand abgebildet.

В.	Sondervermögen	EUR	54.869.915,63
		Vorjahr EUR	57.752.661,66

Sonderhaushalte können bzw. müssen aufgestellt werden für aus dem kirchlichen Haushalt organisatorisch ausgegliederte Werke, Einrichtungen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ggf. mit eigener Satzung. Die Sonderhaushalte sollen im Jahresabschluss konsolidiert werden, dies erfolgt über die Bilanzierung der Bilanzsumme des Sonderhaushaltes.

Tagungsstätten

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat am 29. Mai 2008 die Zusammenführung folgender Tagungsstätten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zu einem Gesamtbetrieb beschlossen:

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

- Jugendbildungsstätte Evangelische Jugendburg Hohensolms, Hohensolms
- Kloster Höchst Tagungshaus und Jugendbildungsstätte, Höchst
- Martin-Niemöller-Haus, Arnoldshain
- Tagungsstätte im Schloss Herborn, Herborn.

Der Gesamtbetrieb führt im Geschäftsverkehr den Namen "Tagungshäuser der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau". Die Satzung für den Gesamtbetrieb gilt in der Fassung vom 26. Januar 2012 (ABI. der EKHN 2012, S. 96). Der Gesamtbetrieb ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zu verwalten.

Die Gebäude und sämtliches Inventar der Jugendbildungsstätte Evangelische Jugendburg Hohensolms wurden am 28. Februar 2023 veräußert. Dadurch endete der operative Geschäftsbetrieb der Jugendbildungsstätte, die sich seitdem in Abwicklung befindet. Die vollständige Liquidation erfolgt zum 31. Dezember 2024.

Im Rahmen der Veräußerung der Jugendbildungsstätte entstand ein Buchverlust in Höhe von EUR 6,2 Mio. Der Verkaufspreis betrug EUR 2,5 Mio. und wurde als zweckgebundene Rücklage für die Evangelische Jugend im Jahresabschluss der Gesamtkirche eingestellt.

	31.12.2023	31.12.2022
Tagungsstätte	EUR	EUR
Martin-Niemöller-Haus, Arnoldshain	9.159.606,80	9.032.819,86
Kloster Höchst – Tagungshaus und		
Jugendbildungsstätte, Höchst	5.291.189,88	5.280.911,87
Jugendbildungsstätte Evangelische Jugendburg		
Hohensolms, Hohensolms	9.119.054,20	9.873.456,10
Tagungsstätte im Schloss Herborn, Herborn	3.441.327,15	3.547.244,43
Summe	27.011.178,03	27.734.432,26

Stiftungsvermögen

Im Rahmen von Sondervermögen werden die nachfolgenden unselbstständigen Stiftungen von der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geführt:

	31.12.2023	31.12.2022
Stiftung	EUR	EUR
Hans und Maria Kreiling-Stiftung	1.519.535,25	1.477.610,26
Hermann-Schlegel-Stiftung	3.145.118,24	3.122.732,32
Hildegard und Karl Bär-Stiftung	435.168,92	406.564,30
Renate Knautz & Erhard Heer-Stiftung	465.019,09	452.406,92
Scio-Stiftung	72.711,28	71.797,13
Bekennen und Versöhnen	368.788,43	364.720,98
Stiftung Gemeinde im Aufbruch	482.027,10	472.788,11
Zur-Nieden-Stiftung	534.127,61	532.491,76
Chorstiftung Philipp Reich	288.698,82	0,00
Summe	7.311.194,74	6.901.111,78

Hans und Maria Kreiling-Stiftung

Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 2. Oktober 2014 wurde die Errichtung der Hans und Maria Kreiling-Stiftung zur Förderung der Ökumene beschlossen. Es handelt sich um eine nicht rechtsfähige kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts in der treuhänderischen Verwaltung der EKHN.

Zwecke der Stiftung sind die Stärkung der christlichen Ethik und die Unterstützung der ökumenischen Arbeit.

Organ der Stiftung ist der Stiftungsvorstand, der aus fünf Personen besteht. Der Vorsitz des Vorstandes liegt in den Händen der Leitung des Zentrums Ökumene. Die anderen Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden von der Kirchenleitung für die Dauer von sechs Jahren berufen. Die Berufung durch die Kirchenleitung erfolgte am 5. März 2015.

Hermann-Schlegel-Stiftung

Die Stiftung wurde am 7. März 1972 errichtet. Treuhänderin war die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau e.V., Darmstadt.

Gemäß Vertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und dem Verein Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau übernahm die Gesamtkirche die unmittelbare Verantwortung für die Männerarbeit (ABI. der EKHN Nr. 7/1975 S. 130 f.).

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Die Männerarbeit ist als Aufgabengebiet im Zentrum Bildung integriert. Nach § 5 des Vertrages blieb die rechtlich unselbständige private Stiftung der Männerarbeit Hermann-Schlegel-Stiftung bestehen und ist in die Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau übergegangen.

Zweck der Stiftung ist die zusätzliche Förderung der Ruheständlerarbeit und der Handwerkerarbeit in der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Seit dem 1. Oktober 2001 erfolgt die Geschäftsführung und Mittelvergabe durch das Dezernat Kirchliche Dienste. Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 5. Februar 2002 wurde ein Vergabeausschuss berufen.

Hildegard und Karl Bär-Stiftung

Durch Stiftungsgeschäft bzw. Treuhandvertrag vom 18. Januar 2007 wurde die rechtlich unselbständige Stiftung Hildegard und Karl Bär – Stiftung errichtet. Treuhänderin der Stiftung ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die finanzielle Unterstützung der nachfolgend aufgezählten gemeinnützigen Einrichtungen, die aus christlicher Grundhaltung benachteiligte Kinder unterstützen, Entwicklungshilfe leisten oder Menschen mit Behinderungen betreuen:

- Albert-Schweitzer Verband der Familienwerke und Kinderdörfer e. V., Berlin
- Bruderschaft Salem gGmbH, Stadtsteinbach/Frankenwald
- Christoffel Blindenmission Deutschland e. V., Bensheim
- Hilfe für Kinder aus Elendsvierteln e. V. "die Schwestern Maria", Ettlingen
- Deutsche Hospiz-Stiftung, Dortmund
- Verein zur Förderung spastisch Gelähmter und anderer Körperbehinderter Darmstadt e. V. "Behindertenzentrum Rossdorf", Rossdorf
- Unsere kleinen Brüder und Schwestern e. V., Karlsruhe
- Nieder-Ramstädter Diakonie, Mühltal
- SOS-Kinderdörfer Weltweit, Hermann Gmeiner-Fonds Deutschland e. V., München
- Stiftung von Bodelschwinghsche Anstalten Bethel, Kirchliche Stiftung, Bethel.

Renate Knautz & Erhard Heer-Stiftung

Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 18. März 2004 wurde die unselbständige, nicht rechtsfähige Stiftung Geschwister Renate Knautz & Erhard Heer errichtet. Treuhänderin der Stiftung ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung des Evangelischen Gymnasiums Bad Marienberg.

Scio-Stiftung

Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 19. November 2009 wurde die unselbständige, nicht rechtsfähige Scio-Stiftung errichtet. Treuhänderin ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Erforschung der Kirchen- und Kirchenzeitgeschichte mit dem Schwerpunkt auf der Erforschung der Geschichte der EKHN sowie ihrer historischen Vorgängerinnen. Organ der Stiftung ist ein dreiköpfiger Beirat.

Stiftung Bekennen und Versöhnen

Durch Treuhandvertrag vom 21. August 2006 wurde vom Evangelischen Bund e. V., Bensheim, die rechtlich unselbständige Stiftung Bekennen und Versöhnen errichtet. Treuhänderin der Stiftung ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Arbeit des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes Bensheim. Die Stiftung dient der Förderung von Projekten des Instituts, die dem Grundsatz von "Bekennen und Versöhnen" in der konfessionskundlichen und ökumenischen Forschung, Lehre und Bildung dienen. Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat.

Stiftung Gemeinde im Aufbruch

Mit Stiftungsgeschäft vom 21. November 2007 hat das Ehepaar Barbara und Marcus Wehrstein gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die unselbständige, nicht rechtsfähige Stiftung Gemeinde im Aufbruch errichtet. Treuhänderin ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Entwicklung von Kirchengemeinden und übergemeindlichen Initiativen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Organ der Stiftung ist das Kuratorium. Die Stiftung wird vom Zentrum Verkündigung betreut.

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Zur-Nieden-Stiftung

Aufgrund der Stiftungsurkunde vom 31. Juli 1968, ausgestellt von Propst Dr. Ernst zur Nieden, wurde rückwirkend zum 1. Januar 1950 eine unselbständige private Stiftung errichtet. Treuhänderin der Stiftung ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau.

Zweck der Stiftung ist die Unterstützung und Förderung von Lehre und Werbung für kirchliche Erwachsenenarbeit und besondere neue Arbeitsgebiete im Rahmen der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Seit dem 1. Oktober 2001 erfolgt die Geschäftsführung und Mittelvergabe durch das Dezernat Kirchliche Dienste. Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 5. Februar 2002 wurde ein Vergabeausschuss berufen.

Chorstiftung Philipp Reich

Die Chorstiftung Philipp Reich wurde 2003 als kirchliche Stiftung gegründet. Sie fördert die Chorarbeit in der EKHN durch finanzielle Unterstützung der Arbeit des Verbandes Evangelischer Chöre in Hessen und Nassau.

Die Chorstiftung Philipp Reich ist dem Andenken an Philipp Reich, dem ersten Landeskirchenmusikdirektor der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewidmet und verpflichtet. Sie handelt im Vertrauen darauf, dass kirchliche Chorarbeit dem Aufbau der Gemeinde dient und Kirche und Kunst, Tradition und Moderne, Kinderlied und Oratorium verbindet.

Übriges Sondervermögen

	31.12.2023	31.12.2022
Übriges Sondervermögen	EUR	EUR
Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in		
Hessen	332.995,74	319.829,86
Bachchor Mainz	76.013,69	89.283,32
Wirtschaftsbetrieb Zentrum Verkündigung	405.294,50	402.894,95
Evangelische Jugend in Hessen	130.450,45	260.437,29
Kirchlicher Fonds für Arbeitsbeschaffung	1.778.916,14	1.534.368,60
Regionaler Arbeitskreis für Erwachsenenbildung		
in Rheinland-Pfalz	84.683,12	80.838,77
Landesorganisation Erwachsenenbildung	0,00	0,00
Posaunenwerk der EKHN	54.324,74	67.820,85
Institut für Personalberatung, Organi-		
sationsentwicklung und Supervision der EKHN	1.035.404,62	872.337,10
Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen		
und Nassau	16.540.921,23	19.377.587,80
Chorverband der Evangelischen Kirche in		
Hessen und Nassau	108.538,63	111.719,08
Summe	20.547.542,86	23.117.117,62

Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Hessen

Die Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Hessen ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ist organisatorisch dem Zentrum Bildung angegliedert. Sie wird gebildet aus regionalen Arbeitsgemeinschaften bzw. überregionalen Einrichtungen, Verbänden, Werken und dauerhaften Initiativen, die Erwachsenenbildung betreiben.

Die Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Hessen dient der Entwicklung der kirchlichen Erwachsenenbildung und dem konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Zusammenwirken aller Träger und Anbieter von Veranstaltungen der Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Evangelische Jugend in Hessen

Der Landesverband der Evangelischen Jugend in Hessen ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ist im Zentrum Bildung integriert. Der Landesverband der Evangelischen Jugend in Hessen fördert Maßnahmen der allgemeinen Jugendarbeit (Mitarbeiterschulungen, Studienfahrten und internationale Begegnungen) und Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung.

Kirchlicher Fonds für Arbeitsbeschaffung

Der Kirchliche Fonds zur Arbeitsbeschaffung ist ein Sondervermögen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, dessen Zweck es ist, Initiativen in Kirche und Diakonie, mit denen zusätzliche Tätigkeiten im gemeindlichen, sozialen und diakonischen Bereich erschlossen werden, zu unterstützen. In erster Linie sollen damit arbeitslose Jugendliche, Frauen, Ältere und Behinderte auf Zeit beschäftigt werden. Rechtliche Grundlage des Fonds ist die Satzung vom 27. Februar 1984. Der Fonds finanziert sich aus Spenden, Zuschüssen und Haushaltsmitteln der Gesamtkirche.

Regionaler Arbeitskreis für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz

Der Regionale Arbeitskreis für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ist organisatorisch dem Zentrum Bildung angegliedert. Er vertritt die evangelische Erwachsenenbildung gegenüber staatlichen Stellen in Rheinland-Pfalz und setzt sich für die Wahrnehmung des bildungspolitischen und gesellschaftlichen Auftrags der evangelischen Kirchen ein. Er engagiert sich für die öffentliche Förderung der allgemeinen, politischen, kulturellen und religiösen Weiterbildung.

Landesorganisation Erwachsenenbildung

Mit Bekanntmachung vom 14. März 1975 haben die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck und die Evangelische Kirche im Rheinland in der Form einer zwischenkirchlichen Vereinbarung für ihre Bildungseinrichtungen nach dem Hessischen Erwachsenenbildungsgesetz vom 24. Juni 1974 die Evangelische Landesorganisation für Erwachsenenbildung in Hessen gebildet (ABI. der EKHN 1975 S. 67).

Zweck der Landesorganisation ist die Koordinierung und Förderung der Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft.

Bachchor Mainz

Gegründet wurde der Bachchor, dessen Träger die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ist, 1955 von Diethard Hellmann, der den Chor 30 Jahre lang leitete.

Wirtschaftsbetrieb Zentrum Verkündigung

Mit Kirchenleitungsbeschluss vom 1. März 2007 wurde im Zentrum Verkündigung der Wirtschaftsbetrieb Zentrum Verkündigung gegründet. Der Betrieb wird als wirtschaftliches Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt. Es handelt sich um einen Betrieb gewerblicher Art. Zweck des Wirtschaftsbetriebes ist die Herstellung und der Vertrieb von Materialheften und Arbeitshilfen.

Posaunenwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Das Posaunenwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau fördert und unterstützt die Arbeit der Posaunenchöre in der Landeskirche Dies geschieht durch Ausund Fortbildung, insbesondere Veranstaltung von Lehrgängen, Seminaren, Bläsertreffen, Posaunentagen etc.

Nach der Satzung des Posaunenwerks der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 27. Juni 2009 nimmt das Posaunenwerk die festgelegten Aufgaben als eigenständiges Werk ohne eigene Rechtspersönlichkeit innerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wahr.

Das Posaunenwerk ist dem Zentrum Verkündigung zugeordnet und unterliegt der Aufsicht der Kirchenleitung.

Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat das "Zentrum für Kirchliche Personalberatung" und das "Zentrum für Organisationsentwicklung und Supervision" zum 1. Januar 2010 zu einem neuen Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS zusammengeführt.

Das Institut gliedert sich in drei Fachbereiche: "Personalberatung", "Organisationsentwicklung" und "Supervision".

Das Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS bietet Fortbildung und Beratung für Einzelne und Organisationen, vorwiegend aus Kirche und Diakonie. Es unterstützt außerdem andere Organisationen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen.

Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Das Evangelische Schulwerk in Hessen und Nassau ist Träger evangelischer kirchlicher Schulen, die als Ersatzschulen staatlich anerkannt sind. Die evangelischen Schulen des Schulwerks finden ihre Orientierung in den Worten der Bibel und in christlichen Werten in ökumenischer Aufgeschlossenheit. Sie wollen junge Menschen auf ein selbstverantwortetes Leben und lebenslanges Lernen vorbereiten. Die evangelischen Schulen verwirklichen ein am christlichen Glauben orientiertes Bildungsverständnis und erziehen zur Verantwortung. Die evangelischen Schulen gestalten eine christliche Schulkultur mit verbindlichem Religionsunterricht, regelmäßigen Schulandachten und der bewussten Feier der christlichen Feste im Kirchenjahr.

Das Evangelische Schulwerk in Hessen und Nassau ist eine gesamtkirchliche Einrichtung in der Rechtsform einer nichtrechtsfähigen kirchlichen Anstalt öffentlichen

Rechts in der Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat aufgrund von Artikel 50 der Kirchenordnung die Satzung beschlossen, diese wurde am 18. Januar 2019 im Amtsblatt veröffentlicht.

Die gesamtkirchliche Verwaltungsaufgabe betreffend das Finanzwesen und den Jahresabschluss für das Evangelische Schulwerk in Hessen und Nassau wurde ab dem 1. Januar 2023 dem Regionalverwaltungsverband Rhein-Lahn-Westerwald gemäß der Regionalverwaltungsverordnung übertragen.

Chorverband der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Die Kirchenchöre im Bereich der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau sind im Chorverband der Landeskirche zusammengeschlossen. Sie unterteilen sich in die Fachkreise gemischte Chöre, Frauenchöre, Kinder- und Jugendchöre sowie Pop- und Gospelchöre. Dies geschieht durch Aus- und Fortbildung, gegenseitige Anregungen, Austausch von Erfahrungen und Zusammenwirken bei gemeinsamen Veranstaltungen.

Der Verband Evangelischer Chöre in Hessen und Nassau ist ein Verband ohne eigene Rechtsform in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Der Chorverband der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau ist dem Zentrum Verkündigung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zugeordnet.

Nachrichtlich:

Treuhandvermögen

 EUR
 1.148.358.482,96

 Vorjahr
 EUR
 1.191.723.295,32

Treuhandvermögen Kirchengemeinden, Dekanate und kirchliche Verbände

Das Treuhandvermögen ist fremdes Vermögen, das durch die Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau verwaltet wird. Die Ursprünge der treuhänderischen Verwaltung von Geldern für Kirchengemeinden, Dekanate und kirchliche Verbände durch die Gesamtkirche liegen am Ende des 19. Jahrhunderts. Für die hessische evangelische Landeskirche übernahm der zum 1. Januar 1876 gegründete Zentralkirchenfonds diese Aufgabe als landeskirchliche Aufgabe. Nach Gründung der EKHN wurde diese Praxis weitergeführt. Die Zinsen für die Pfarrbesoldungs- und örtlichen Ergänzungsfondskapitalien sowie die Kirchenkapitalien wurden zunächst jeweils in einem gesonderten Teil der Rechnung der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche geführt.

Der größte Teil des Treuhandvermögens ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 angelegt in einem Dachfonds - Metzler Dachfonds MI-F01 - i.H.v. EUR 835.527.208,05 2IP (i.Vj. **EUR** 863.847.766,35), einem **Immobiliendachfonds** i.H.v. 135.103.019,08), 145.393.762,70 (i.Vj. **EUR** einem Infrastrukturdachfonds HN-SICAV-RAIF i.H.v. EUR 110.856.969,80 (i.Vj. EUR 104.497.932,11) und des Weiteren im kassengemeinschaftlichen Guthaben i.H.v. EUR 30.949.035,27 (i.Vj. EUR 60.569.918,35). Die genaue Zusammensetzung ist dem Anhang zu entnehmen.

Treuhandvermögen Kinder- und Jugendstiftung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau

Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau e.V. übertrug mit Treuhandvertrag vom 27. April 2015 als Stifterin und derzeitige Treuhänderin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die treuhänderische Verwaltung der Kinder- und Jugendstiftung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau als nichtrechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau wurde gemäß Vertrag als Rechtsträgerin und Treuhänderin eingesetzt. Die Stiftung fördert die kirchliche getragene und verantwortete Kinder- und Jugendarbeit in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau durch finanzielle Leistungen. Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Förderung von Maßnahmen und Projekten, die geeignet sind, auf Grundlage des Evangeliums von Jesu Christi ein Leben in Gemeinschaft zu gestalten und junge Menschen in ihrer individuellen, sozialpolitischen und religiösen Entwicklung zu fördern. Zur Förderung stand bei der Gründung ein Stiftungsvermögen i.H.v. TEUR 600 zur Verfügung.

II. Bilanz Passiva

Α.	Reinvermögen	EUR	349.056.203,71
		Vorjahr EUR	446.522.972,65
I.	Vermögensgrundbestand	EUR	-445.586.164,23
		Vorjahr EUR	-462.385.631,59

Der **Vermögensgrundbestand** stellt eine residuale Größe dar. Er wurde nicht originär ermittelt, sondern ergibt sich mittels Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Zum Vorjahresstichtag 31. Dezember 2022 ergab sich ein negativer Vermögensgrundbestand i.H.v. EUR -462.385.631,59. Der negative Vermögensgrundbestand wird durch Festlegung des Leiters der Kirchenverwaltung vom 3. Februar 2017 im Reinvermögen ausgewiesen und mit den anderen Positionen des Reinvermögens saldiert.

Der Vermögensgrundbestand hat sich wie folgt verändert:

Stand zum 31.12.2022	EUR	-462.385.631,59
Gründung des Schulwerks der Evangelischen Kiche in		
Hessen und Nassau (Übergabe der Anlagen im Bau)	EUR	-1.276.613,29
Gebäude und Grundstücke an die Tagungshäuser		
(Übergabe der Anlagen im Bau)	EUR	-332.349,12
Anpassung des Aktivwertes der Versorgungsstiftung	EUR	17.502.411,59
Anpassung Treuhandvermögen bei der Diakonie		
Hessen	EUR	895.561,42
Übrige	EUR	10.456,76
Stand zum 31.12.2023	EUR	-445.586.164,23

Nachrichtlich:

 Treuhandverpflichtungen
 EUR
 1.148.358.482,96

 Vorjahr
 EUR
 1.191.723.295,32

Bei den Treuhandverpflichtungen unterscheidet man vier Kapitalmassen:

- Kapitalvermögen von Kirchengemeinden (Kirchenvermögen),
- Kirchengemeindliche Pfarreikapitalien (Pfarreivermögen),
- Stiftungskapitalien,
- Sonstige.

Kapitalvermögen von Kirchengemeinden

Den anlegenden Kirchengemeindekassen sowie den sonstigen Anlegern wird durch die Anlage in der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche eine Mindestverzinsung zugesagt. Darüber hinaus wird den Anlegern – je nach der Ertragsentwicklung – ein Bonus für deren Einlage gewährt.

Ein etwaiger von der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche wirtschafteter Zinsüberschuss wird im Rechtsträger angesammelt und angelegt, um in Zeiten geringerer Anlageerträge den Anlegern eine angemessene Verzinsung bieten zu können.

Im Berichtsjahr reichten die erwirtschafteten Finanzerträge 2023 nur zu ca. 89 % aus um die zugesagte Mindestverzinsung zu decken. Die restliche Deckung erfolgte aus angesammelten Zinserträgen der Vorjahre.

Der Anteil des kirchengemeindlichen Kapitalvermögens am Treuhandvermögen beträgt EUR 912.321.746,60 (i.Vj. EUR 960.579.600,88). Die Zinserträge des Jahres 2023 wurden gutgeschrieben.

Kirchengemeindliche Pfarreikapitalien

Die Erträge des Pfarreivermögens werden zur Pfarrbesoldung an die Gesamtkirche abgeführt.

Der Anteil der kirchengemeindlichen Pfarreikapitalien am Kapitalvermögen der Kirchengemeinden beträgt zum 31. Dezember 2023 EUR 19.667.921,60 (i.Vj. EUR 19.667.921,60. Die Zinserträge des Jahres 2023 wurden gutgeschrieben.

Stiftungskapitalien

In ihrer Sitzung am 18. Mai 2006 hat die Kirchenleitung die Errichtung einer höher verzinslichen Anlagemöglichkeit ab dem 1. Juli 2006 für kirchliche Stiftungen bei der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche beschlossen. Der garantierte Zinssatz beträgt im Haushaltsjahr 2023 3,0 % (i.Vj. 4,0%) bei einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren. Darüber hinaus ist auch bei besonders guter Entwicklung der Verzinsung die Gewährung eines Bonus möglich.

Der Anteil der Stiftungskapitalien am Treuhandvermögen beträgt EUR 115.185.760,69 (i.Vj. EUR 113.037.483,95). Die Zinserträge des Jahres 2023 wurden gutgeschrieben.

Sonstige

Hier werden die sonstigen treuhänderisch verwalteten Kapitalien ausgewiesen. Es handelt sich um die Anteile der Versorgungstiftung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau i.H.v. EUR 81.567.369,83 (i.Vj. EUR 76.603.189,83) und um die Anteile der ZPV i.H.v. EUR 13.149.072,23 (i.Vj. EUR 14.768.215,48). angepasst

Die genaue Zusammensetzung der Treuhandverpflichtungen ist aus dem Anhang ersichtlich.

III. Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung bzw. die in der Buchhaltung hinterlegten Kontenbezeichungen berücksichtigen keine gendergerechte Sprache. Ebenfalls sind die Kontenbezeichnungen in einer vereinfachten, abkürzenden Sprache systemseitig in der Finanzbuchhaltung eingerichtet. Im Rahmen unserer Berichterstattung wurden die Kontenbezeichungen nicht modifiziert.

1. Erträge aus kirchlicher oder diakonis	Erträge aus kirchlicher oder diakonischer					
Tätigkeit	EUR	52.120.281,37				
_	Vorjahr EUR	49.291.395,41				
a) Erträge aus kirchlichen Aufgaben	EUR	1.691.142,00				
, -	Vorjahr EUR	1.649.949,77				
	2023	2022				
	EUR	EUR				
Sonstige Erträge kirchlichen Aufgaben	1.081.174,93	966.741,79				
Teilnehmerbeiträge	529.343,70	545.903,00				
Sonstige Erträge kirchliche Dienste	27.565,87	33.205,50				
Sonstige kirchliche Verkaufserträge	14.907,92	66.611,20				
Erträge Vertrieb kirchlicher Schriften	12.178,54	29.449,44				
Teilnehmerbeiträge 0%	11.724,00	0,00				
Sonstige Entgelte Verpflegung	7.722,61	4.553,12				
Gebühren für Archivnutzung	3.560,00	2.885,72				
Übrige	2.964,43	600,00				
	1.691.142,00	1.649.949,77				

b) Umsatzerträge	EUR	101.258,89
	Vorjahr EUR	78.653,36
	2023 EUR	2022 EUR
Verpflegung 19%	48.468,73	35.083,92
Energieerzeugungsanlagen 19%	22.158,75	17.824,31
Sonstige Umsatzerlöse BGA nicht steu-	44.044.40	2.22
erbar	11.941,49	0,00
Übrige	5.560,80	5.930,91
Sonstige Umsatzerlöse BGA 19%	5.317,24	17.402,00
Getränkeverkauf, Kioskwaren 19%	3.711,75	0,00
Sonstige Umsatzerlöse BGA 0%	2.076,38	0,00
Verpflegung nicht steuerbar	2.023,75	2.412,22
	101.258,89	78.653,36
c) Erträge aus Grundvermögen und Red	chten EUR	9.958.325,89
,	Vorjahr EUR	9.943.480,97
	2023 EUR	2022 EUR
Dienstwohnungsvergütung PV	6.091.293,00	6.389.431,55
Mieterträge Kirchenvermögen	3.663.291,25	3.419.805,15
Erbbauzinserträge KV	111.007,32	109.084,08
Sonstige Nutzungsentschädigung	49.875,03	5.473,00
Pachterträge Kirchenvermögen	21.470,39	10.701,08
Übrige	21.388,90	8.986,11
	9.958.325,89	9.943.480,97

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

d) Erträge aus Ersatz- und Erstattungsdien-

u) Littage aus Lisatz- una Listattungst	11011-	
sten	EUR	40.369.554,59
	Vorjahr EUR	37.619.311,31
	2023	2022
	EUR	EUR
Ersatz von Sonstigen im kirchlichen		
Bereich	36.375.668,73	33.850.289,12
Personalkostenersatz aus EKD	1.513.583,44	1.600.553,50
Personalkostenersatz von Dritten	1.067.178,15	943.367,50
Übrige	400.553,84	312.999,03
Personalkostenersatz aus der EKHN	280.847,26	419.597,06
Sachkostenersatz aus der EKHN	240.899,13	313.493,28
Sachkostenersatz aus EKD	233.551,51	136.339,03
Personalkostenersatz EKHN nicht steu-		
erbar	128.596,00	0,00
Erst. Beihilferückst. n.stb.	80.589,71	24.750,00
Personalkostenerstattungen von Dritten		
nicht steuerbar	20.429,82	0,00
Personalkostenersatz aus EKD n	11.832,00	0,00
Erst. Beihilferückst. 19%	9.000,00	13.235,29
Erst. Beihilferückst. 0%	6.750,00	4.687,50
Personalkostenerstattungen von Dritten		
0%	75,00	0,00
	40.369.554,59	37.619.311,31

Bei dem Ersatz von sonstigen Erträgen im kirchlichen Bereich handelt es sich um die Erstattungen der Evangelischen Ruhegehaltskasse für Pensionsleistungen.

2.	Erträge aus Kirchensteuern und Zuw	/ei-	
	sungen	EUR	556.283.442,69
	•	Vorjahr EUR	607.544.399,59
a)	Erträge aus Kirchensteuern	EUR	540.038.823,47
,	J	Vorjahr EUR	593.176.840,22
		2023	2022
		EUR	EUR
	nenlohnsteuer	352.823.294,63	373.054.550,75
	neneinkommensteuer	115.933.638,00	150.380.058,78
	nensteuer (Clearing)	46.571.816,57	48.086.089,19
	ensteuer auf Kapitalertragsteuer	23.114.924,97	20.140.740,68
	nensteuer einheitliche Pauschsteuer	1.373.308,89	1.229.887,01
Erträ	ge Kirchensteuer der Soldaten	221.840,41	285.513,81
		540.038.823,47	593.176.840,22
b)	Erträge aus Finanzausgleich, Zuweis	sun-	
,	gen und Umlagen	EUR	16.244.619,22
		Vorjahr EUR	14.367.559,37
		2023 EUR	2022 EUR
und	stige zweckgebundene Zuweisungen Umlagen ckgebundene Zuweisungen und Um-	16.006.234,61	14.071.428,88
lage	n innerhalb der EKD eisungen von Sonstigen im kirchlichen	213.230,76	73.202,51
Bere		11.937,40	31.877,09
Übri	ge	13.216,45	191.050,89
		16.244.619,22	14.367.559,37
3.	Zuschüsse von Dritten	EUR	18.136.463,37
0.	Zusonusse von Britten	Vorjahr EUR	17.407.826,35
		Voljani Lore	17.407.020,00
		2023	2022
		EUR	EUR
Staa	tsleistungen	17.562.657,95	16.696.814,41
	hüsse von Ländern	459.410,37	386.217,60
Sons	stige Zuschüsse vom Bund	78.427,08	201.339,86
	ange Zacerracee vern Barra	70.127,00	
Förd	erbetrag § 100 ESTG	27.659,12	0,00
Förd Übriç	erbetrag § 100 ESTG	-	·
	erbetrag § 100 ESTG	27.659,12	0,00

Personalaufwand EUR -136.203.888,42 Vorjahr EUR -136.203.888,42 Vorjahr EUR -134.607.844,39 Personalaufwand EUR -134.607.844,39 Personalaufwand EUR EUR EUR EUR Personalaufwand Personalaufwand	9.	Personalaufwendungen		EUR	-427.319.163,58
Sezüge Pfarrer			Vorjahr	EUR	-278.929.654,28
Sezüge Pfarrer	۵۱	Davagagagagagag		EUD	420 202 202 42
Bezüge Pfarrer 2023 EUR 2022 EUR Beschäftigungsentgelte -94.378.621,49 -95.248.441,65 Beschäftigungsentgelte -26.764.927,11 -24.811.218,51 Beihilfen Pfarrer -5.004.285,25 -4.739.075,24 Arbeitgeberanteil gesetzliche Sozialversicherung -4.968.956,88 -4.731.729,03 Besoldung Beamte -295.451,38 -278.410,32 Beihilfen Beamte -295.451,38 -278.410,32 Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -4.859,18 -3.601,80 Übrige Fürsorgeleistungen Pfarrer -4.859,18 -3.601,80 Übrige Sonstige Bezüge -20.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -78.434,808,43 EUR -3.601,80 -190,10 -78.434,808,43 E	a)	Personalaurwand			·
Bezüge Pfarrer 94.378.621,49 -95.248.441,65 Beschäftigungsentgelte -26.764.927,11 -24.811.218,51 Beihilfen Pfarrer -5.004.285,25 4.739.075,24 Arbeitgeberanteil gesetzliche Sozialversicherung -4.968.956,88 -4.731.729,03 Besoldung Beamte -4.344.588,56 -4.327.638,88 Beihilfen Beamte -295.451,38 -278.410,32 Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame Leistungen -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige rungen Pfarrer -136.203.888,42 -134.607.844,39 Übrige wingen Pfarrer -2023 202 2023 2022 Fürsorgeleistungen Pfarrer -218.716.964,96 -28.434,962 -3.601,80 Vorjahr EUR -78.434.808,43 -28.20 -28.20 -28.20 <t< td=""><td></td><td></td><td>vorjanr</td><td>EUR</td><td>-134.607.844,39</td></t<>			vorjanr	EUR	-134.607.844,39
Bezüge Pfarrer			2	023	2022
Beschäftigungsentgelte -26.764.927,11 -24.811.218,51 Beihilfen Pfarrer -5.004.285,25 -4.739.075,24 Arbeitgeberanteil gesetzliche Sozialversicherung -4.968.956,88 -4.731.729,03 Besoldung Beamte -4.344.588,56 -4.327.638,88 Beihilfen Beamte -295.451,38 -278.410,32 Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssiche-rung rung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.246.408,67 0,00			Е	UR	EUR
Beihilfen Pfarrer	Bez	üge Pfarrer	-94.3	78.621,49	-95.248.441,65
Seihilfen Pfarrer	Bes	chäftigungsentgelte	-26.76	64.927,11	-24.811.218,51
Sicherung			-5.00	04.285,25	-4.739.075,24
Besoldung Beamte -4.344.588,56 -4.327.638,88 Beihilfen Beamte -295.451,38 -278.410,32 Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung -2023 2022 rung 2023 2022 EUR Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -2.774.61,44 -236.391,64	Arbe	eitgeberanteil gesetzliche Sozialver-			
Beihilfen Beamte -295.451,38 -278.410,32 Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zugührung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64			-4.96	68.956,88	-4.731.729,03
Entgelte Geringfügig Beschäftigte -175.954,50 -163.110,33 Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zugührung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64	Bes	oldung Beamte	-4.34	44.588,56	-4.327.638,88
Familienbudget -101.569,30 -96.972,03 Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame Leistungen -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64				•	-
Arbeitgeberanteil Vermögenswirksame Leistungen -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR -78.434.808,43 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64	•			•	•
Leistungen -66.314,58 -67.623,95 Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -2.77.461,44 -236.391,64			-10	01.569,30	-96.972,03
Fürsorgeleistungen Pfarrer -57.341,57 -105.798,56 Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -2.77.461,44 -236.391,64					
Übrige sonstige Bezüge -26.776,56 -26.620,14 Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung rung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sicherung -277.461,44 -236.391,64					
Unterstützungen Pfarrer -14.242,06 -7.603,95 Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64					
Übrige -4.859,18 -3.601,80 -136.203.888,42 -134.607.844,39 b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung rung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64					•
b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR Vorjahr EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 2023 EUR EUR Zuführung Versorgungsrückstellungen Aufwendungen an Versorgungskassen Zuführung zu Beihilferückstellungen Beiträge Zusatzversicherung Sonstige Aufwendungen Versorgungssichetungen sicherung -277.461,44 -236.391,64				•	-
b) Aufwendungen zur Versorgungssicherung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 2023	Ubri	ge			
rung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 2023 2022 EUR EUR EUR EUR Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64			-136.20	03.888,42	-134.607.844,39
rung EUR -218.716.964,96 Vorjahr EUR -78.434.808,43 2023 2022 EUR EUR EUR EUR Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64					
Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64	D)		ne-		
Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64		rung			·
Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64			Vorjahr	EUR	-78.434.808,43
Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64			20	023	2022
Zuführung Versorgungsrückstellungen -129.695.515,00 -33.553.697,00 Aufwendungen an Versorgungskassen -43.449.629,00 -42.720.994,14 Zuführung zu Beihilferückstellungen -43.246.408,67 0,00 Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung -277.461,44 -236.391,64					
Aufwendungen an Versorgungskassen Zuführung zu Beihilferückstellungen Beiträge Zusatzversicherung Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung Sicherung -43.449.629,00 -42.720.994,14 -43.246.408,67 0,00 -2.047.950,85 -1.923.725,65 -277.461,44 -236.391,64	Zufi	ihruna Versoraunasrückstellunaen			
Zuführung zu Beihilferückstellungen-43.246.408,670,00Beiträge Zusatzversicherung-2.047.950,85-1.923.725,65Sonstige Aufwendungen Versorgungssicherung-277.461,44-236.391,64					
Beiträge Zusatzversicherung -2.047.950,85 -1.923.725,65 Sonstige Aufwendungen Versorgungs- sicherung -277.461,44 -236.391,64					•
Sonstige Aufwendungen Versorgungs-sicherung -277.461,44 -236.391,64					•
sicherung <u>-277.461,44</u> <u>-236.391,64</u>					•
-218.716.964,96 -78.434.808,43			2	77.461,44	-236.391 <u>,</u> 64
			-218.7	16.964,96	-78.434.808,43

c) Versorgungsaufwendungen	EUR	-68.757.131,14
	Vorjahr EUR	-61.530.844,88
	2023	2022
	EUR	EUR
Versorgungsbezüge PfarrerInnen	-38.716.924,40	-34.943.834,85
Beihilfen pensionierte PfarrerInnen	-11.792.481,17	-9.094.115,70
Versorgungsbezüge Hinterbliebene Pfarrer	-7.244.801,41	-7.075.889,97
Versorgungsbezüge BeamtInnen	-3.664.856,25	-3.529.740,06
Beihilfen Hinterbliebene Pfarrer	-2.981.328,60	-2.998.516,20
Wartestandsbezüge	-1.832.196,57	-1.586.674,89
Versorgungsbezüge an Deutsche Ren-		
tenversicherung	-1.056.538,48	-977.235,82
Versorgungsbezüge Hinterbliebene Be-		
amte	-634.383,20	-640.833,33
Beihilfen pensionierte Beamte	-603.769,29	-523.880,36
Beihilfen Hinterbliebene Beamte	-221.585,81	-152.119,82
Renten	-8.265,96	-8.003,88
	-68.757.131,14	-61.530.844,88
d) Sonstige Personalaufwendungen	EUR	-3.641.179,06
	Vorjahr EUR	-4.356.156,58
	2023	2022
	EUR	EUR
Zuführung Personalrückstellungen	-1.333.904,40	-1.374.000,00
Beiträge Berufsgenossenschaft	-848.877,09	-757.123,78
Personalkostenerstattungen	-776.655,45	-1.612.375,27
Trennungsgeld, Umzugskosten	-664.240,59	-522.187,06
Übrige	-17.501,53	-90.470,47
	-3.641.179,06	-4.356.156,58

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

10.	Aufwendungen aus Kirchensteuern	und	
	Zuweisungen	EUR	-338.297.640,42
	_	Vorjahr EUR	-341.116.383,68
a)	Aufwendungen aus Kirchensteuerer	stat-	
	tungen und -verrechnungen	EUR	-7.759.859,37
		Vorjahr EUR	-16.115.782,19
		2023	2022
		EUR	EUR
Zufü	hrung Clearingrückstellung	-3.789.448,49	-11.900.000,00
	vand Kirchensteuer der Soldaten vendungen Pauschale Kirchensteuer	-3.381.134,84	-3.713.960,44
Minij		-380.582,73	-336.661,09
	nensteuer	-208.693,31	-165.160,66
		-7.759.859,37	-16.115.782,19
ل ما	Aufwandungs aus Finances alaiah		
b)	Aufwendungen aus Finanzausgleich tungen und Zuwendungen	EUR	-330.537.781,05
D)	_		-330.537.781,05 -325.000.601,49
D)	_	EUR	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
ŕ	tungen und Zuwendungen	EUR Vorjahr EUR	-325.000.601,49
Allge	tungen und Zuwendungen emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN	Vorjahr EUR 2023	-325.000.601,49 2022
Allge inne Zwe- lage	tungen und Zuwendungen emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Um- n innerhalb der EKHN	Vorjahr EUR 2023 EUR	-325.000.601,49 2022 EUR
Allge inne Zwee lage Allge inne	tungen und Zuwendungen emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Um-	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98
Allge inne Zwe- lage Allge inne Zuw- tione	emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Umnnerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKD	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18 -84.450.393,99	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98 -78.930.216,17
Allge inne Zwee lage Allge inne Zuwe tione Allge Diak	emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Umnnerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKD eisungen und Umlagen für Investien innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen an emeine Zuweisungen und Umlagen an	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18 -84.450.393,99 -30.881.213,04	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98 -78.930.216,17 -31.659.404,99
Allge inne Zwe lage Allge inne Zuw tione Allge Diak Zwe	emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Umnen innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKD eisungen und Umlagen für Investien innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen an onie	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18 -84.450.393,99 -30.881.213,04 -30.422.531,26	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98 -78.930.216,17 -31.659.404,99 -35.279.141,85
Allge inne Zwee lage inne Zuwe tione Allge Diak Zwee lage Sons	emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Um-n innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKD eisungen und Umlagen für Investien innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen an onie ckgebundene Zuweisungen und Um-n innerhalb der EKD etige Verwaltungskostenumlage	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18 -84.450.393,99 -30.881.213,04 -30.422.531,26 -19.153.608,83	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98 -78.930.216,17 -31.659.404,99 -35.279.141,85 -18.267.832,00 -9.910.858,63 -1.665.289,00
Allge inne Zwee lage Allge inne Zuwe tione Allge Diak Zwee lage	emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKHN ckgebundene Zuweisungen und Um-n innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen rhalb der EKD eisungen und Umlagen für Investien innerhalb der EKHN emeine Zuweisungen und Umlagen an onie ckgebundene Zuweisungen und Um-n innerhalb der EKD etige Verwaltungskostenumlage	EUR Vorjahr EUR 2023 EUR -154.024.758,18 -84.450.393,99 -30.881.213,04 -30.422.531,26 -19.153.608,83 -9.770.331,57	-325.000.601,49 2022 EUR -145.194.746,98 -78.930.216,17 -31.659.404,99 -35.279.141,85 -18.267.832,00 -9.910.858,63

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Prüfung des Budgetbereiches des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2023

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Rechnungsprüfungsausschuss der 13. Kirchensynode der EKHN

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 des Budgetbereiches

13 - Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Am 6. Oktober 2025 wurde der Haushaltsabschluss des Rechnungsprüfungsamtes

(Budgetbereich 13) im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zum 31. Dezember 2023 in den

Räumen des Rechnungsprüfungsamtes, Elisabethenstraße 51 in Darmstadt, durch zwei

geprüft

Die stellvertretenden Leiterinnen des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Kupfer und Frau

Schrädt, sowie die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle und der begleitenden Prüfung

unterstützten die Prüferinnen und Prüfer umfassend. Alle angeforderten Unterlagen,

Nachweise und Auskünfte wurden vollständig und fristgerecht zur Verfügung gestellt.

Der Haushaltsabschluss des Rechnungsprüfungsamtes zum 31.12.2023 wurde nach

Abrechnungsobjekten gegliedert vorgelegt. Die Prüfung erstreckte sich auf

Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses der 13. Synode der EKHN

· die ordnungsgemäße Haushaltsführung,

die Einhaltung des Haushaltsplans sowie

die Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Die Belegprüfung fand in Stichproben statt. Dabei wurden keine Verstöße hinsichtlich der

Geschäfts- und Haushaltsordnung festgestellt.

Es wurde festgestellt, dass die derzeitige Ausgestaltung der Personalkostenschnittstelle mit

einer Vielzahl von Einzelbuchungen zu sehr umfangreichen und unübersichtlichen

Buchungslisten führt. Eine Vereinfachung bzw. Verdichtung der Buchungsstruktur wird

empfohlen, um die Nachvollziehbarkeit künftig zu verbessern.

Insgesamt ergab die Prüfung keine wesentlichen Beanstandungen im Budgetbereich 13 der

Gesamtkirche.

Auf Grundlage der durchgeführten Prüfungstätigkeiten empfehlen wir die Abnahme der

Jahresrechnung 2023 des Rechnungsprüfungsamtes.

1

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Darmstadt,

Dr. Thoele

gez.

Dr. Ernst

Stellungnahme der Kirchenleitung zum Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - zum 31.12.2023

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023



EKHN · 64276 Darmstadt

Rechnungsprüfungsamt der EKHN Herrn Oberkirchenrat Christian M. Beck Amtsleiter Elisabethenstraße 51 64283 Darmstadt Prof. Dr. Christiane Tietz

Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt

Telefon 06151 405-290

kirchenpraesidentin@ekhn.de
buero.kirchenpraesidentin@ekhn.de

Az: 4911-2/23 (CT/Schö/Stö) Darmstadt, 02.10.2025

Stellungnahme zum Prüfbericht Jahresabschluss 2023 der Gesamtkirche

Sehr geehrter Herr Beck,

die Kirchenleitung dankt dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung des Jahresabschlusses und den Prüfungsbericht. Sie bittet das Rechnungsprüfungsamt, die Kirchenverwaltung bei der Beseitigung der Mängel in der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung weiterhin zu unterstützen. Sie nimmt darüber hinaus nachfolgend Stellung zu einzelnen Beanstandungen.

Zu 2.3

Beanstandung: Die Vorlage des Jahresabschlusses entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen (Abgabe an Rechnungsprüfungsamt bis 31. Mai des Folgejahres).

Beim Aufholprozess bei der Erstellung der Jahresabschlüsse seit Einführung der Doppik zum 01.01.2015 konnten mittlerweile die Rückstände weitestgehend abgearbeitet werden. Aufgrund der notwendigen Unterstützungsmaßnahmen der Kirchenverwaltung bezüglich der Buchungsrückstände in den Regionalverwaltungen sowie bei der Erstellung der vereinfachten Jahresabschlüsse, mussten die personellen Ressourcen umgeschichtet werden, so dass es zu Verzögerungen bei den gesamtkirchlichen Jahresabschlüssen gekommen ist. Aufgrund einer weiterhin angespannten personellen Situation in Schlüsselfunktionen, wird mit einer zeitlichrechtskonformen Abgabe, voraussichtlich für den Jahresabschluss 2026 im Jahr 2027 geplant.

Zu 3

Beanstandung: Da keine Bilanzierungsabteilung in der Gesamtkirche eingerichtet ist und kein implementiertes Risikomanagementsystem für die Jahresabschlusserstellung besteht, kommt es zu erhöhter Fehleranfälligkeit und eingeschränkter Früherkennung wesentlicher Risiken. Die Einrichtung einer solche Abteilung wird empfohlen.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-2-



Vor dem Hintergrund der Einsparnotwendigkeiten in der gesamtkirchlichen Verwaltung ist eine zusätzliche Personalressource in den letzten Jahren für die genannten Zwecke nicht beantragt worden. Die Bearbeitung der vergangenen Jahresabschlüsse und insbesondere der Aufholprozess haben grundsätzlich die Eignung der bestehenden Aufgabenzuordnungen und des Workflows bestätigt. Verschiedentlich wurde in den letzten Jahren seitens der Rechnungsprüfung in Gesprächen bescheinigt, dass die Arbeiten zunehmend routiniert erfolgten (unbeschadet möglicher qualitativer Schwankungen von Jahr zu Jahr). Im Rahmen der Aufholarbeiten ist ein Teil der Abschlussarbeiten dem Haushaltsreferat zugeordnet. Mit Abschluss des Aufholprozesses bei der Erstellung der gesamtkirchlichen Jahresabschlüsse ist eine Neuausrichtung dieses Aufgabenpaketes verstärkt in Richtung der Finanzbuchhaltung vorgesehen. Die Teamstruktur der Finanzbuchhaltung wurde hierzu bereits in Teilen angepasst. Bei den aktuellen Überlegungen zu neuen Dienstleistungszentren muss ebenfalls auf eine künftig anforderungsgerechte Organisation geachtet werden. Dies betrifft auch den Gedanken einer "Bilanzierungsabteilung".

Mit einem Risikomanagementsystem sollen Risiken erfasst, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Ein solches geschlossenes formales System ist nicht implementiert. Ein RMS ist grundsätzlich Teil des gesamten Managementsystems und nicht spezifisch auf die Jahresabschlusserstellung ausgerichtet. Es besteht einerseits aus formalen Strukturen / Abläufen, andererseits aus risikobewusstem Agieren und Risikosteuerungskompetenz der Beschäftigten. Ein unzureichendes RMS erhöht die Gefahr von Fehlern und das Übersehen von Risiken. Inwieweit sich diese materialisieren, ist von vielen, auch exogenen Faktoren abhängig. Bei einer etwaig künftigen Etablierung von zusätzlichen Risikomanagementmaßnahmen muss auch auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel geachtet werden.

Zum Bemerkungsbericht

Nr. 1 Beanstandung: IT-Projekte und -Prozesse sind zum Teil voneinander unabhängig, unstrukturiert und gegenläufig, wodurch nicht wirtschaftliche Ausgaben entstehen. Weiterhin wurden Versammlungsfläche extern angemietet, obwohl kircheneigene Versammlungsflächen kostengünstiger hätten genutzt werden können.

Eine neue Projektstruktur wurde geschaffen, durch die die bestehenden IT-Projekte der Digitalisierung koordiniert werden, befindet sich allerdings weiterhin im Aufbau sowohl prozessual als auch personell. Im Fokus liegen hier vor allem die Vereinheitlichung und Reduzierung von Abstimmungsproblemen der einzelnen Projekte.

Aufgrund der dezentralen Budgetverantwortung besteht keine zentrale Steuerung sämtlicher Beschaffungsprozesse, da dies mit einem erhöhten Koordinierungsaufwand einhergehen würde. Dies kann in Einzelfällen dazu führen, dass nicht immer die wirtschaftlichste Vorgehensweise gewählt wird.

Nr. 3 Beanstandung: Die Führung der Bücher entspricht nicht vollumfänglich den gesetzlichen Anforderungen insbesondere des § 44 KHO. Bemängelt wird die zeitnahe Aufzeichnung von Geschäftsvorfällen, die nicht vollumfänglich eingehalten wird.

Im Haushaltsjahr 2023 bestanden hier teilweise noch Diskrepanzen zu den gesetzlichen Vorgaben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die Führung der Bücher noch nicht flächendeckend ausreichend. Die

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-3-



vollständige Umsetzung der digitalen Belegerfassung, welche nach und nach in der Gesamtkirche ausgerollt wird, wird zu weiteren Verbesserungen und somit der Einhaltung der KHO führen.

(noch 3) Beanstandung: Im Haushaltsjahr 2023 wurden u.a. unterjährige Abgrenzungen, Verrechnungskonten der liquiden Mittel sowie Investitionskosten und -vorgänge nicht abgegrenzt bzw. gemäß den Vorschriften zur Bilanzierung (§ 57 KHO ff.) erfasst. Hierdurch konnte die Anforderung, Bücher zu führen, in denen alle mit dem Haushaltsvollzug verbundenen Erträge und Aufwendungen sowie der Bestand und die Veränderung des Vermögens und der Schulden im System der doppelten Buchführung aufgezeichnet werden (§ 44 KHO), nicht durchgehend erfüllt werden.

Aufgrund des zeitlichen Versatzes und der anfänglichen Komplikationen beim Umstieg auf die Doppik in der Gesamtkirche wurde der Fokus auf die Überwachung der Ein- und Ausgangsrechnungen gelegt. Die Verbuchung von Abgrenzungen, Verrechnungskonten und Investitionskosten wurde bisher im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten durchgeführt. Durch den Aufholprozess bei den Jahresabschlussarbeiten werden solche Sachverhalte neu aufgestellt, so dass sukzessive eine Einbindung in die unterjährige Überwachung erfolgen wird. Einzelne Sachverhalte (v.a. Investitionskosten im Aufwand) werden aus Vereinfachungsgründen weiterhin erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten verbucht.

Nr. 4 Beanstandung: Die zum 1. Januar 2022 durchgeführte Inventur erfolgte nicht ordnungsgemäß. Einzelne Bereiche wurden nicht vollständig aufgenommen und die Inventurergebnisse nicht vollständig dokumentiert.

Zum Jahreswechsel 2021/2022 erfolgte eine Inventur, die auch durch das Rechnungsprüfungsamt stichprobenhaft begleitet wurde. Teile der Gesamtkirche waren nur unvollständig in die Inventur einbezogen, und die Umsetzung der Inventur in der Anlagenbuchhaltung ist nicht flächendeckend erfolgt. Für den Stichtag 31.12.2025 wurde eine Inventur trotz bestehender technischer Lücken begonnen, um dem Prüfungshinweis schnellstmöglich Rechnung zu tragen. Mittlerweile zeigt sich nicht nur aufgrund von Erfassungsproblemen infolge fehlenden Fachpersonals sondern auch wegen der IT-seitig derzeit nicht möglichen Umsetzung einer digitalen Inventarverwaltung im Anschluss an die Inventur, dass die laufende Inventur unterbrochen, ggfs. abgebrochen werden wird. Der weitere Ressourceneinsatz in eine den Prüfungsstandards erwartungsgemäß nicht genügenden Inventur soll vermieden werden. Eine diesbezügliche Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt folgt. Das weitere Vorgehen ist anschließend zu beraten.

Nr. 7 Beanstandung: Der Jahresabschluss 2023 des Sondervermögens "Schulwerk" wurde nicht zur Prüfung vorgelegt. Hiermit hat die Verwaltungsführung des Schulwerks sowohl gegen die KHO (§25 Abs. 2), als auch gegen die Vorgaben der Satzung des Schulwerks der EKHN verstoßen. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechen dabei in Teilen nicht der Darstellung des Haushaltsplanes 2022. Die vollständige Abbildung des Schulwerks ist im Jahr 2022 noch nicht erfolgt, da die Gymnasium Bad Marienberg gGmbH rechtlich und buchhalterisch noch nicht in das Schulwerk überführt war. Darüber hinaus werden Vermögenswerte noch in der Ev. Grundschule Freienseen gGmbH sowie der Evangelischen Grundschule Weiten-Gesäß gGmbH bilanziert. Hieraus ergibt sich eine unvollständige Darstellung in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Für das Haushaltsjahr 2022 wird keine Entlastungsempfehlung ausgesprochen.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-4-



Die Einrichtung und der Aufbau des Schulwerks haben sich als deutlich herausfordernder herausgestellt, als dies ursprünglich abzusehen war. Dabei spielten vor allem technische, rechtliche und organisatorische Fragestellungen eine Rolle, die erst jüngst (September 2025) abschließend geklärt werden konnten. In den letzten Jahren sind eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet worden, um die Aufbau- und Ablauforganisation des Schulwerks nachhaltig zu verbessern:

- Seit 2019 Quartalsberichte an den Verwaltungsrat mit Kostencontrolling der Sachkosten.
- Sachstandsberichte zum Fortgang der Integration der Schulen in das Schulwerk im Rahmen der satzungsgemäß stattfindenden Sitzungen des Verwaltungsrates finden seit der Gründung statt.
- Mit dem 01.01.23 hat die Evangelische Regionalverwaltung Rhein-Lahn-Westerwald nach der Änderung des Regionalverwaltungsgesetzes die Buchhaltung, die Buchungen der drei Schulen Laubach-Kolleg, Ev. Grundschule Freienseen und Ev. Grundschule Weiten-Gesäß als Pflichtaufgabe übernommen. Eine Zusammenführung aller Bankkonten der Schulen zu einem Konto erfolgte ebenfalls im Jahr 2023. Diese wesentliche Maßnahme dient der besseren Übersicht und Kostenkontrolle. Elternbeiträge wurden in allen Schulen auf SEPA-Lastschriftverfahren umgestellt.
- Auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes wurde das Buchungsprogramm Kita-Büro zur Sicherung der Nachverfolgung der Elternbeiträge zeitgleich eingeführt.
- Am 01.01.2024 erfolgte die Einführung der elektronischen Rechnungsbearbeitung für die drei genannten Schulen. Diese Maßnahme mit entsprechend hinterlegter Hierarchie der sachlichen und rechnerischen Prüfung der eingehenden Rechnungen und der Anordnung der Zahlungen erhöht erheblich die Transparenz des Zahlungsverkehrs im Schulwerk.
- Der Auflösungsbeschluss der beiden gGmbHs Ev. Grundschule Freienseen und Ev. Grundschule Weiten-Gesäß wurde bestätigt. (Anmerkung: Aufgrund von zahlreichen ungeklärten Sachfragen bei den Abschlussbilanzen der gGmbHs hatte sich der ursprünglich avisierte Termin 01.01.2020 erheblich verzögert.) Die Auflösungsverträge konnten im Sommer 2024 unterzeichnet werden.
- Die gGmbHs der beiden Grundschulen erlöschen in 2025.
- Der Trägerwechsel für den Schulbetrieb wurde dem Land Hessen unmittelbar mitgeteilt. Die schul-aufsichtliche Genehmigung des Trägerwechsels liegt vor. Es bestehen keine Bedenken, es erfolgte eine schriftliche Bestätigung.
- Für die Überführung der Ev. Gymnasium Bad Marienberg gGmbH erfolgten aufwändige Analysen im Hinblick auf die Regelung für das Schulgebäude mit der zuständigen Steuerbehörde (Anfall von Grunderwerbssteuer für die Immobilie bei Trägerwechsel). Die Kirchenleitung hat am 18.09.2025 der Überführung von Betrieb und Immobilie an die Gesamtkirche zum nächstmöglichen Zeitpunkt zugestimmt. Damit kann der Beschluss zur Auflösung der gGmbH durch deren Gesellschafterversammlung aus 2019 zeitnah bestätigt und umgesetzt werden.

Die Kirchenleitung empfiehlt dem Verwaltungsrat und dem Verwaltungsdirektor für das Haushaltsjahr 2022 die Entlastung auszusprechen.

Nr. 8 Beanstandung: Bei dem systemseitig eingerichteten Berechtigungskonzept in MACH bestehen Abweichungen zwischen dem Soll- und dem Istzustand. Darüber hinaus ist der grundlegende Aufbau nicht angemessen, wodurch die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems in Zweifel gezogen wird. Das Rechte- und Rollenkonzept wird darüber hinaus insgesamt nicht

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-5-

nicht bekannt.



vollumfänglich eingehalten. Wie in Vorjahren wurden fehlerhafte Rechtevergaben sowie systemseitige Fehlkonfigurationen festgestellt. Eine systemseitige Auswertung der zugeordneten und vergebenen Rollen und Rechte ist weiterhin nur für den Bereich der Rollen, nicht aber für die zugehörigen Rechte, möglich.

Die Feststellungen sind grundsätzlich zutreffend und haben ihren Ursprung in den Projektanfängen. Die Abweichungen wurden nach Projektabschluss sukzessive in Rücksprache mit allen Beteiligten bearbeitet und gemäß dem Berechtigungskonzept angepasst. Darüber hinaus hat eine Überprüfung und Anpassung der Prozesse bei der Benutzeranlage und -auswertung, Berechtigungsadministration und Bearbeitung des Berechtigungskonzepts stattgefunden. Die systemseitigen Fehlkonfigurationen wurden nach Bekanntwerden durch den Software-Hersteller noch in 2023 beseitigt. Das Rechnungsprüfungsamt wurde abschließend hierüber durch die Kirchenverwaltung im Mai 2024 informiert. Weitere systemseitige Fehlkonfigurationen sind

(noch 8.) Beanstandung: Die bei der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eingesetzten Folgeversionen, Module und Modifikationen der Software MACH gehen in wesentlichen Teilen nicht in die Softwarebescheinigung mit ein. Hierunter fallen bspw. das Berichtswesen, Kassengemeinschaft, Partner- und Mandantenverwaltung, Berechtigungskonzept für Benutzer, sowie sämtliche Schnittstellen aus Vorsystemen (Personalabrechnung, Sparkontenverwaltung, Zuweisungssystem u.a.). Da sich die vorliegende Softwarebescheinigung vom 08.06.2023 nur auf den Auslieferungszustand der Software MACH bezieht und die eingesetzten Module und Modifikationen hierbei nicht berücksichtigt werden, kann diese nicht zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit herangezogen werden. Wir empfehlen, die in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eingesetzten Module und Modifikationen einer externen Prüfung zu unterziehen.

Eine mögliche Zertifizierung der EKHN-spezifischen Modifikationen wurde geprüft. Viele der Modifikationen dienen jedoch lediglich der automatisierten Übertragung von Inhalten in die Finanzbuchhaltung (bspw. Schnittstellen), der besseren Übersicht im Umgang mit der Finanzbuchhaltung (bspw. Berichtswesen) oder der Anpassung der Software an die EKHN-eigenen Strukturen (bspw. Prinzip der Kassengemeinschaft). Die grundsätzlichen Buchungsabläufe wurden von den genannten Anpassungen (Customizing) dagegen nicht berührt. Da die Hauptversionen von der MACH AG nach IDW-Standard zertifiziert werden, ist kein Bedarf gesehen worden, kundenseitig eine zusätzliche Zertifizierung zu beauftragen.

Die bereits erarbeitete Standardvorlage für Schnittstellenbeschreibungen ist angelehnt an den IDW PS 880. Bei der aktuellen Ausarbeitung der Dokumentation der KIDICAP Schnittstelle findet diese Art der Dokumentation erstmalig Anwendung.

(noch 8.) Beanstandung: Der überwiegende Teil des Buchungsvolumens im Haushaltsjahr 2023 - vor allem die automatisierten Buchungen –wurde durch externe Benutzer getätigt. Inwieweit eine Autorisierung und Abstimmung der einzelnen Geschäftsvorfälle stattgefunden hat, konnte nicht abschließend geklärt werden. Schriftliche Vereinbarungen mit den externen Dienstleistern liegen hierzu überwiegend, aber nicht vollumfassend, vor.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-6-



Die vertraglichen Vereinbarungen zu regelmäßigen Importen beauftragen die ECKD, den Eingang von Quelldateien aus den regulären (d.h. in z.B. täglichem, wöchentlichem oder monatlichem Rhythmus anfallenden) Abrechnungsläufen der Vorsysteme zu überwachen, die entsprechenden Importe selbständig vorzunehmen und die zuständigen Stellen der EKHN im Anschluss über das Ergebnis zu informieren. In manchen Fällen (z.B. Vorsystem KiTa-Büro) werden zusätzlich jährlich im Voraus Pläne erstellt, die die Termine für die vorzunehmenden Importe festlegen. Mit der Übermittlung der Quelldateien an die ECKD gelten die darauf bezogenen Importe als beauftragt. Eine über diese allgemeine Regelung hinausgehende zusätzliche Autorisation der EKHN für jeden einzelnen Import ist aus Gründen der Praktikabilität und Arbeitseffizienz nicht vorgesehen. Auf Anfrage der MACH Anwenderbetreuung kann die ECKD, anhand ihres Ticketsystems den Verlauf der Bearbeitung und die bearbeitenden Personen nachvollziehen.

Bei nicht regelmäßigen (Ad-hoc-)Importen erfolgt die Beauftragung dagegen stets in schriftlicher Form per E-Mail durch berechtigte Personen der EKHN und kann deshalb entsprechend in den Ticketsystemen sowohl von der EKHN als auch der ECKD nachvollzogen werden. Des Weiteren wird perspektivisch die Automatisierung der Schnittstellenimporte geprüft.

Nr. 9 Beanstandung: Für die Gewährung einer ausreichenden und angemessenen IT-Sicherheit bei den für die Finanzbuchhaltung relevanten Systemen fehlen personelle sowie finanzielle Ressourcen. Eine den aktuellen IT-Risiken entsprechende Sensibilisierung der Mitarbeitenden findet flächendeckend, auch für die Vorsysteme und Fachabteilungen außerhalb der Finanzbuchhaltung, nicht vollumfänglich statt. Darüber hinaus ist die IT-Ausstattung der auf die Finanzbuchhaltungssoftware und deren Vorsysteme zugreifenden Verwaltungen und Stellen sehr heterogen, wodurch weitere Risiken entstehen können. Ein vollständiges Notfallkonzept für die relevanten IT-Systeme in der Finanzbuchhaltung nach aktuellen Standards konnte nicht vorgelegt werden. Eine Umsetzung der aktuellen Standards wird angeraten.

Die zwischen der EKHN und ihren EDV-Dienstleistern abgeschlossenen Supportverträge enthalten bereits Regelungen zur Behandlung auftretender Probleme unterschiedlichen Schweregrads bis hin zu arbeits- oder betriebsverhindernden Vorfällen.

In diesem Zusammenhang wurde auch EKHN-intern in Zusammenarbeit zwischen IT, Finanzen und LKV ein Verfahren erarbeitet, welches beim Auftreten von Unregelmäßigkeiten in IT-Systemen mit möglicher Auswirkung auf das Finanzwesen Zuständigkeiten, Meldeketten und Kriterien für das weitere Vorgehen beschreibt.

Bei festgestellten Unregelmäßigkeiten zu Auswirkungen von IT-Systemen auf das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen betreffend, stimmen sich die Leitung der Kirchenverwaltung, die Leitung des Dezernats 3, die Leitung des Stabsbereichs OIT und die jeweilige Leitung des Fachdezernats (z. B. im Bereich der Lohnbuchhaltung) über notwendige Sofortmaßnahmen ab. Dabei findet eine Risikobeurteilung statt.

Ein Notfallkonzept im Sinne des BSI-Standards 200-4 für die relevanten Systeme kann nur langfristig angegangen werden. Die Sicherstellung eines Notfallkonzeptes für den Betrieb ist durch die Zertifizierung des Rechenzentrums gegeben.

Nr. 10 Beanstandung: Nach einer gemeinsamen Prüfung des von der Gesamtkirche beauftragten Dienstleisters für die Abrechnung von Beihilfen wurden zwei wesentliche Feststellungen getroffen. Das Rechnungsprüfungsamt bemängelt die Datenqualität des Dienstleisters sowie das

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

-7-



interne Kontrollsystem. Ebenso werden datenschutzrechtliche Mängel aufgezeigt. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt eine Abstimmung mit dem Beauftragten für den Datenschutz der EKD, zur Thematisierung der datenschutzrechtlichen Mängel.

Die Bearbeitungsdauer hat sich aufgrund der intensiven Kommunikation gebessert und wird seit Mitte 2024 grundsätzlich eingehalten. Ausnahme ist der Jahresbeginn. Da mit dem Jahreswechsel ein deutlich erhöhter Antragseingang zu verzeichnen ist, könnte die vereinbarte Bearbeitungsdauer nur mit einem strukturellen Personalüberhang auf Seiten des Dienstleisters gewährleistet werden, welcher sich in einer Anpassung der Servicegebühren auswirken würde. In der Gesamtjahresbetrachtung lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bearbeitungsdauer grundsätzlich als erfüllt, jedoch noch leicht verbesserungsfähig bezeichnen.

Inwiefern sich die die Fehlerquote beim BBZ gebessert hat, lässt sich mangels wiederholter Prüfung der Beihilfebearbeitung nicht objektiv messbar belegen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Abstimmungen zwischen der EKHN und dem BBZ zu einem stärkeren Problembewusstsein beim BBZ geführt hat und sich dementsprechend auch die Fehlerquote verbessert haben wird. Einige Änderungen wurden bereits im Beihilfeantrag vorgenommen, jedoch bedarf es noch weiteren Anpassungen im Beihilfeantrag des BBZ um künftig eine bessere Qualität sicherzustellen.

In Datenschutztechnischer Hinsicht wurden Nacharbeiten vorgenommen, wobei die aus der Prüfung aufgeworfenen Hinweise und Bedenken nicht restlos ausgeräumt werden konnten.

Die Organisationsentscheidung der Beihilfebearbeitung durch den Dienstleister BBZ würde die Kirchenverwaltung gerne ergebnisoffener gestalten, jedoch sind die potentiellen Anbieter am Markt durch Personalmangel an der Belastungsgrenze. Eine Eigenerledigung durch die Beihilfestelle der EKHN ist derzeit nicht möglich. Das Personaldezernat befindet sich auch im persönlichen Austausch mit einer weiteren Landeskirche und einer Institution, ob diese ggfs. eine Sparte der Beihilfebearbeitung künftig anbieten werden. Folglich kann die Beihilfestelle der EKHN den Prozess derzeit zwar eng begleiten und unterstützen, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine grundlegenden Organisationsänderungen vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen Für die Kirchenleitung

Prof. Dr. Christiane Tietz Kirchenpräsidentin

Cer Mane

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Bemerkungsbericht

Grundlagen des Bemerkungsberichtes

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses legt das Rechnungsprüfungsamt für die Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau einen Bericht zur Haushalts- und Wirtschaftsführung vor, den sogenannten Bemerkungsbericht. Darin werden die Ergebnisse der Prüfungen zusammengefasst, soweit sie für die Entlastung der Kirchenleitung maßgeblich sind, oder im Gesamtkontext für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau verantwortet werden (Ordnungsmäßigkeitsrahmen).

Prüfungsfeststellungen fördern wirtschaftliches, sparsames und nachhaltiges Verwaltungshandeln

Häufig setzt die Kirchenverwaltung die Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes bereits während der laufenden Prüfung unmittelbar um. In solchen Fällen entfallen die Feststellungen und Empfehlungen im Hinblick auf die Entlastung durch die Kirchensynode.

Die Prüfungsberichte enthalten daher insbesondere diejenigen Feststellungen und Empfehlungen, die noch nicht umgesetzt wurden. Diese werden im Rechnungsprüfungsausschuss beraten, in dem das Rechnungsprüfungsamt die Ergebnisse darlegt und Fragen zu den Prüfungsergebnissen beantwortet. An den Beratungen nehmen auch die Kirchenverwaltung und Kirchenleitung teil, um die Themen transparent und lösungsorientiert zu erörtern.

In den meisten Fällen macht sich der Rechnungsprüfungsausschuss die Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes zu eigen. Er spricht dann gegenüber der Kirchensynode eine Empfehlung aus, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen und damit ein geordnetes, transparentes und wirtschaftliches Verwaltungshandeln zu fördern.

Die Kirchensynode berücksichtigt diese Ergebnisse bei der jährlichen Entscheidung über die Entlastung. Auf dieser Grundlage wird die Entlastung ausgesprochen und mit der Erwartung verbunden, die aufgezeigten Empfehlungen zukünftig zu beachten.

Das Rechnungsprüfungsamt begleitet die Umsetzung der Empfehlungen und überprüft, ob die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich greifen. Auch in dieser Phase bleibt der Austausch mit der Kirchenverwaltung und der Kirchenleitung bestehen. Die Ergebnisse fließen ggf. in die künftigen Haushalts- und Verwaltungsentscheidungen ein und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung einer guten und nachhaltigen Verwaltung in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Ziel des Rechnungsprüfungsamtes ist "die Unterstützung kirchlicher Organe bei der Wahrnehmung ihrer Finanzverantwortung" (§ 1 Abs. 3 RPAG).

Hinweise zum Bemerkungsbericht 2023

Der Bemerkungsbericht nimmt Bezug auf den Synodenbeschluss Nr. 35 zur Drucksache 06/25 der Kirchensynode. Die Synode hat das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, zum Bericht der Kirchenleitung zur Umsetzung von Synodenbeschlüssen Stellung zu nehmen, soweit es um die Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode zu Mängeln in den Jahresabschlüssen geht.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Kirchenleitung am 8. August 2025 um eine aktualisierte Fassung der von der Kirchenleitung zur Verfügung gestellten tabellarischen Übersicht zu den Prüfungsfeststellungen bis zum 22. September 2025 gebeten, sofern sich seit der letzten Berichterstattung Änderungen ergeben haben. Die Kirchenleitung hat am Stichtag 22. September 2025 eine Aktualisierung der tabellarischen Übersicht zu den Prüfungsfeststellungen vorgelegt, die in diesen Bemerkungsbericht aufgenommen wurde.

Der Bemerkungsbericht und die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zum Synodenbeschluss Nr. 35 zur Drucksache 06/25 sind überwiegend deckungsgleich. Mit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 werden die Bemerkungen fortgeschrieben, um der Synode weiterhin einen Überblick über die Abarbeitung der Beanstandungen und Hinweise zu geben.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die in den Prüfungsberichten der Vorjahre der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau enthaltenen allgemeinen Prüfungsfeststellungen in den Kapiteln 2 und 3 nunmehr in diesen Bemerkungsbericht überführt worden sind. Damit sollen Redundanzen vermieden und die Lesbarkeit verbessert werden. Im Prüfungsbericht zum 31. Dezember 2023 der Gesamtkirche findet sich daher nur noch ein Verweis im Bereich der Ordnungsmäßigkeit auf die in diesem Bemerkungsbericht dargestellten Feststellungen.

1. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushalts sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu beachten. Im Rahmen unserer stichprobenartigen Überprüfung haben wir keine wesentlichen Verstöße gegen die Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit i.S.v. § 4 Abs. 1 KHO festgestellt. Folgende Einzelfeststellungen wurden getroffen:

- Durch die nicht genehmigte Nutzung von Software, Hardware oder anderer Systeme und Dienste innerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau entstehen nicht wirtschaftliche Ausgaben in diesem Bereich. IT-Projekte und -Prozesse sind zum Teil voneinander unabhängig, unstrukturiert und gegenläufig. Wir empfehlen eine koordinierte Steuerung im Rahmen der Digitalisierungsstrategie zur Senkung der Ausgaben.
- Bei der Beschaffung von IT-Ausstattung wurde in einigen Fällen gegen den Grundsatz der Sparsamkeit verstoßen.
- In Einzelfällen wurden Versammlungsflächen extern angemietet, obwohl kircheneigene Versammlungsflächen hätten genutzt werden können.
- Ein detailliertes Nachhaltigkeitskonzept (beinhaltend u.a. Klimaschutzgesetz und Nachhaltigkeitsberichterstattung) zur Umsetzung der KHO, das sämtliche Handlungsfelder der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau umfasst, steht noch aus.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunkte/Voraussetzung für Abstellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
alle Bereiche/ Standorte	Nicht wirtschaftliche Ausgaben durch uneinheitliche Beschaf- fung von Hard- und Software: Vollständige Zentralisierung der Beschaffung über alle Be- reiche	Derzeit wird ein zentraler Einkauf von Hard- und Software vorbereitet und erprobt. Es wurden bereits über 50 Geräte an NBRs über den Warenkorb bestellt, ausgeliefert und installiert. Die Evaluierung des Prozesses und der flächendeckenden Bereitstellung in 2026 ist angestrebt.	keine Terminierung mög- lich
alle Bereiche/ Standorte	Verstoß gegen Sparsamkeit bei IT-Beschaffung: entfällt	Kann im Einzelfall angemessen sein, so lange Budget nicht überzo- gen wird. Aufgrund dezentraler Bewirtschaftungsstruktur aktuell keine wesentliche Änderung mög- lich	keine Terminierung mög- lich

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Beauftragter
"Klimaschutz/Nachhaltigk
eit"-ekhn2030, juristischer
Dienst

Nachhaltigkeitskonzept noch ausstehend: Erstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes sowie Anwendung in Budgetbereichen

Entwurf einer EKHN-Nachhaltigkeitsstrategie für Gremien vorhanden

noch nicht terminiert

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt begrüßt die Bemühungen um eine vollständige Zentralisierung der Beschaffung für alle Bereiche. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass eine verbindliche Anschluss- und Benutzungsverpflichtung innerhalb Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geregelt werden müsste, da andernfalls zentrale Einkaufsprozesse und Plattformen mit Warenkörben ihre Wirkung verfehlen könnten.

Die Anmerkung, wonach ein Abweichen vom Grundsatz der Sparsamkeit im Einzelfall zulässig sei, sofern Budgetmittel nicht überschritten werden, wird von uns kritisch gesehen. Nach unserer Auffassung entspricht eine solche Auslegung nicht den rechtlichen Vorgaben und Grundsätzen der Haushaltsordnung.

Wir empfehlen daher, die Budgetverantwortlichen gezielt zu schulen, um die Compliance-Regeln der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im Bereich Beschaffung, Bestellwesen, Vergaben und Bewirtungen zu vertiefen. Die Vorschriften und Handreichungen liegen bereits strukturiert in der Kirchenverwaltung vor und sollten regelmäßig aktualisiert und vermittelt werden.

Hinsichtlich des fehlenden Nachhaltigkeitskonzepts für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau weisen wir darauf hin, dass die Synode zwischenzeitlich eine Nachhaltigkeitsstrategie sowie ein Klimaschutzgesetz beschlossen hat. Sowohl den Nachhaltigkeits- als auch den Klimaschutzbericht wird das Rechnungsprüfungsamt zu gegebener Zeit im Rahmen des Jahresabschlusses der Gesamtkirche, in Verbindung mit den haushaltsplanerischen Ansätzen, prüfen und hierüber berichten.

- → Umsetzungsstatus: teilweise umgesetzt
- → Verantwortung: Handlungsbedarf teilweise offen

2. Vollständigkeit und Einrichtung der Buchführung

Beim Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN - IPOS, der Abwicklung von Unterstützungsgeldern für Studierende (sog. Beihilfen) sowie bei der Buchführung in den Studierendenwohnheimen für Mieterträge wurden erneut Beanstandungen zur Vollständigkeit und Einrichtung der Buchführung in Abstimmung zur Gesamtkirche getroffen. Die Studierendenwohnheime werden unverändert als Ist-Buchführung abgerechnet. Die Umstellung auf eine ordnungsgemäße Buchführung ist derzeit von der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche nicht geplant.

Die Vollständigkeit der Buchführung beim Institut für Personalentwicklung, Organisation und Supervision in der EKHN - IPOS ist gewährleistet. Bei den Zahlungseingängen werden jedoch monatlich nur die jeweiligen Summen je Forderungskonto eingebucht. Das Forderungsmanagement kann nur in der Einrichtung selber und nicht in der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche vorgenommen werden.

Wir empfehlen diese Beanstandungen zeitnah zu beheben und die Buchführung an die geltende Gesetzeslage anzupassen.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunkte/Voraussetzung für Abstellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
IPOS/FiBu	Abrechnung IPOS : entfällt	Verfahren in 2021 eingeleitet	Frühjahr 2026 für JA 2025
FiBU/dez. Budgetverantw.	Abrechnung Unterstützungsgelder Studierende: Offenlegung der Ge- schäftsfälle (Anzahl und Betrag) / Klärung Datenschutzgrundlagen	entfällt	Frühjahr 2026 für JA 2025
FiBu/GF Tagungshäuser	Ist-Buchführung bei Studierendenwohnheime: Einreichung der OP-Listen für Mietzahlungen zum jew. 31.12. Buchung: Forderung aus Miete/Partner an Mietertrag Anpassung der OPs im Folgejahr mit der aktuellen Liste gegen Mietertrag	Im Rahmen der Umstellung unter Punkt 5 anzugehen. Die Umstellung von Ist- auf Soll-Buchführung ist seit 2024 konkret geplant, zusammen mit der Digitalisierung der Wohnheim-Verwaltung (Einführung einer Miet- und Verwaltungssoftware). Das Projekt wird mit dem personellen Wechsel der Bereichsleitung Studentisches Wohnen in 2026 zum 1.1.2027 durchgeführt werden können.	2026 für Darstellung Forde- rungen und Verbindlichkei- ten 2027 vollständige Inte- gration

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt begrüßt, dass die Kirchenleitung entgegen ihrer ersten Stellungnahme nunmehr vorsieht, auch im Bereich der Studierendenwohnheime die Umstellung auf die Doppik ab dem Jahr 2026 vorzunehmen. Wir regen an, die Strukturen im Bereich der Bilanzierung und Bewertung nachhaltig zu stärken – etwa durch die Einrichtung einer spezialisierten Bilanzierungsabteilung. Diese könnte die Einführung und Betreuung der Doppik in allen Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sicherstellen, für Einheitlichkeit sorgen und die Qualität der Finanzberichterstattung verbessern.

→ Umsetzungsstatus: nicht umgesetzt

→ Weiteres Vorgehen: Handlungsbedarf offen

3. Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle und Haushaltsüberwachung

§ 44 Abs. 3 KHO sieht eine zeitnahe Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle in den Büchern vor. Diese Vorgabe konnte im Haushaltsjahr 2023 nicht vollumfänglich eingehalten werden.

Im Haushaltsjahr 2023 wurden u.a. unterjährige Abgrenzungen, Verrechnungskonten der liquiden Mittel sowie Investitionskosten und -vorgänge nicht abgegrenzt bzw. gemäß den Vorschriften zur Bilanzierung (§ 57 KHO ff.) erfasst. Hierdurch konnte die Anforderung Bücher zu führen, in denen alle mit dem Haushaltsvollzug verbundenen Erträge und Aufwendungen sowie der Bestand und die Veränderung des Vermögens und der Schulden im System der doppelten Buchführung aufgezeichnet werden (§ 44 KHO), nicht durchgehend erfüllt werden.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (ohne Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Voraussetzung für Ab- stellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Anordnende und Buchende	entfällt	Sobald Belege in Fibu ankommen, erfolgt die Verbuchung innerhalb von 3 Tagen. Probleme liegen eher in der Weitergabe von Belegen an Fibu durch Anordnende. Teilweise werden Buchungen in die Jahresabschlussarbeiten einbezogen und nicht in laufende Buchhaltung.	Teile der Feststellung werden so weiterhin bestehen, da Prozess der Abschlussbuchungen nicht geändert wird. Zeitversatz wird geringer durch entfallende Rückstände bei Jahresabschlüssen.
Anordnende und Buchende	entfällt	Teilweise unterschiedliche Auffassung über unterjährige Abgrenzungen und Jahresabschlussbuchungen. Aufgrund der dezentralen Budgets werden einige Arbeiten bewusst erst im Jahresabschluss durchgeführt. Daran soll auch aus arbeitsökonomischen Gründen festgehalten werden.	Frühjahr 2026 für JA 2025, Teile der Feststellung werden weiterhin bestehen, da Pro- zess der Abschlussbuchungen nicht geändert wird.

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Hinsichtlich der zeitnahen Aufzeichnung von Geschäftsvorfällen ist zu begrüßen, dass der eingeführte digitale Rechnungseingangsprozess bereits zu einer deutlichen Verbesserung geführt hat. Gleichwohl werden aktuell nur die Eingangsrechnungen digital erfasst und abgearbeitet; die Ausstellung von Rechnungen und internen Belegen erfolgt weiterhin manuell und kann somit nach wie vor zeitverzögert sein.

Unsere Empfehlung zur Einrichtung einer Bilanzierungsabteilung würde sich auch positiv auf die ordnungsgemäße Erfassung von Abgrenzungsbuchungen auswirken. Durch

eine unmittelbare Beurteilung der Geschäftsverfälle vor der Buchung könnte der Arbeitsaufwand für den Jahresabschluss deutlich reduziert und eine zeitnahe, ordnungsgemäße Buchung sichergestellt werden, dies ist nach unserer Einschätzung arbeitsökonomisch zielführender.

- → Umsetzungsstatus Aufzeichnung von Geschäftsverfällen: überwiegend umgesetzt
- → Abgrenzungen im Haushaltsjahr: teilweise umgesetzt

4. Inventur des Sachanlagevermögens

Gemäß § 59 KHO ist die Inventur die Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden. Das Ergebnis der Inventur ist in einem Verzeichnis (Inventar) zusammenzufassen, in dem alle Vermögensgegenstände und Schulden nach Art, Menge und Wert aufgeführt sind.

Für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens ist eine Bestandsaufnahme alle drei Jahre ausreichend (§ 59 KHO i.V.m. § 3 Abs. 2 EBBVO). Die Kirchenverwaltung sowie ihre Einrichtungen und Zentren haben letztmals zum Stichtag 1. Januar 2022 eine körperliche Bestandsaufnahme der sächlichen Vermögensgegenstände durchgeführt. Diese war nach unseren Prüfungsergebnissen nicht ordnungsgemäß. Die nächste Inventur soll zum 31. Dezember 2025 erfolgen.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (ohne Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Voraussetzung für Abstel- lung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Haushalt	Aufbau digitales Inventarver- zeichnis einschließlich notwen- diger finanzieller und personel- ler Ressourcen	Durchführung Inventur 31.12.2025	2026

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt begrüßt den Ansatz einer Inventur zum 31.12.2025 und wird diesen im Rahmen einer Inventurbeobachtung begleiten. Gleichwohl weisen wir darauf hin, dass die Einrichtung einer Bilanzierungsabteilung zielführend wäre, um diese Prozesse kontinuierlich zu betreuen, zu standardisieren und die Qualitätssicherung zu gewährleisten.

- → Umsetzungsstatus: Terminplanung liegt vor
- → Wirksamkeit: Beurteilung nach der Inventur

5. Handvorschüsse der Propsteien

Die Propsteien erhalten zur Abwicklung von geringfügigen Barauslagen und unabweisbaren Bareinnahmen einen Handvorschuss. Die Propsteien rechneten die Handvorschüsse in den Haushaltsjahren 2020-2022 nicht mit der Finanzbuchhaltung der Gesamtkirche ab. Ferner wurden weitere Leistungserbringungen über diese Konten abgewickelt. Auch auf die Vorlage der Kontoauszüge der Propsteien in der Finanzbuchhaltung wurde teilweise verzichtet. Ab dem Haushaltsjahr 2023 wurde von der Kirchenverwaltung, auf Grundlage einer Aufforderung der Kirchenleitung, ein neues Verfahren zur Abrechnung der Handvorschüsse vorgegeben. Eine abschließende Umsetzung erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2024.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (ohne Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunkte/Voraussetzung für Abstellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Fibu	Fehlende Abrechnung der Handvorschüsse : entfällt	reduziert bereits ab 2023	Abstellung mit JA 2024
Fibu	Fehlende Kontoauszüge der Handvorschüsse: entfällt	reduziert bereits ab 2023	Abstellung mit JA 2024
Fibu	Leistungsabrechnung über Handvorschüsse außerhalb ge- setzlicher Bestimmungen: nur noch über die FiBu seit 2024	abgestellt in 2024	Abstellung mit JA 2024

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Im Rahmen einer Follow-up Prüfung wurde das neue Verfahren zur Abrechnung der Handvorschüsse im Bereich der Propsteien vom Rechnungsprüfungsamt bereits in Stichproben geprüft. Die von der Kirchenleitung vorgegebenen Maßnahmen wurden im Wesentlichen umgesetzt. Wir begrüßen ausdrücklich die nunmehr ordnungsgemäße Abrechnung der Handvorschüsse in den Propsteien ab dem Haushaltsjahr 2024.

- → Umsetzungsstatus: Umgesetzt ab dem Haushaltsjahr 2024
- → Wirksamkeit: Die Maßnahmen sind wirksam

6. Buchführung und Abrechnung der Liquiden Mittel

Buchführung:

Die Bücher der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sind ordnungsmäßig geführt. Die physische Belegfunktion ist grundsätzlich erfüllt.

Bei einigen Stichproben konnten die Originalbelege nicht mehr vorgelegt werden, es lagen jedoch Buchungsanweisungen und Ersatzbelege vor. Die Verpflichtungen der Schriftgutordnung – Anlage V Aufbewahrungsfristen, Kassationsplan sind zu beachten.

Bei den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen war die Buchführung in Teilen nicht so beschaffen, dass sie in angemessener Zeit einer sachverständigen dritten Person einen Überblick über die Geschäftsvorfälle vermittelt. Die Geschäftsvorfälle müssen sich in ihrer Entstehung und Abwicklung verfolgen lassen (§ 44 Abs. 2 KHO). Eine Abstimmung zwischen Haupt- und Nebenbuch ist nur eingeschränkt möglich.

Abrechnung der Liquiden Mittel:

Von den eingerichteten Zahlstellen, Handvorschüssen und Kassen sind Abrechnungen zum Stichtag vorzulegen. Es wurde festgestellt, dass es unterschiedliche Abrechnungsverfahren gibt, die zu einem uneinheitlichen Ausweis innerhalb der Bilanzposition führen. Eine Umstellung des Abrechnungsverfahrens wurde bereits beim Zentrum Verkündigung, beim Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung sowie beim Studierendenwohnheim Darmstadt vollzogen. Eine Umstellung auf das neue Verfahren für alle Zahlstellen und Handkassen soll bis Ende 2024 abgeschlossen werden.

Zum 31. Dezember 2023 wurden qualifizierte Bankbestätigungen angefordert. Für einige Konten wurden nur Saldenbestätigungen bzw. Kontoauszüge vorgelegt. Die Prüfung der Salden erfolgte über alternative Prüfungshandlungen.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunk- te/Voraussetzung für Ab- stellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
im Rahmen der digitalen FiBu	Teilweise keine Originalbelege. Anbindung aller Bereiche an enaio	Solange Papierbelege vorliegen, ist ein Schwund von abgelegten Belege nicht auszuschließen. Finalisierung des in 2025 begonnenen, flächendeckenden Digitalisierungsprozess der in 2026 dieses Thema abschließen wird.	2026 für Eingangsrechnungen, weitere Belegarten je nach Konzeption und Rollout-Fortschritt der papierlosen Finanzbuchhaltung

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

FiBu	Zeitnahe Nachvollziehbarkeit bei Fo/Vbl nicht gegeben: keine	Umgliederungen aufgrund Ausweisänderungen werden perspektivisch auf niederiges Niveau sinken. Umgliederungen aufgrund kreditorischer Debitoren/ debitorischer Kreditoren bleiben weiterhin bestehen	2026 für Teile, die umgesetzt werden
FiBu	Untersch. Abrechnungsver- fahren bei Handkassen Zahl- stellen: entfällt	alle Einrichtungen bis auf 2 sind umgestellt auf einheitliches Verfahren	2025

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt hat erneut festgestellt, dass bei Forderungen und Verbindlichkeiten nicht immer in angemessener Zeit ein vollständiger Überblick über alle Geschäftsvorfälle möglich ist. Diese Situation ergibt sich insbesondere daraus, dass die Buchhaltung im Bereich der Haupt- und Nebenbücher sowie der Berichte aus MACH weiterhin nicht optimal eingerichtet ist.

Bezüglich der Abrechnung der liquiden Mittel bleiben unsere Prüfungsfeststellungen zu den verschiedenen Verfahren bestehen. Es ist weiterhin anzustreben, dass in der Gesamtkirche und in allen Sondervermögen einheitliche Verfahren angewendet werden, um Transparenz und Vergleichbarkeit zu verbessern.

Hinsichtlich der Vollständigkeit der bestehenden Bankkonten wurde eine Inventarisierung vorgenommen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die entsprechenden Prüfungsfeststellungen mittlerweile abgestellt wurden.

- → Umsetzungsstatus Forderungen/Verbindlichkeiten: teilweise umgesetzt
- → Umsetzungsstatus liquide Mittel: umgesetzt

7. Fehlender Jahresabschluss des Schulwerks der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum 31. Dezember 2023

Zum 31. Dezember 2023 konnte für das Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau als gesamtkirchliche Einrichtung kein Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 zur Prüfung vorgelegt werden. Dies stellt einen Verstoß gegen § 25 Abs. 2 KHO dar.

Die Geschäftsführung hat zum 31. Dezember 2023 keinen Jahresabschluss aufgestellt und somit gegen § 8 Abs. 3 c der Satzung verstoßen.

Im Sondervermögen sowie den Verpflichtungen gegenüber Sondervermögen wird zum 31. Dezember 2023 die Bilanzsumme des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 bilanziert.

§ 44 Abs. 3 KHO sieht eine zeitnahe Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle in den Büchern vor. Diese Vorgabe konnte im Haushaltsjahr 2023 nicht eingehalten werden.

Der Jahresabschluss des Schulwerks zum 31. Dezember 2022 wurde einer prüferischen Durchsicht unterzogen und wird mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk ohne Entlastungsempfehlung versehen. Die Einschränkung bezieht sich auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2022.

Die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten im Haushaltsjahr 2022 und 2023 entsprechen in Teilen nicht den Ausführungen des Haushaltsplanes im Unterbudget 0080 Evangelisches Schulwerk in Hessen und Nassau, da insbesondere das Gymnasium Bad Marienberg gGmbH rechtlich noch nicht in das Schulwerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau überführt wurde. Ferner werden Vermögenswerte noch in der Ev. Grundschule Freienseen gGmbH sowie Evangelischen Grundschule Weiten-Gesäß gGmbH bilanziert. Insofern ergibt sich keine vollständige Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage gemäß dem Haushaltsgesetz 2022 im Schulwerk.

Des Weiteren ist der Jahresabschluss des Schulwerks rechtzeitig zu erstellen (§ 25 Abs. 2 KHO). Daher erfolgte beim Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 die Auflage an das Schulwerk, bis zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 der Gesamtkirche die noch fehlenden Jahresabschlüsse des Schulwerks aufzustellen.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Voraussetzung für Ab- stellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Schulwerk	vollständige Integration al- ler Schulen in die Finanz- buchhaltung des Schul- werks (derzeit ev. Gymna- sium Bad Marienberg aus- stehend)	Integration des Gymnasiums inkl. Immobilien ins Schulwerk wurde am 18.09. von der KL beschlossen.	2026 (für die Integration aller Teile in Schulwerk)
Schulwerk	Integration des ev. Gymna- siums Bad Marienberg (operativer Betrieb) in Schulwerk, Beschluss Kir- chenleitung, vollständige bilanzielle Übernahme	Grundschul-GmbHs befinden sich in Abwicklung. Bilanzpositionen wurden übernommen.	2026 (JA 2025)
Schulwerk	Aufarbeitung zurückliegen- de Jahresabschlüsse	Die Erstellung der Jahresabschlüsse ist als Regelaufgabe zum 1. Januar 2023 der Regionalverwaltung Rhein-Lahn-Westerwald übertragen worden. Die zurückliegenden Jahresabschlüsse werden im Jahr 2025 (Jahresabschlüsse 2022-2024) aufgeholt.	2026 (JA 2025)

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt nimmt die Ausführungen der Kirchenleitung zur Errichtung des Schulwerks zur Kenntnis. Es wird ersichtlich, dass die vollständige Abbildung der Vermögens- und Ertragslage erst für den Jahresabschluss 2025 vorgesehen ist. Die vollständige Abbildung der Vermögens- und Ergebnislage wird ab 2026 erwartet; bis dahin besteht eingeschränkte Übersicht sowohl über das Schulwerk selbst als auch über die Gesamtkirche, die durch Verrechnungen betroffen ist.

Aus unserer Sicht verdeutlicht dies erneut den Bedarf nach einer eigenständigen Bilanzierungs- und Bewertungsabteilung innerhalb der Kirchenverwaltung, die rechtliche und betriebswirtschaftliche Fragen bei der Errichtung neuer Körperschaften systematisch begleiten kann, um zukünftige Errichtungen neuer Körperschaften u.a. effizienter und rechtssicher begleiten zu können.

- → Umsetzungsstatus: offen
- → Verantwortung/weiteres Vorgehen: teilweise unklar/Frist zur Umsetzung bekannt
 - 8. Ordnungsmäßigkeit der Daten und Datenverarbeitungssysteme sowie Prozessbeschreibungen zu den Datenverarbeitungen in der Finanzbuchhaltung

Die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung i.S.v. § 44 KHO setzt auch eine Beurteilung der Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und Datenverarbeitungssysteme voraus. Daher nehmen wir zur Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und zur Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und Datenverarbeitungssysteme Stellung.

Im Rahmen unserer Aufbau- und Funktionsprüfung der Software MACH haben wir insbesondere folgende Anhaltspunkte für Schwachstellen hinsichtlich der Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und Datenverarbeitungssysteme festgestellt:

• Das systemseitig eingerichtete Berechtigungskonzept in MACH unterstützt nicht vollumfänglich das interne Kontrollsystem. Bei der Prüfung zeigten sich Abweichungen im Rollen- und Rechtekonzept zwischen SOLL- und IST-Zustand im Allgemeinen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Rollen- und Rechtekonzept nicht vollumfänglich eingehalten wird. Es ist in seinem Aufbau nicht vollständig und angemessen und nicht wirksam implementiert und somit als Teil des internen Kontrollsystems nicht hinreichend verlässlich. Erneut wurde die fehlerhafte Vergabe von Rechten sowie systemseitige Fehlkonfigurationen durch den Softwarehersteller festgestellt. Eine systemseitige Auswertung der zugeordneten und vergebenen Rollen und Rechte ist weiterhin nur für den Bereich der Rollen, nicht

aber für die zugehörigen Rechte, möglich.

- Für die zur Finanzbuchhaltung ursprünglich eingesetzte Software MACH C/S Version 1.0 und mein ERP Version 3.0 liegt eine Softwarebescheinigung nach IDW PS 880 der PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbH, Hamburg, vom 8. Juni 2023 vor. Dabei wurden die damals eingeführten Module Finanzbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung und Kontokorrentbuchhaltung beurteilt, mit dem Ergebnis, dass bei sachgerechter Anwendung, Konfiguration und entsprechender Ausgestaltung der Verarbeitungsverfahren eine Rechnungslegung ermöglicht wird, die den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht.
- Die bei der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eingesetzten Folgeversionen, Module und Modifikationen der Software MACH gehen in wesentlichen Teilen nicht in die Softwarebescheinigung mit ein. Hierunter fallen bspw. das Berichtswesen, Kassengemeinschaft, Partner- und Mandantenverwaltung, Berechtigungskonzept für Benutzer sowie sämtliche Schnittstellen aus Vorsystemen (Personalabrechnung, Sparkontenverwaltung, Zuweisungssystem u.a.).

Da sich die vorliegende Softwarebescheinigung nur auf den Auslieferungszustand der Software MACH bezieht und die eingesetzten Module und Modifikationen hierbei nicht berücksichtigt werden, kann diese nicht zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit herangezogen werden. Wir empfehlen, die in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eingesetzten Module und Modifikationen einer externen Prüfung zu unterziehen.

Der überwiegende Teil des Buchungsvolumens im Haushaltsjahr 2023 - vor allem die automatisierten Buchungen - wurde durch externe Benutzer / Dienstleister getätigt. Inwieweit eine Autorisierung und Abstimmung der einzelnen Geschäftsvorfälle stattgefunden hat, konnte nicht abschließend geklärt werden. Schriftliche Vereinbarungen mit den externen Dienstleistern liegen hierzu überwiegend, aber nicht vollumfassend, vor.

Die in der Finanzbuchhaltung hinterlegten Standardauswertungen (bspw. Kontenabstimmliste) liefern teilweise und temporär inkonsistente und fehlerhafte Ergebnisse.

Die Prozessbeschreibungen zu Datenverarbeitungen in der Finanzbuchhaltung, insbesondere zwischen der Gesamtkirche der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der ECKD KIGST GmbH und der ECKD Service GmbH, konnten im Entwurf vorgelegt werden. Wir empfehlen erneut eine zeitnahe Umsetzung.

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau - Gesamtkirche - Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31.12.2023

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunkte/Voraussetzung für Abstellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis En- de bzw. Jahresab- schluss (JA)
HS-OIT	Soll-Ist Abweichungen bei Rollen und Rechtekon- zept: Die bekannten Abweichungen wurden zeit- nah behoben. Aktuell sind keine Inkonsistenzen be- kannt.	entfällt	bereits umgesetzt
HS-OIT	Grundlegender Aufbau des Rechte- und Rollenkonzepts nicht angemessen und fehlerhaft implementiert: Die bekannten Abweichungen wurden zeitnah behoben. Aktuell sind keine Inkonsistenzen bekannt. Eine Neukonzeption des Rechte- und Rollenkonzepts wird zur Version 9.0 wegen softwareseitigen Anpassungen notwendig und voraussichtlich umgesetzt.	entfällt	Herbst 2026
HS-OIT	Systemseitige Fehlkonfigurationen führen zu fehlerhaften Rechtevergaben: Die bekannten Abweichungen wurden zeitnah behoben. Aktuell sind keine Inkonsistenzen bekannt.	entfällt	bereits umgesetzt
HS-OIT	Nutzungen von Softwarebestandteilen, die nicht durch Software-bescheinigung testiert sind: Da die Hauptversionen von der MACH AG nach IDW-Standard zertifiziert werden, ist bisher kein Bedarf gesehen worden, kundenseitig eine zusätzliche Zertifizierung zu beauftragen.	entfällt	kein Zeitbedarf erfor- derlich
HS-OIT	Standardauswertungen liefern teilweise inkonsistente Ergebnisse: Die gemeldeten Fehler wurden zeitnah behoben. Aktuell sind keine Inkonsistenzen bekannt.	entfällt	bereits umgesetzt
Lieferanten der Im- porttabelle und Dienstleister	Überwiegender Teil Buchungsvolumen durch externe Benutzer/ Dienstleister: ein grundlegender Anpassungsbedarf der Import- und Exportlisten, Ausführung könnte auch vollständig intern erfolgen, Ressourcen sind abzuwägen	Nachvollziehbarkeit mit Dienstleister (ECKD) getroffen. Abgestellt mit der DO54715 von13.11.2019 und präzisiert zum 16.01.2024 DO076204	bereits umgesetzt bzw. kein Anpas- sungsbedarf
HS-OIT	Fertigstellung Prozessbeschreibung	Die für Prozessbe- schreibungen zuständi- ge Stelle ist aktuell nicht besetzt. Die Er- stellung der Prozessbe- schreibung wird nichts- destotrotz für 2026 an- gestrebt.	Q1 2026

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt weist darauf hin, dass die Beanstandungen im Bereich der Ordnungsmäßigkeit der Daten und Datenverarbeitungssysteme insbesondere auf die durchgeführten Kassenprüfungen in der Gesamtkirche und den Regionalverwaltungen zurückgehen. Dabei wurde eine eingeschränkte Kassensicherheit festgestellt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Rollen- und Rechtekonzept. Zwar ist inzwischen eine Auswertung der Rollen möglich, nicht jedoch eine systemseitige Auswertung der einzelnen Rechte. Damit bleibt die Übersicht über die tatsächlich vergebenen Rechte in der Gesamtkirche und den Regionalverwaltungen weiterhin eingeschränkt.

Die Einführung der neuen Version des Rollen- und Rechtekonzeptes wurde vom Frühjahr 2026 auf den Herbst 2026 verschoben. Angesichts des Zeitraums und des damit verbundenen Risikos seit der Kassenprüfung erachten wir diesen Fortschritt als unzureichend.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass die eingesetzte Software MACH sowie die angrenzenden und nachgelagerten Software-Produkte weiterhin nicht zertifiziert wurden. Die vorgelegten Softwarebescheinigungen sind insbesondere für Systeme ohne Customizing gültig und daher nicht auf die eingesetzten Anwendungen übertragbar. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf. Fehler in Standardauswertungen bestehen weiterhin im Einzelfall.

Hinsichtlich der Autorisierung und Abstimmung von Buchungen durch externe Dienstleister weist das Rechnungsprüfungsamt darauf hin, dass diese Prozesse im kommenden Jahresabschluss schwerpunktmäßig geprüft werden, um die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen nachzuvollziehen.

Hinsichtlich der fehlenden Prozessbeschreibung ist festzuhalten, dass sich der Zeitrahmen von Q2/2025 auf Q1/2026 verschoben hat, was weiterhin die Nachvollziehbarkeit der Buchhaltung in den betroffenen Bereichen beeinträchtigt.

- → Umsetzungsstatus Rollen- und Rechtekonzept: offen
- → weiteres Vorgehen: Frist zur Umsetzung teilweise unklar

IT-Sicherheit und Notfallkonzept für die in der Finanzbuchhaltung relevanten Systeme

Im Rahmen unserer Ordnungsmäßigkeitsprüfungen der für die Finanzbuchhaltung relevanten IT-Systeme, hinsichtlich der IT-Sicherheit sowie vorhandener Notfallkonzepte, wurden folgende Feststellungen getroffen:

 Für die Gewährung einer ausreichenden und angemessenen IT-Sicherheit bei den für die Finanzbuchhaltung relevanten Systemen fehlen personelle sowie finanzielle Ressourcen. Die Finanzbuchhaltungsprogramme, die zentral und dezentral genutzt

werden, sowie deren Vorsysteme wie bspw. KIDICAP und Kita-Büro, werden unter dem Aspekt der IT-Sicherheit nicht hinreichend betrachtet.

- Eine den aktuellen IT-Risiken entsprechende Sensibilisierung der Mitarbeitenden findet flächendeckend, auch für die Vorsysteme und Fachabteilungen außerhalb der Finanzbuchhaltung, nicht vollumfänglich statt.
- Die IT-Ausstattung der auf die Finanzbuchhaltungssoftware und deren Vorsysteme zugreifenden Verwaltungen und Stellen ist sehr heterogen. Hieraus können weitere IT-Sicherheitsrisiken resultieren.

Ein vollständiges Notfallkonzept für die relevanten IT-Systeme in der Finanzbuchhaltung nach dem Standard des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) o. ä. konnte nicht vorgelegt werden. Der BSI-Standard 200-4, auch bekannt als "Notfallmanagement", beschreibt, wie ein Notfallkonzept zu erstellen ist, wie die Kontinuität der Prozesse sichergestellt werden kann und wie die Auswirkungen eines IT-Notfalls minimiert werden können. Wir empfehlen die Umsetzung dieses Standards oder eines vergleichbaren Rahmenwerks.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Stichpunkte/Voraussetzung für Abstel- lung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
HS-OIT	Personalausstattung hinsichtlich IT-Sicherheit in Fibu nicht ausreichend, Finanzmittel ebenfalls zu niedrig: Aufgrund der Verschiebung O-IT Leitung und CIO wird die bisherige Stelle 14 weitere Monate nicht besetzt. Eine zusätzliche Stelle wurde genehmigt und ist ausgeschrieben, Bewerbungsgespräche finden im Oktober statt.		voraussichtlich 2026
HS-OIT	Personalausstattung hinsichtlich IT-Sicherheit in Fibu nicht ausreichend, Finanzmittel ebenfalls zu niedrig: Eine intensive Betrachtung der Systeme oder ein Audit der Software ist nicht möglich, da die Quellcodes nicht vorliegen und der Aufwand zur Prüfung als sehr hoch eingeschätzt wird. Der Betrieb findet in einem ISO 27001 zertifizierten Rechenzentrum statt.	entfällt	Terminierung aktuell nicht möglich

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Zusammenspiel IT, Fi- Bu, Haushalt	Sensibilisierung von Mitarbeitenden für Fibu-bezogenen IT-Risiken unzureichend: Ein Schulungskonzept für "Fibu-bezogene-IT-Risiken" muss im Wesentlichen durch den Fachbereich Finanzbuchhaltung erarbeitet und bereitgestellt werden. Der generellen Aussage, dass die Mitarbeitenden für die Themen Datenschutz und IT-Sicherheit stärker sensibilisiert werden sollten, kann zugestimmt werden.	Hinweise auf aktuelle Risiken erfolgen per Anschreiben durch Fi- nanzbuchhaltung/ Haushalt und Control- ling.	Aus Kapazitätsgründen nicht bezifferbar.
alle Bereiche/ Stand- orte	Risiken, da IT-Ausstattung, mit der auf Fibu/Vorsysteme zugegriffen wird sehr heterogen ist: Es gibt innerhalb der EKHN keine einheitliche Ausstattung mit Endgeräten. Insgesamt gibt es keine Übersicht über die zum Einsatz kommenden Systeme und Software. Derzeit wird ein zentraler Einkauf von Hardund Software vorbereitet und erprobt. Hierüber können die Einrichtungen künftig einheitliche IT-Ausstattung beziehen (siehe Nummer 9a).	entfällt	Terminierung aktuell nicht möglich
HS-OIT	Notfallkonzept für relevante Systeme in FIBU nicht vorhanden: Die Sicherstellung eines Notfallkonzeptes für den Betrieb ist durch die Zertifizierung des Rechenzentrums gegeben.	entfällt	bereits umgesetzt

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt weist darauf hin, dass eine ausreichende und angemessene IT-Sicherheit für die Kirchenverwaltung und angeschlossene Einrichtungen heutzutage zwingend erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund ist der derzeitige Zeitrahmen bis voraussichtlich 2026 aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes nicht verhältnismäßig, da die bestehenden Risiken erhebliche Auswirkungen auf die Finanzbuchhaltung und die Finanzen unserer Kirche haben können.

Bezüglich der IT-Vorsysteme, wie bspw. KIDICAP und Kita-Büro, geht es nicht um das Auslesen von Quellcodes, sondern um die Prüfung von Rollen- und Rechtevergaben analog der Buchhaltungssoftware MACH, Backup-Verfahren und vergleichbare Sicherheitsaspekte. Diese Systeme werden derzeit nicht in ausreichendem Umfang in Risikobeurteilungen berücksichtigt. Eine konkrete Terminierung und Planung sollte daher geprüft werden.

Darüber hinaus stellt die Sensibilisierung der Mitarbeitenden ein zusätzliches Risiko dar, das in der aktuellen Planung unzureichend berücksichtigt wird. Hinsichtlich der heterogenen Vorsysteme und IT-Ausstattung wird das Rechnungsprüfungsamt die Situa-

tion im Rahmen des IT- und Digitalisierungsprojektes weiter prüfen und erwartet hier zusätzliche Erkenntnisse.

Schließlich erachten wir das vorgelegte Notfallkonzept als unzureichend. Es geht hierbei nicht allein um ein Sicherheitskonzept für ein zertifiziertes Rechnungssystem, sondern um ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Kirchenverwaltung sowie die angeschlossenen Einrichtungen, insbesondere die Regionalverwaltungen, das sich an BSI-Standards orientiert. Wir empfehlen dringend, ein derartiges Konzept einzuführen, umzusetzen und zu kommunizieren, um die IT-Risiken und Gegenmaßnahmen angemessen zu adressieren

- → Umsetzungsstatus: teilweise nicht umgesetzt
- → Wirksamkeit: Risiko unverändert

10. Prüfung der Abrechnung der Beihilfe in Krankheits-, Geburts-, Pflegeund sonstigen Fällen

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Abrechnung der Beihilfe in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen bei einem von der Gesamtkirche beauftragten Dienstleister im Haushaltsjahr 2023 geprüft. Unter Einhaltung der Berufspflichten wurde eine koordinierte Prüfung mit dem Rechnungsprüfungsamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern durchgeführt. Folgende wesentliche Feststellung war zu treffen:

Bei der Datenqualität und dem internen Kontrollsystem des beauftragten Dienstleisters bestanden erhebliche Defizite: Wegen fehlender technischer und organisatorischer Spezifikationen hat die Prüfung Hinweise auf datenschutzrechtliche Mängel ergeben, die dem Dienstleister und auch der Kirchenverwaltung als verantwortliche Stelle im Einzelnen kommuniziert wurden. Es erging ein gesonderter Prüfungsbericht. Eine Abstimmung mit dem Beauftragten für den Datenschutz der EKD, als zuständige Aufsichtsbehörde, haben wir empfohlen.

- Gesamtkirche - Prüfungsbericht Jahresabschluss zum 31.12.2023

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Voraussetzung für Abstel- lung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Servicecenter Personal- verwaltung	Die Bearbeitungszeiten werden regelmäßiger, jedoch nicht ganzjährig eingehalten. Es wurden deutliche qualitative Veränderungen auch über die Anwendung eines angepassten Beihilfeantrags erreicht.	Die Bearbeitungszeit könnte ganzjährig nur bei enormen personellen Überkapazitäten eingehalten werden. Eine mängelfreie Beihilfesachbearbeitung würde sich in deutlich höheren Servicekosten bzw. u.U. einem negativen Kosten-Nutzen-Verhältnis niederschlagen.	Bei den Bearbeitungszeiten ist keine absolute Lösung absehbar. Die qualitativen Mängel wurden eingehender mit dem RPA im Gespräch erörtert und bewegen sich nach den bereits durchgeführten Anpassungen in einem akzeptablen Maß. Dennoch werden weitere Anpassungen vorgenommen werden, um diese in einen guten Bereich zu überführen.
Servicecenter Personal- verwaltung	Trennung der Datenbestände der EKHN vom Bestand der übrigen Servicenehmer des BBZ. Abstimmung mit Dienst- leister	Im Austausch mit dem RPA im Februar 2025 wurde ein ge- meinsamer Lösungsansatz skiz- ziert, der eine Trennung der Da- tenbestände der EKHN vom Be- stand der übrigen Serviceneh- mer des BBZ vorsieht. Eine an- gefragte Rückmeldung des BBZ liegt derzeit nicht vor.	Herbst 2025, sofern Trennung gelingt

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt begrüßt die erkennbaren Anstrengungen des Servicecenter Personalverwaltung der Kirchenverwaltung ausdrücklich – insbesondere die spürbaren Fortschritte bei den Bearbeitungszeiten sowie die Verbesserung der Bearbeitungsqualität. Diese Entwicklung ist ein positives Signal für eine verlässliche und effiziente Verwaltungspraxis innerhalb unserer Kirche.

Gleichwohl bleiben im Bereich des Datenschutzes unsere Bedenken bestehen. Wir halten es weiterhin für geboten, die aufgeworfenen Fragen in enger Abstimmung mit dem Datenschutz der EKD, als zuständigen Aufsichtsbehörde, zu klären. Damit soll sichergestellt werden, dass mögliche Datenschutzrisiken rechtzeitig abgewendet werden.

- → Umsetzungsstatus: teilweise umgesetzt
- → Wirksamkeit: Datenschutzrisiko unverändert

11. Verzeichnis von Rechtsstreitigkeiten

Bei der Ermittlung der sonstigen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Bereich des Personalwesens sowie weiterer Rechtsbereiche in der Gesamtkirche konnte kein Verzeichnis über die Verfahren sowie mögliche Schadenspotenziale vorgelegt werden. Die Prüfung der Vollständigkeit dieser Position musste über alternative Prüfungshandlungen erfolgen. Wir empfehlen erneut, ein solches Verzeichnis zu führen.

Bericht der Kirchenleitung, Drucksache Nr. 06/25, Synodenbeschluss Nr. 35 zur Umsetzung des Synodenbeschlusses Nr. 13.1 aus der 7. Tagung der 13. Kirchensynode (mit Aktualisierung vom 22.9.2025)

Verantwortlichkeit	Voraussetzung für Abstellung	Anmerkung	Zeitrahmen bis Ende bzw. Jahresabschluss (JA)
Stabsbereich-Recht	entfällt	Wird durch den juristischen Dienst ab Jahresabschluss 2024 geleistet.	JA 2024

Schlussbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes

Das Rechnungsprüfungsamt begrüßt, dass das Verzeichnis der Rechtsstreitigkeiten entgegen der ursprünglichen Planung nunmehr bereits zum Jahresabschluss 2024 vorgelegt werden soll. Im Rahmen unserer Prüfung werden wir die zugrundeliegenden Prozesse begleiten, insbesondere hinsichtlich der Vollständigkeit, damit auch Sondervermögen, Einrichtungen und weitere Tätigkeitsbereiche angemessen erfasst werden.

- → Umsetzungsstatus: In Umsetzung
- → Verantwortung: Verantwortlichkeiten bekannt